alaska

Nichts als die Wahrheit

Züchter, Denker und Barbaren

Zeitschrift für Internationalismus

Heft 229 · Dezember 1999

DM 8,-



editorial:

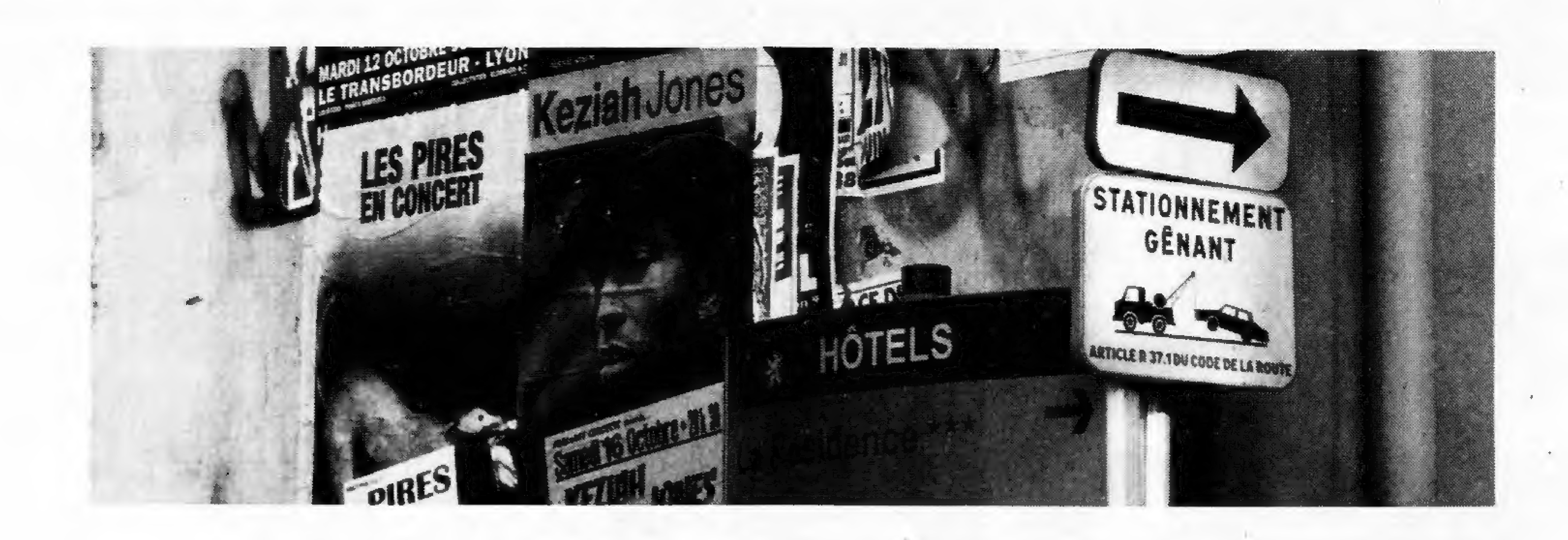
Wai tuu kej, Durito!

Überall auf der Welt harrten Bankangestellte, Controller und Programmierer ergebnislos vor den Monitoren, ohne ihn zu Gesicht zu bekommen: den Wai tuu kej, kurz Y2K, den Year 2000 Krash. Hier, in der Bernhardstrasse 12, hat er stattgefunden, lieber Durito. Unser Aboprogramm liegt tot darnieder, hingestreckt von der Gewalt der beiden Nullen, die es nicht bewältigen kann. Und sein verzweifeltes Aufbäumen hat dann gleich noch die Festplatte mit sich gerissen in ein unrühmlich kratzendes, klackerndes Grab.
Immerhin: Ausser uns wird später niemand was zu erzählen haben vom Jahr 2000.

Diesen Brief, mein teurer Freund und Käfer aus Chiapas, möchte ich einem Ritter aus Nürnberg widmen. Tapfer gegen den Zeitgeist streitend, liess er in seiner Einführungsrede zum letzten BUKO die Zeile fallen: "dieser Art von kritischem Dialog" (wie er von der Expo angestrebt wird) werde man sich "auch in Zukunft verweigern". Jenem Dialog nämlich, welchen der Lastwagenfahrer mit der Schnecke auf der Landstrasse führt, bevor er ein sein Butterbrot wegpackt, sagt "Schön, dass wir mal wieder kritisch diskutiert haben!" und gradewegs weiterrollt, Richtung Schnecke. Huh, da rauschten die Windmühlenflügel und droschen hernieder! Einer solchen Organisation wie dem BUKO, die sich dem kritischen Dialog verweigert, der könne man ja wohl kaum noch Geld geben in Zukunft! Evangelische Windmühlenflügel waren es, die da rauschten. Aber auch die treibt der Zeitgeist rudernd vor sich her.

Ich bin sicher, diese Widmung erscheint auch dir, der den Titel eines Ritters und Vordenkers des Commandante Marcos führt, ein geziemender Schritt. Und wir drucken das natürlich ab. Ehre, wem Ehre gebührt.

deine alaska



inhalt:

DEBATTE

Claudia Bernhard
Ballast abwerfen und durchstarten 4
Patriarchale Radikalisierung im schlanken Kapitalismus

Detlev Hartmann
Wo sind die Barbaren des 21. Jahrhunderts? 8
Die Philosophie rüstet auf.

Haidy Damm
Wenn einer eine Rede hält 13
Anmerkungen zur Sloterdijk-Debatte

Erika Feyerabend
Humangenetik, Genforschung und Gesellschaftskritik 16
Zur Ökonomie des Codes

Sonya Schneider
Empowerment und bevölkerungspolitische Strategie 20
Die Feminisierung der Bevölkerungskontrolle

BUKO 22/EXPO 2000

Gesprächsrunde mit Anka, Gila, Kai und Mette
Im Rückblick 24
Eine Auswertung des BUKO 22

Moe Hierlmeier
Die EXPO und der Internationalismus 30
Auftaktsreferat für den BUKO 22

Hans Hansen
Ein Kommentar 34
Zur aktuellen Lage des Anti-EXPO-Widerstands

MAILBOX 38

SHORT CUTS Rezensionen, Impressum 42

Ballast ab werfen und durch starten

Patriarchale Radikalisierung im schlanken Kapitalismus

by Claudia Bernhard

Es war eine Gewohnheit des Marxismus, Verwirrung als falsches Bewußtsein darzustellen; in unseren Umständen ist das eine präzise Widerspiegelung der Realität.

Richard Sennett

Haben wir eine Staatskrise? Ist die Demokratie in Gefahr? Werden sämtliche politischen und ethischen Kriterien über den Haufen geworfen? Was ist aus einem Minimum an Moral und Anstand geworden? Wird der Rechtsstaat hemmungslos aus den Angeln gehoben oder erleben wir nur eine neue Facette? Oder ist es wie es immer schon war?

Zu dem eher schleichenden Prozess der Veränderungen auf allen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ebenen, die gemeinhin der Globalisierung zugerechnet werden, gesellen sich eine Reihe einschneidender Ereignisse, die die Öffentlichkeit in verschiedener Hinsicht insbesondere die bundesrepublikanische, in den letzten Monaten durcheinanderschütteln. Das sind die Sloterdijk-Debatte, die CDU-Spendenaffäre und die Regierungbeteiligung der FPÖ in Österreich. So wenig diese Ereignisse auf den ersten Blick miteinander zu tun haben, gehören sie doch in einen Kontext. Oberflächlich stellen sie eine Herausforderung für den aktuellen demokratischen Konsens dar, aber die eigentlichen Veränderungen gehen viel tiefer. Es ist das Patriarchat, das sich neu formiert, es sind die männlichen Dominanzstrukturen, die sich restabilisieren. In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Gesellschaft wie in der Politik ein nicht unerhebliches Mass an ethischem und moralischen Gedankengut herausgebildet, das nicht konform ging mit einer sich hemmungslos durchsetzenden Macht des Stärkeren. Bedingt durch die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in allen Facetten, den sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren, hatte es sogar die Bundesrepublik zu einem Hauch von Gewissen und Emanzipation gebracht. Dies ist allerdings seit einiger Zeit im Schwinden, manchmal schleichend, immer häufiger aber bricht dieser neu gewonnene Herrschaftswille mit Macht und unübersehbar hervor.

Imperiale Philosophie

Die Sloterdijk-Debatte, momentan zwar aus dem aktuellen Tagesgeschehen verschwunden, deswegen aber nicht weniger von Bedeutung, verfügt über zwei elementare Ebenen.

Zum einen die offensichtlichere biologisch-technische Ebene, die den männlichen Machbarkeitswahn hinsichtlich der Produktion von Mensch und Tier ("Regeln für den Menschenpark") zum philosophisch begründeten Bestandteil des Lebens erhebt. Sie berührt damit viele Fragen von Ethik und Moral, die das vergangene Jahrhundert durchzogen und die immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen um Begriffe wie Menschenrechte und Menschenwürde geführt haben. Stichworte sind das "lebensunwerte Leben", "Euthanasie", Kontrolle über Bevölkerung insgesamt und immer die Kontrolle und die direkte Herrschaft über die Reproduktion, die Herrschaft der Männer über die Frauen und ihre Gebärfähigkeit.

Die Mittel und Möglichkeiten der Genforschung übersteigt schon längst unsere Phantasie (siehe den Artikel von Erika Feyerabend in diesem Heft) und auch die Begründungsversuche diese Omnipotenz, im gesamten Leben herumzurühren hatten auf allen Ebenen immer wieder Konjunktur. (siehe Haidy Damm in diesem Heft)

Aber es gibt darunterliegend eine weitere Botschaft, die nicht nur die direkte wissenschaftlich technische oder medizinische Seite anspricht, sondern weit darüber hinausgeht. Sloterdijk stellt sich in die Reihe derjenigen, die (wieder mal) antreten, die ideologisch-philosophischen Grundlagen für einen "neuen Willen zur Macht" zu erstellen und dafür plädiert sich fit zu machen für den "globalisierten Großraum". Es handelt sich dabei um die Ausgestaltung einer Ebene, die die Konsequenzen der Globalisierung in ökonomischer und sozialer Hinsicht, quasi geisteswissenschaftlich abfedert, in einen notwendigen Kontext zwingt und sich letztlich von jeglicher Refle-



xion der Vergangenheit distanziert.
Ob jetzt als Diskurs inszeniert, oder ob es als ein Streit unter den intellektuellen Köpfen quasi um die Meinungsführerschaft in der BRD zu sehen ist, ist für das Ergebnis im Grunde ohne Belang. Sloterdijk ist weder besonders beschlagen noch originell, aber er steht für eine neue oder aktuelle Art von patriarchalem Diskurs und versucht nicht nur dem Wissenschaftsliberalismus freie Bahn zu verschaffen, sondern auch im gesellschaftlichen Bewußtsein das Prinzip der totalen Verwertbarkeit zu verankern. Damit wird nicht nur einfach dem Fortschrittsfetischismus gefrönt, sondern einer neuen Gesellschaftsordnung der Weg bereitet oder wie es Micha Brumlik analysiert, reiht er diese Debatte unter den Begriff der "konservativen Revolution". Hier vollzieht sich nicht nur eine patriarchale Entwicklung wie sie immer schon war, sondern es wird ein männliches Überlegenheitskonstrukt etabliert, dass eine neue Qualität hat hinsichtlich einer durchgeplanten Gesellschaft.

Neue Souveränität

Auf ganz anderem Terrain spielt dagegen das Finanzchaos der CDU und der Fall von Helmut Kohl. Die Republik ist entrüstet, schockiert und enttäuscht. Es fällt das Wort von der "Staatskrise", und plötzlich verlangen alle nach der Wahrheit. Aufklärung wird versprochen, denn es gibt deutlich mehr Fragen als Antworten. Hier ist der Ausgangspunkt kein Diskurs, sondern die Entdeckung von einem Wust an illegalen Geldtransfers, Korruption und Bestechung in der Politik, der tiefe historische Wurzeln hat. Mit einem Wort sehen wir gerade die Spitze des Eisbergs eines unendlichen Polit-Filzes. Sicher zählten im Allgemeinen Politiker nicht zu den Gesetzestreuesten, schließlich hatte es genügend Affären gegeben. Insofern ist die Frage nach dem eigentlich so "Ehrenrührigen" und Neuartigen gar nicht so leicht zubeantworten. Denn wirklich erstaunen kann es nicht, wenn man/frau sich auch bislang wenig Illusionen über die Politik und Wirtschaft gemacht hat.
Aber hier sprengt es doch die Vorstellungskraft über das Ausmaß und die Hemmungslosigkeit, die es offensichtlich gegeben hat. Hier wurde ein gesellschaftlicher Konsens verletzt, der die Ignoranz gegenüber dem Rechtsstaat nicht akzeptieren kann. Wenn sich einer über das Gesetz stellt und seine eigenen Regeln aufstellt bzw. eine ganze Gruppe dies tut, kollidiert es mit der öffentlichen Meinung.
Aber was ist eigentlich passiert? Das Drama besteht nicht in der Existenz von Filz, unser politisches und wirtschaftliches System funktioniert schon sehr lange mit Hilfe und aufgrund von Filz, vielmehr mehr besteht das Problem in der Sichtbarmachung des gesamten Ausmasses von finanzieller Illegalität und verweist damit auch auf das Ende dieses Systems hin. In der Öffentlichkeit ist jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, das geht auch weit über die CDU hinaus, deren Führungsriege sowieso noch an ihren Stühlen klebt. Die Machtfülle der PolitikerInnen soll beschränkt werden, Amtszeiten begrenzt, Kontrollmechanismen eingeführt und Parteiengesetze geändert werden. Nicht nur Sanktionen gegenüber den aktuellen Verursachern soll es geben, sondern auch Verhinderungsstrategien für die Zukunft, um wieder Werte wie Moral und Verantwortung in der Politik zu verankern.
An sich hehre Ziele, aber was werden die tatsächlichen Konsequenzen sein, eine Einschränkung der politischen Macht hat in dem Zusammenhang auch eine Erweiterung der wirtschafltichen Einflüsse zur Folge. Nicht umsonst plädieren die Manager intensiv für eine Amtsbeschränkung der Regierungschef und in sehen eine weitere Chance sich das politische System gefügiger zu machen.
So kann sich dann auch Anton Langraf (in seinem Artikel in der Jungle World Nr. 6/2.2.2000) nicht entscheiden, ob hier ein Fall von Rückkehr in feudalistische Zustände vorliegt oder von der "Neuen Souveränität" gesprochen werden kann. Eine interessante Frage, die sich immer nur nach vorne beantworten lässt. Das Ende der Ära Kohl ist als ein weiterer Entwicklungsschritt zu begreifen, Machthaber, die nach einem eigenen paternalistischem Wertekanon verfahren, sind, Gesetzesuntreue hin oder her, sind zu



unflexibel und unangepasst an die Erfordernisse des globalisierten Wirtschaftsliberalismus.

Demokratischer Rechtspopulismus

Das jüngste Beispiel, dass für eine Welle der Erschütterung sorgt, ist der Einzug Jörg Haiders bzw. der FPÖ in die österreichische Regierung. Sicher unterscheidet sich die bisherige Regierungspolitik herzlich wenig vom zukünftigen Regierungsprogramm der ÖVP/FPÖ-Koalition. Überall in Europa, Deutschland liegt da ganz vorn, wird eine rassistische Abschiebepolitik betrieben, werden die Frauen auf ein konservatives Rollenmodell zurückgestuft, die Unternehmen gepäppelt, und die Sozialleistungen abgebaut. Das ist unbestritten, und bislang gibt es wenig an politischen Fakten, die den deutlichen Bruch anzeigen, aber, und das ist das Entscheidende und auch Bedrohliche, es wird einer rechtsextremen Politik ein neuer Raum eröffnet, einen Raum, den sie bisher nicht hatte.
Da nützen die drei Punkte der Präambel zur Regierungserklärung von Bundespräsident Klestil herzlich wenig, die Haider auf Menschenrechte, Antirassismus und Vergangenheitsbewusstsein einschwören sollen. Sie wirken geradezu hilflos, haben keinerlei einklagbaren Gehalt und werden von Haider sowieso eher als Erpressung gewertet. Der jederzeit abrufbare faschistische Grundgehalt der Gesellschaft erhält durch diese politische Entsprechung eine enorme Aufwertung und Legitimation. Und die destruktiven und menschenverachtenden Auswüchse, die auf "vorauseilenden Gehorsam" zurückgehen, können bekanntlich entsetzlich sein. Die Verantwortung für diese Situation trägt auch die Politik der Vergangenheit. Nicht umsonst klagt Haider den rot-schwarzen Filz an, will "ausmisten" und "Ordnung schaffen", er ist "der Mann mit dem Plan", der weiss, wo es lang gehen muss und das hat ihn jetzt in die Regierung gespült. Rechte WählerInnen sind keine ProtestwählerInnen, sie wollen Ordnung, und Selbstwertgefühl vermittelt bekommen und haben zudem das Gefühl im Sinne aller zu handeln, die sich aber nicht trauen offen dazu zu stehen, wie es Birgit Rommelspacher zusammengefasst hat. Ob sich Haider hält, hängt nicht davon ab, ob er eine biologistisch begründete Ausgrenzungspolitik betreibt oder sich über Verbalattacken auslebt, sondern ob er modern und kreativ genug ist diese restaurative Politik in einen neoliberalen Transformationsprozess umzusetzen.

Hegemoniale Männlichkeit

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Männlichkeitsmodelle neu herausbilden, die Formen des maskulininen Prinzips verändern sich, werden quasi wieder erfunden bzw. auch restauriert. Es gibt Versatzstücke aus alten Zeiten, in denen man(n) uneingeschränkt regieren, schalten und walten kann, auch innerhalb der demokratischen Möglichkeiten, ohne Regeln und Normen, die womöglich einer gewissen political correctness geschuldet sind und doch auch mit einem Blick für die Gruppen und Schichten, die man(n) bedienen muss, um eine gewisse staatliche Balance zu erhalten. Dabei dreht es sich um eine geschickte Dominanzmusteranwendung, die von keinerlei Emanzipationsideen verunreinigt ist.
Zusätzlich existiert heute ein erweitertes Arsenal von Mitteln, die es bisher nicht gegeben hat. Die Forschung, die militärische globale Aushöhlung, die zivilisatorische Zurichtung, die Durchdringung des öffentlichen Leben durch Medien und Politik und Bürokratie, und das unbeschränkte Primat des Profits. Dies alles wird in die Waagschale geworfen und ausgelotet. Nach den Jahrzehnten, in denen mann seinen männlichen Verwirklichungsdrang zurückschrauben musste oder verunsichert in der Ecke hing, gibt es wieder Anknüpfungspunkte und eine neomaskuline Perspektive.
Insgesamt betrachtet haben wir es mit einem komplexen Zusammenhang von alten, traditionellen Männlichkeitsvorstellungen von Herrschaft und Macht zu tun, andererseits aber verquickt mit modernen Methoden und durchaus zeitgemäß verpackt. Es bedient all die männlichen Sehnsüchte nach einer überlegenen Herrschaftsstruktur und lässt jeden Selbstzweifel verdrängen. Eine starke Triebfeder dabei ist, Ballast loszuwerden, den Ballast aus vergangenen Zeiten, nicht mehr mit dieser moralischen Schuld herumzurennen, sich entschuldigen zu müssen, Rücksicht zu nehmen, womöglich Diskriminierungen abzubauen und ewig diese Gefühlsduselei. Nein, ein neues Selbstbewußtsein ist notwendig, und wir haben es mittlerweile mit einer Generation zu tun, die gewillt und imstande ist, das herzustellen und auch zur Macht zu verhelfen. Selbstverständlich regen sich Widerstände und Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung, nicht umsonst ist das Geschrei groß und der Widerstand nicht unerheblich bezüglich einer korrupte Politikerkaste, über rechtsextreme Regierungen oder die Planung von Menschenzüchtung.
Die Verteilungskämpfe werden weitergehen, es wird Konfrontationen geben, um die Ressourcen und um die Richtlinien, denn die Ausgestaltung der hegemonialen Männlichkeit ist immer ein umkämpftes Terrain, aber selten waren die Möglichkeiten für eine offensive Remaskulinisierung so üppig und vielfältig.



Wo sind die Barbaren des 21. Jahrhunderts?

Die Philosophie rüstet auf.

by Detlev Hartmann

Die Medien geizten nicht mit Pathos. Den "Kulturkampf" rief Roger de Weck im Titelbalken der Zeit aus und Christian Geyer sah eine "ultimative Gesamtdebatte" auf uns zurollen, die die "geistigen Grundlagen der Bundesrepublik revolutionieren" sollte[1]. Ein philosophisches Fieber ergriff die Kulturnation und trieb die Erregung auf ein ungewohntes Niveau, Sloterdijk-Fieber, in dem "...etwas für das ganze Land Bedeutsames aufbricht"[2]. Die "Infektion" in den Worten des Philosophen Peter Sloterdijk war beabsichtigt und kühl kalkuliert. Er hatte sie in einer den Philosophen Levinas und Heidegger gewidmeten Tagung im Juli auf Schloß Elmau gesetzt. Unter dem Titel "Regeln für den Menschenpark" hatte er unter Berufung auf Platons und Nietzsches Züchtungsgedanken einen Umbruch im Denken verlangt: weg von dem humanistischen Glauben an die freundschaftliche Zähmung des Menschen durch Vernunft und Rede, hin zur Gewalt, zur Erkenntnis, daß "der Mensch für den Menschen die höhere Gewalt darstellt", hin auch zur erneuten Öffnung für Fragen der "Züchtung", der "Menschenzucht", der "Anthropotechniken", der "züchterischen Steuerung der Reproduktion", der "pränatalen Selektion".

Zum historisch-materialistischen Kontext der Sloterdijk-Debatte

Binnen Wochen entwickelte sich eine gigantische spekulative Blase hitziger Debatten mit Ausläufern nach Italien und Frankreich. Erbitterte Vorwürfe faschistischer Gedanken und Rhetorik kontrastierten mit dankbaren Kommentaren für den erneuten Anstoß zur Bioethikdebatte. Überraschend viele Kommentare aus dem traditionell linken Spektrum wiegelten ab: die Bioethikentwicklung sei längst gefährlich weiter, Sloterdijk sei eher harmlos, die Taz stellte gar eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus: "Belege für die großen Vorwürfe gegen Sloterdijk sind im veröffentlichten Text nicht zu finden."[3] Ganz anders die Töne im rechten Spektrum: auf dem Höhepunkt der Erregung begriffen und begrüßten sie die Debatte als Offensive im "Kulturkampf" auf dem Weg zur "metahysischen Gründung der "Berliner Republik".[4]
Derzeit rüstet sich in den innovativen Schlüsselsektoren die aggressive Subjektivität von Unternehmern und ihren Funktionseliten aus Management, Technik (Arbeits-, Bio-, Sozialtechnologie etc.) zu völlig neuen Formen auf. Die Aufrüstung der philosophischen Selbstvergewisserung in einem neuen Willen zur Macht und die Durchbrechung der alten kritischen Resistenzen ist das Diskursprojekt, das Sloterdijk in diesen Prozeß einbringt. Die Elmauer Rede war nur eine begrenzte Offensive, eingeleitet mit kühler diskurstechnischer Raffinesse und auf ein ganzes Feld korrespondierender Offensiven bezogen, nicht zuletzt die von Nolte, Strauß, Walser etc. "Jeder Satz ein Funke von einem Willen zur Macht", propagiert Sloterdijk die Aufgabe des philosophischen Autoren.[5]
Der Vorwurf, es ginge Sloterdijk um die Propaganda und Wiederbelebung nazistischer Denkmuster operiert mit reiztechnischen Schablonen und gibt Organen wie der Taz die willkommenen Gelegenheit zum Freispruch. So platt, unhistorisch und dumm ist Sloterdijk beileibe nicht. Es geht ihm nicht um die Wiederherstellung des Vergangenen, es geht ihm um die Gestaltung einer völlig neuen Ära der Globalisierung aus den alten Wurzeln des "Willens zur Macht", offen für völlig neue Formen einer politischen Philosophie, politischen Technologie und politischen Ökonomie. Es geht ihm um die "Fernwirkung", um das Morgen des "Willens zur Macht" für Europa und die Welt in Heideggers Sinn. Und darin knüpft er exakt an Nietzsche an, um ihn "ein Weltalter tief über die Gegenwart hinaus" fruchtbar zu machen. Es ist ein Ausdruck der verkommenen Debattenkultur selbst, wenn dies nicht wahrgenommen wird. Soweit ich sehe, haben lediglich zwei Kommentatoren den Braten gerochen. Einer, Micha Brumlik[6], wenn er im Sloterdijk-Skandal in der Reihe der Nolte-, Botho Strauß- und Walserskandale den Umbruch in eine neue "konservative Revolution" ahnt, die – wie wir wissen - seit ihren Anfängen in Nietzsches letzten Lebensjahren den Weg in das Dritte Reich mitgebahnt hat.[7] Der andere ist Lorenz Jäger[8], der als Kommentator der FAZ ziemlich nahe an der Küche ist, und – wie ich vermute - am Braten mitbrät.

Sloterdijks Schockstrategien in der Gefolgschaft Nietzsches.

Am Ende eines Artikels voll Hoffnung auf die Schockwirkung der Sloterdijk-Offensive gegen die "kritische Theorie" als die leitende humanistische Philosophie der Bonner Republik fragt Lorenz Jäger: "Ist es ein Zufall, daß die Debatte mit dem Umzug der politischen Institutionen nach Berlin zusammenfällt? Kehren mit den Traditionen der Hauptstadt auch die Kulturtheorien von Leo Frobenius und Oswald Spengler zurück? Erleben wir die metaphysische Gründung der Berliner Republik? Eines ist sicher: Auf der philosophischen Bühne hat über Nacht ein



Szenenwechsel stattgefunden. Eine Auseinandersetzung wie die von Heine mit Börne oder von Nietzsche mit dem "Bildungsphilister" David Strauss hat begonnen. Von ihr werden die nächsten Jahre geprägt sein."
Wer das fragt, weiß mehr, wer das sagt, brät mit. Denn wenige kennen heute noch David Strauss und Nietzsches Kritik. Und in der Tat. Diese Kritik ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis von Sloterdijks politisch-philosophischer Offensive. Nietzsche hat sein philosophisches Leben als politischer Kampfphilosoph eingeleitet. In bewußtem Bezug auf den deutschen Einigungs-Krieg von 1870 konzipierte er eine Offensive von philosophischen Kampfschriften als politisches Projekt einer neuen Willensmetaphysik. Es sollte ein komplexer Angriff einer Vielzahl von Schriften (13 bis 24) zu allen relevanten sozialen Bereichen werden. Herausgekommen sind dabei in kurzer Folge bis 1876 "David Strauß, der Bekenner und der Schriftsteller", "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben", "Schopenhauer als Erzieher", "Richard Wagner in Bayreuth", "Die Geburt der Tragödie", "Der griechische Staat", einige erziehungs-("züchtungs-")politische Schriften und Vorträge und ein Haufen Aphorismen. Herausgegeben als "unzeitgemäße Betrachtungen", denn sie zielten auf Fernwirkung und stießen zunächst auf Widerwillen in der philosophischen Zunft. Wenn Sloterdijk in seinem Vortrag von "Aufrüstungsgeschichte der Subjektivität" spricht, dann trifft er den Kern dieser "Willensmetaphysik". Es ist - in Abkehr von den Disziplinen kritischer Erkenntnis - der Wille, von dem aus die gesellschaftlichen und kulturellen Bewegungen reflexiv begriffen und gestaltet werden und zwar nicht mehr in der Blässe seines Ideengebers Schopenhauer, sondern schon jetzt erkennbar als "Willen zur Macht" oder besser als Willen zur "Bemächtigung".

Ich muß nochmals betonen: die nietzscheanische Wende in der Politik der Philosophie zielte auf die Zerstörung der liberalistischen Ideologie (markt-kommunikativen Handelns und Handels könnte man mit Habermas sagen[9], einschl. ihrer positivistischen Begleitphilosophien und ihrer "kritischen" Theorie) und auf den Umbruch zur Metaphysik des Willens: des komplexen Willens zur Macht in allen Sphären des Denkens und Handelns in der schöpferischen Herstellung einer neuen Welt und der Emanzipation ihrer neuen Eliten als Herren eines neuen Europa. Die Gefährlichkeit des zerstörerisch-schöpferischen Herrengestus lag nicht in plumper Macht- und Raubgier, gegen deren Profanität sich Nietzsche immer verwahrte. Sie lag genau in der metaphysisch-grundsätzlich verstandenen Emanzipation neuer aggressiver Energien und ihrer Avantgarde, deren Gewalttätigkeit sich darum jenseits von Gut und Böse, von Schuld bewegte. "An sich von Recht und Unrecht reden, entbehrt alles Sinns: an sich kann natürlich ein Verletzen, ein Vergewaltigen, Ausbeuten, Vernichten nichts "Unrechtes" sein ... Man muß sich sogar noch etwas Bedenklicheres eingestehn: daß, vom höchsten biologischen Standpunkte aus, Rechtszustände immer nur Ausnahmezustände sein dürfen, als teilweise Restriktionen des eigentlichen Lebenswillens, der auf Macht aus ist, und sich dessen Gesamtzwecke als Einzelmittel unterordnend: nämlich als Mittel, größere Machteinheiten zu schaffen."[10]

Die Schockinszenierung zur Erregung des Transformationsdiskurses

Sloterdijk hat seine Rezepturen der Skandalinszenierung zum Zweck eines umfassenden Mentalitätsumbruchs schon vor Jahren entwickelt – aus der Analyse des Botho-Strauß-Skandals und im offenen Bezug auf Nietzsche[11]. Die barbarische Volley nietzscheanischer Geschosse auf sein zivilisiertes philosophisches Publikum in Elmau zur schockartigen Erregung eines Umbruchsdiskurses war nur die politische Umsetzung, offenbar im Windschatten des durch den Kosovokrieg ausgelösten Barbarisierungsschubs. Der anschließende Angriff auf Habermas als Gallionsfigur der "kritischen Theorie" verkündete in der Balkenüberschrift seines offenen Briefs in "Die Zeit" vom 9.9.99 das politisch-philosophische Kriegsziel: "Die Kritische Theorie ist tot".
Damit steht diese Skandalinszenierung als letztes Glied einer ganzen Kette gleichgerichteter Diskursinszenierungen, von denen mit Historikerstreit und nachträglicher Goldhagendebatte, Lübeckskandal, Walserskandal mit anschließender hochgiftiger

Demontage des gutmütigen Ignaz Bubis, Kriegsdiskurs am Kosovokrieg nur die wichtigsten benannt sind. Es sind von rechts geradezu technisch vorgetragene Diskursoffensiven zur Anstachelung eines Mentalitätsumbruchs. Sie alle haben eins gemeinsam. Sie bearbeiten spezifische Diskursfelder im Gesamtprojekt einer "konservativen Wende" nach historischem Muster.

Die Aufrüstung der Philosophie im Klassenkrieg

In seiner Skandalinszenierung hat Sloterdijk Nietzsches Offensive der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts nachgespielt. Diese zielte im Kern auf die umfassende Aufrüstung aggressiver Energien im "Willen zur Macht". Gegen alle lebensphilosophische Verkürzung Nietzsches haben wir das Schwergewicht auf seine "materialistischen" Bemühungen gelegt, den Klassenkrieg als Feld der Metaphysik des Willens zur Macht zu begreifen, einer technologischen begründeten Macht neuer Globalisierungseliten in der "unvermeidlich bevorstehenden Wirtschaftsgesamtverwaltung der Erde". Als Prophet dieser komplexen Metaphysik des Willens wurde er nicht nur zum internationalen philosophischen Impulsgeber des rechten Aufbruchs, sondern auch des deutschen "Griff nach der Weltmacht", des Anspruchs deutscher Innovatiosneliten auf eine hegemoniale Rolle im damaligen Prozess der Globalisierung.

Die Kräfte dieser Globalisierung waren die neue Avantgarde, die den Durchbruch durch Klassenwiderstand und Verwertungsstagnation der sogenannten "großen Depression" in einer innovativen Offensive suchten. Sie hatten ihren Kern in einem neuen aggressiven Unternehmertum vor allem aus den innovativen Schlüsselindustrien. Seine herausragenden Exponenten orientierten sich im Kult des "heroischen Unternehmers". und der Härte seiner neuen Rationalität bewußt an Nietzsche[12], flankiert von den Funktionseliten der neuen politischen Technologie der Arbeitsrationalisierung im beginnenden "Taylorismus". Die politisch-ökonomische Fundierung erhielt sie durch Theorien des aggressiven Ungleichgewichts und der "schöpferischen Zerstörung" vor allem bei Josef Schumpeter, die soziologische in der Strategie umfassender sozialer Rationalisierung. Diese damalige "neue Mitte" entwarf und emanzipierte sich im Umbruch zur "Weltpolitik" von den 90er Jahren bis zum ersten Weltkrieg zu Herren innovatiover Gewalt in einer enormen Dynamik, die ihre Parallele im aktuellen Umbruch findet. Wichard von Moellendorff und Walter Rathenau von der AEG waren hierfür exemplarisch. Die AEG war der innovative "Upstart" der neuen Technologien, vergleichbar mit "Microsoft" oder "Cisco" heute, die wenige Jahre vor dem Krieg im ersten Weltkartell mit General Electric den globalen Anspruch auf Verwertung vertraglich regelte. Moellendorff war leitender Techniker bei der AEG. Ganz im Sinne der "Metaphysik des Willens" verstand er seine Arbeit als Vergesellschaftung und Globalisierung des Diktats aus den technokratisch-unternehmerischen Initiativen



Das Paradigma der Verfügung über den unterworfenen Menschen im biotechnischen Zugriff war ... Ausdruck einer viel grundsätzlicheren paradigmatischen Wende des wertschöpfenden Willens zur Macht.

des modernsten tayloristischen Konzernmanagements zur "Erdwirtschaft", vom "Willen des Germanen" "beseelt... wie ein taciteisches Germanendorf."[13]
Die Theorie einer nietzscheanischen politischen Ökonomie ist in allen ihren aggressiven Potenzen in Schumpeters Begriff des innovativen Unternehmers als Herr eines Prozesses "schöpferischer Zerstörung" verkörpert. Schumpeter – inzwischen wieder zum führenden Impulsgeber der heutigen "neuen Wachstumstheorie" avanciert, in den USA wie in Deutschland - wird oft verharmlosend mit der kreativen Rolle der Unternehmerfunktion vorgestellt, in der Regel schlagwortartig. Wohlweislich. Denn sein grundlegendes Werk, die 1911 erschienene "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung"[14] setzt die Akzente der Akkumulationstheorie unmißverständlich auf Zwang und Gewalt. Sie stellt die soziale Aggressivität der Unternehmerfunktion derart radikal ins Zentrum kapitalistischer Akkumulationsdynamik, daß man geradezu von einer politischen Ökonomie unternehmerischer Gewalt und zerstörerischer Aggressivität sprechen kann. Als "Führer" und "Feldherr" im "Kraftüberschuß" seines "Siegerwillens" und im Ausbau seiner "Herrenstellung" setzt der Unternehmer Innovationen gegen den sozialen Widerstand und Gegendruck durch. "Ohne Schonung, bis zur ultima ratio der völligen Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepaßtem verbundenen Existenz". So ist es konsequent, daß er am Schluß seines Buchs die "bewußte Politik der Rassenhygiene" zur paradigmatischen Leitvorstellung organisierter Innovationspolitik erklärt.[15] Demonstrativ bekannte Schumpeter, wo er sich selbst politisch verortete. Obwohl er der katholischen Bourgeoisie Österreichs entstammte, annoncierte er das Buch persönlich in der deutschen "Zukunft". Sie war inzwischen zum führenden Organ der aggressiven Avantgarde deutscher innovativer Eliten und der damaligen "neuen Mitte" avanciert. Auch damals war die Eugenik und Rassenhygiene von einem Modernisierungsdiskurs geleitet, der den Willen zur Macht im Prozeß der "schöpferischen Zerstörung" auf einem wichtigen Teilgebiet von Innovation und Akkumulation zum Ausdruck brachte und auch vorantreiben konnte, aber nicht in seinem Kern angesiedelt war. Das Paradigma der Verfügung über den unterworfenen Menschen im biotechnischen Zugriff war – wie auch bei Sloterdijk - Ausdruck einer viel grundsätzlicheren paradigmatischen Wende des wertschöpfenden Willens zur Macht.[16]

Sloterdijks Beitrag zur "schöpferischen Zerstörung"

Die Entfesselung eines solchen Diskurses, auf die Sloterdijks Skandalschock abzielt, definiert sich in eine zyklenhistorisch analoge Situation hinein: den Umbruch in den postfordistischen Zyklus. Der Grund für die Parallelität ist einfach: Wir befinden uns historisch in einer analogen Phase des Take-offs, der ersten Umbruchsphase in einen neuen Großzyklus wertschöpfender Gewalt, den wir etwas platt mit "Globalisierung" etikettieren. Es ist leicht, sie in ihre einzelnen Stränge aufzuschlüsseln: Im Kern die aggressive Überakkumulation in den innovativen Sektoren der neuen Schlüsselindustrien, von denen aus das Kapital der rückständigen Welt ihre Diktate schöpferischer Zerstörung aufherrscht. Den Kult der unternehmerischen Aggressivität. Die neuen technologischen Innovationen, deren angebotsorientierte Aggressivität diejenigen des Kaiserreichs als gemütliche Veranstaltung erscheinen läßt.



Die rasante Entwicklung der Expertensysteme, in denen die "Neue Mitte" ihre hegemonialen Strukturen und ihr soziales Selbst erfindet und von denen aus sie ihre Life-Styles zelebriert. Die lokalen und imperialistischen Public-Private-Partnership-Projekte (PPP), mit denen sie ihre neuen Internet-vernetzten Kommandostrukturen der mittleren Ebene im Vorgriff auf eine neue transnationale Verfassungswirklichkeit einzieht.
Grundsätzlich sagt er hierzu in einem Gespräch mit Hans-Jürgen Heinrichs[17]: "Es geht im Augenblick doch darum, daß Menschen aus ihrer kleinräumigen, regionalen und nationalen Bewußtseinsverfassung herausgebrochen werden – ob sie wollen oder nicht. Die Seelenformen des Bürgertums und Kleinbürgertums in der ersten Welt werden aktuell umformatiert ... von einem humanistisch-nationalistischen Welthorizont auf einen ökologisch globalen. Oder zumindest auf einen, der sich einläßt auf die Synchronwelt des Kapitals, des globalen Waren- und Informationsverkehrs, also auf das, was man Weltwirtschaft nennt. Wir ... suchen nach Formen von Subjektivität, die in dieser aktuellen Globalwelt verkehrsfähig bleiben. Genauso wie Platon mit der Gründung einen Menschentypus evoziert und erzogen hat, der verkehrsfähig wurde in der Großwelt der sich abzeichnenden großhellenischen Kultur ... Damals wurden Seelenformen herangezogen, die im neuen imperialen Horizont verkehrsfähig werden sollten. Und wir erleben heute, daß die Wirklichkeit von uns ... eben wieder eine solche Umformatierung, eine Größerformatierung abverlangt, eine Verkehrsfähigkeit mit allen koexistierenden Kräften in einem jetzt globalisierten Großraum".
Sloterdijk hat eine Diskursoffensive eröffnet, die er selbst als philosophischen Beitrag in den Kontext der aggressiven Globalisierung stellt. Wenn er Habermas in der Zeit vom 9.9.99 die "freiere Generation" entgegenhält, da nun "die Ära der hypermoralischen Söhne von nationalsozialistischen Vätern ausläuft", dann meint er den "Willen zur Härte" neuer junger Männer auf dem Weg einer neuen konservativen Revolution. Es ist die Sprache derer, die den Kosovokrieg wie Schröder als "Gründungsakt", wie Fischer als Probe zur "Härtung" der Grünen, die Berlin im Mythos der "Berliner Republik" als Metropole eines neuen Großraums Europa feiern und die aggressiven Energien in ihrer ganzen Breite – technologische, ökonomische, soziale, kulturelle - zu erregen suchen, die sich schon einmal zu Triebkräften einer barbarischen Ära entfesselt haben. Ihre Antwort kann die revolutionäre Linke nur im Kampf gegen die ganze Breite der Offensive suchen. Ideologiekritik reicht nicht und mit dem orthodoxen Glauben an Fortschritt von Technologie und Vergesellschaftung ist sie schnell auf der anderen Seite.

Anmerkungen:
1 Die Zeit vom 7.10., Faz vom 8.10. und 3.11.1999
2 FAZ 8.10.99
3 Taz
4 Roger de Weck in "Die Zeit" vom 7.10.99; Bernd Ulrich 24.9.99; Lorenz Jäger in FAZ vom 13.9.99; Rolf Schneider in Berliner Morgenpost vom 17.9.99; Christian Geyer FAZ 8.10.99; Barbara Spinelli, La Stampa 3.10.99; Bruno Latour und Éric Alliez in "Le Monde des Débats" 11/99
5 P. Sloterdijk, Selbstversuch. Ein Gespräch mit Carlos Oliveira, München 1996, Kap. XIV
6 FR vom 18.9.99
7 besser als die weitgehend apologetische deutsche Literatur noch immer Jeffrey Herf, Reactionary Modernism, Cambridge 1984
8 FAZ vom 13.9.99
9 Habermas Anschluß an George Herbert Mead hatte diese Bedeutung
10 F. Nietzsche, Zur Genealogie der Moral, 2. Abhandlung, in ders., ebd, Bd. VI,2, S. 305, 328
11 Selbstversuch, Kapitel XIII, XIV
12 Zum Einlesen gut geeignet die detaillierte Studie von Hans Dieter Hellige zu "Walther Rathenau, Maximilian Harden, Briefwechsel 1897-1920, herausgegeben von Hans Dieter Hellige, München 1983, insb. S. 91 ff., 148 ff., 168 ff.
13 Wichard von Moellendorff, Konservativer Sozialismus, Hamburg 1932 als Abdruck seiner frühen Überlegungen, S. 46, 5o, 52. Jeffrey Herf hat gerade die technischen Funktionseliten als aggressivsten Stoßtrupp der neuen Mitte auf dem Weg der "konservativen Revolution" von oben in den Krieg und schließlich ins Dritte Reich gesehen.
14 Hier zit. Aus dem Nachdruck der 4. Aufl.: J. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1964
15 Ebda. Alle Zitate auf den Seiten 126-139, 366-368
16 Zur historischen Einordnung vgl. P. Weingart et al (Hg.) "Rasse Blut und Gene", Frankfurt/M 1992, II. Kapitel
17 Zu finden bei: http://www.lettre.de/lettre/sloterdijk.html

Der vollständige Text ist unter http:\\ www.humanrights.de/social/index.html zu finden.

Wenn einer eine Rede hält

Anmerkungen zur Sloterdijk-Debatte

by Haidy Damm

Seit einiger Zeit hat das deutsche Feuilleton einen neuen Angriffspunkt: Peter Sloterdijk.
Seine Rede hat für Aufruhr gesorgt, seitenweise wird diskutiert und gerade das macht die Debatte interessant. In den meisten Texten scheint es, daß der Inhalt der Worte von Sloterdijk nebensächlich ist. Trotzdem macht die Debatte Sinn, steht sie doch in der Tradition, Biotechnologien hoffähig zu machen.

Diskussionen um Züchtung und Selektion waren nach den Erfahrungen mit der Tötungspraxis der Nationalsozialisten in Deutschland tabuisiert und haben nur vereinzelt unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Seit Ende der Achtziger ist die Auseinandersetzung um Selektion durch die Thesen des australischen Philosophen Peter Singer und seiner amerikanische Kollegin Helga Kuhse auch in der Medien-Öffentlichkeit wieder präsent. Der Streit um die Rede von Peter Sloterdijk schließt sich dieser Tendenz an.
Die auf die Rede des Philosophen Sloterdijk folgende Debatte wurden in erster Linie in den bundesdeutschen Zeitungen von der *Zeit* bis zur *taz* geführt. Gekennzeichnet ist diese Debatte vor allem durch die Ausformulierung dessen, was Sloterdijk nur andeutet: Es werden Regeln benötigt für den Umgang mit Züchtungsphantasien der GenetikerInnen, aber auch für bereits existierende Praxis beispielsweise der Pränatalen Diagnostik: „Wir sehen deutlich, dass Sloterdijk in einer Beziehung Recht hatte (ob er es nun so gemeint hat oder nicht): Die Frage nach Regeln und Normen, mit deren Hilfe wir uns in den anstehenden Einzelfällen für oder gegen gentechnische Eingriffe entscheiden müssen, wird zur Zentralfrage."[1] Es scheint ein breiter Konsens darüber zu herrschen, daß es einen Bedarf gibt, über die Grenzen und Möglichkeiten der Biotechnik öffentlich zu sprechen. Erstaunlich dabei ist, daß sich viele nicht sicher sind, was Sloterdijk mit seinem „Programm genetischer Züchtung"[2] aussagen will, aber die Debatte darüber munter weiterläuft: Das erinnert an Inszenierung; nicht im Sinne einer Verschwörung, wie Sloterdijk selbst den Streit um seine Thesen auffasst, sondern weil der Wunsch besteht, eine Debatte, die hinter verschlossenen Türen stattfindet, ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren.
Wenn nun ein bekannter deutscher Philosoph Thesen über die Züchtung von Menschen verbreitet und damit den (zwar gescheiterten[3]) Versuch unternimmt, sich den WissenschaftskollegInnen aus der Eugenik und der Gentechnologie anzubiedern, dann ist sicherlich mehr als Vorsicht geboten.
Dieses Bedürfnis, öffentlich über Bioethik zu diskutieren, gab es in Deutschland zu Beginn der 90er Jahre schon einmal. Nicht, daß ich die Diskussion um den australischen Philosophen Peter Singer gleichsetzen will mit dem in den letzten Wochen geführten Sloterdijk-Streit. Die Unterschiede sind doch sehr groß, insbesondere da Peter Singer im Vergleich zu Sloterdijk sehr genaue Vorstellungen davon hat, wie seine Ideen zur Bioethik umzusetzen wären. Trotzdem - es gibt Ähnlichkeiten, die sich aufzwingen. In beiden Fällen waren es bestimmte Medien, die eine öffentliche Debatte inszenierten. In der Singer-Debatte meldeten sich Moraltheologen zu Wort, Feministinnen à la Alice Schwarzer beschworen das Selbstbestimmungsrecht der Frau und ÄrztInnen beklagten die Grauzone der Gesetze, die ihnen die Entscheidung über Leben und Tod aufzwingt. Und in der Zeit erschien sogar ein Interview mit Peter Singer, der auf diese Weise Gelegenheit bekam, seine Thesen auszubreiten. Nur wenige haben jedoch in dieser Debatte den Standpunkt vertreten, daß es bestimmte inhaltliche Grenzen der Diskussion geben muß. Die Grenzen dessen, was in einer solchen Debatte indiskutabel ist, wurden in erster Linie von Betroffenen formuliert.
Gerade in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Wechsel zur öffentlichen Debatte über die Eugenik ein besonderer Schritt. Zwar wurde dieses Thema in den sechziger und siebziger Jahren in „Fachkreisen", d.h. auf Kongressen verschiedener Wissenschaftsbereiche auch diskutiert - trotz der Erfahrungen der EugenikerInnen in der Zeit des Nationalsozialismus, als deren lange diskutierten Züchtungsphantasien in der Ermordung zehntausender Menschen endete, die in der Vorstellung der Volksgemeinschaft nicht lebenswert waren. Statt sich also radikal



abzuwenden von den Selektionsgedanken, wurde sie in Fachkreisen wieder erörtert - allerdings wohlweislich hinter verschlossenen Türen, da sich die WissenschaftlerInnen der Empfindlichkeit der Thematik bewußt waren.

Erst die Thesen des Peter Singer erreichten eine breite Öffentlichkeit, wobei die Frage nach dem Inhalt gegenüber der Form der Debatte nicht immer im Vordergrund stand:

Eine solche Debatte, in der alles, unabhängig vom Inhalt gesagt werden darf, steht in der liberalen Tradition der Meinungsfreiheit. Dieser Tradition konnte sich der Philosoph Singer sicher sein, wurde er doch von KollegInnen unterstützt, wie beispielsweise in der Erklärung „Berliner PhilosophInnen", die im Januar 1990 folgendes veröffentlichten: „Unabhängig, wie man zu Singers Thesen der Sache nach steht, halten wir die Verhinderung der Diskussion dieser Thesen für einen skandalösen Vorgang, der das elementare Gebot argumentativer Toleranz verletzt."

In dieser Tradition ist dann auch der logische nächste Schritt, diejenigen, die bestimmte Diskussionen nicht führen wollen, als FeindInnen der Meinungsfreiheit zu klassifizieren. Die Aussage dieses Einsatzes für die Freiheit von Forschung und Lehre und die Meinungsfreiheit ist mehr als deutlich: Sie lehnt jede Verantwortung ab und impliziert, daß Wissenschaft und Meinungsfreiheit in einem herrschaftsfreien Raum stattfinden. Es gibt aber keine gleichberechtigte Diskussion über die Grenzen von Eugenik, und es kann sie auch nicht geben, denn Eugenik heißt immer auch Selektion, Ausgrenzung und Diskriminierung.

Außerhalb der Frage nach einer gleichberechtigten Diskussion steht hinter einer öffentlichen Debatte eine zweite Tendenz: Geäußerte Meinungen brechen Tabus und konstituieren Wahrheiten. Auch wenn in der Diskussion um den Wert des Lebens immer wieder Begriffe wie die Würde des Menschen, Selbstbestimmungsrecht und ethisches Handeln auftauchen, die suggerieren, daß die Diskussion eine Gute ist, wird damit verschleiert, daß es nur um bestimmtes Leben geht. Welchen Menschen ein Selbstbestimmungsrecht nicht zugesprochen wird, wird unter WissenschaftlerInnen und innerhalb einer kleinen Öffentlichkeit diskutiert, um dann die Ergebnisse vorzutragen. Dabei sollten auch die ökonomischen Gründe nicht unter den Tisch fallen, denn nicht zufällig sind dieselben Menschen von der Rationalisierung des Gesundheitswesens betroffen.

Um dieser Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen, müssen die Grenzen dessen, was tolerierbar ist, festgelegt werden. Was in der Diskussion um Peter Singer in Ansätzen noch gehört wurde, ist in der Sloterdijk- Debatte nicht mehr zu finden: Die Weigerung, inhaltlich bestimmte Themen zu diskutieren. Denn ein Tabu, das einmal gebrochen wurde, kann nicht wiederhergestellt werden.

Als Beispiel sei hier an die liberale Debatte in den Niederlanden zu Fragen der freiwilligen und nicht-freiwilligen Euthanasie erinnert. Seit den siebziger Jahren steigt in den Niederlanden die Zahl derjenigen, die für Lebensqualität plädieren, indem befürwortet wird, 'unerträgliche' Lebenssituationen durch Tötung zu beenden. Nachdem versucht wurde, diese Fragen gesetzlich zu regeln, verschwimmen die Grenzen zwischen legalem und illegalem Handeln immer weiter in Richtung regelmäßiger Grenzüberschreitungen, die strafrechtlich nicht geahndet werden. Die Ausnahme kann so zur Regel werden, da es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gibt, das Sterben von PatientInnen, wie auch die Pränatale Diagnostik, als einen Akt von Lebensqualität darzustellen. Diese Definition wird bereits seit Jahren in der Realität umgesetzt: Der niederländische Arzt Richard Fennigsen berichtet, daß bereits 1981 30.000 Menschen in den Niederlanden eine kleine Plastikkarte bei sich trugen, auf der ihre Einwilligung zur Euthanasie eingetragen ist. Dieser Umgang ist das Ergeb-

Statt dessen sollte die Frage,
warum in den letzten Jahren Debatten über Selektion und Züchtung
wieder an öffentlichem Boden gewinnen,
gestellt werden.
Warum diese Debatten fast als Nebeneffekt die Freiheit von Forschung und Diskussion stärken
und damit das Wort Selektion wieder hoffähig machen.
Denn diese Zwecke erfüllt Sloterdijk in jedem Fall,
auch wenn seine Äußerungen sowohl auf der praktischen,
wie auch auf der philosophischen Ebene
weder neu noch originell sind.

nis einer „Gesellschaft, für die unbeschränkte Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung ein hoher Wert ist und die ihre Bürger zur Ablehnung von Dogmen und zur Abschaffung von Tabus ermuntert."[4]
Gerade eine liberal geführte Debatte ist keineswegs neutral, sondern voller Werturteile, gegen die sich Menschen mit radikal anderer Meinung schwerlich durchsetzen können. So beschreibt Yolan Koster-Dreese gegenüber Oliver Tolmein ihre Haltung als Kritikerin der niederländischen Euthanasie-Praxis: „Es gibt schon viele Vorurteile uns gegenüber. Aber in den Niederlanden müssen wir uns anders damit auseinandersetzen als in Deutschland. Hier eine Veranstaltung zu sprengen oder eine Diskussion zu verhindern - dafür hätte niemand Verständnis."[5]
In den Niederlanden war ein gesetzlicher Umgang mit Euthanasie und der 'Tötung behinderter Säuglinge durch die Verweigerung medizinischer Maßnahmen' gefordert worden. Die Reglementierung hat jedoch zu einer weit verbreiteten Praxis geführt, in der die Überschreitung der selbstgesteckten Grenzen zur Regel wird.
Auch in der Bundesrepublik ist die Debatte, die sich an den Äußerungen von Peter Sloterdijk festmacht, in der Praxis bereits überholt. Die pränatale Diagnostik ist ein mittlerweile fester Bestandteil der Schwangerschaftsvorsorge; Frauen, die sich diesen Beratungen entziehen, haben die Konsequenzen ebenso individuell zu tragen, wie auch ÄrztInnen, die Eltern nicht ausführlich auf die Gefahr, ein nicht gesundes Kind zur Welt zu bringen, hingewiesen haben. MedizinerInnen und Pharmaindustrie fordern gemeinsam die Lockerung des Embryonenschutzgesetzes und die Verwertung biologischen Materials wird in diesen Kreisen weit offenherziger diskutiert, als Sloterdijk andeutet. Bezogen auf die heute schon übliche Praxis, sagt Sloterdijk nichts Neues, trotzdem sollte die Art der Debatte nicht aus den Augen gelassen werden. In die Entwicklung der Diskussion um Eugenik seit 1945 reiht sie sich nahtlos ein. Wo vor wenigen Jahren noch von Tabus gesprochen wurde und die Möglichkeit, sich bestimmten Debatten zu verweigern, genutzt wurde, so ist die Form der öffentlichen Infragestellung von Tabus mittlerweile anerkannt. Die Meinungsfreiheit steht über allen Dingen und auch der Inhalt kann jetzt in gemächlicher Ruhe transportiert werden. Sicherlich gab und gibt es noch die eine oder andere moralische Empörung, im wesentlichen zeigen sich jedoch die Spuren vorhergegangener Debatten, in denen Tabus nicht mehr existieren und auch nicht wiederhergestellt werden. Die Fragen nach den Grenzen der Biotechnologie werden „inhaltlich" diskutiert, weitere Reglementierungen werden folgen. Auch in der Linken werden diese Tatsachen entweder resigniert zur Kenntnis genommen oder auf der vorgegebenen Ebene der „freien" Diskussion mitdiskutiert. So erschien beispielsweise in der *taz* am 27./28. November 1999 ein Artikel von Viola Roggenkamp, der einen praktischen Beitrag zur Sloterdijk-Debatte liefern will. Im Stil von Betroffenheits-Journalismus wird erzählt, welche Gedanken sich eine junge Familie über das zu erwartende behinderte Kind macht. Mit keinem Wort wird der mainstream der vorgegebenen Diskussion verlassen, geschweige denn sich kritisch mit der Ebene der Diskussion auseinandergesetzt.
Sicherlich ist es nicht sinnig, angesichts der fortschreitenden Möglichkeiten der Medizin und der Gentechnologie das Thema des Umgangs mit dieser Technologie zu ignorieren. Doch die Kritik muß immer wieder an anderen Stellen ansetzen und es muß auch Möglichkeiten geben zu sagen, es gibt Tabus, die nicht zu brechen sind, es gibt Möglichkeiten, die indiskutabel sind. Auch wenn es müßig ist, muß daran erinnert werden, daß bestimmte Tabus bereits nicht mehr auftauchen, als Argumente verschwunden sind. Nicht aus Ignoranz, sondern aus politischer Haltung heraus. Statt dessen sollte die Frage, warum in den letzten Jahren Debatten über Selektion und Züchtung wieder an öffentlichem Boden gewinnen, gestellt werden. Warum diese Debatten fast als Nebeneffekt die Freiheit von Forschung und Diskussion stärken und damit das Wort Selektion wieder hoffähig machen. Denn diese Zwecke erfüllt Sloterdijk in jedem Fall, auch wenn seine Äußerungen sowohl auf der praktischen, wie auch auf der philosophischen Ebene weder neu noch originell sind.

Anmerkungen:
1: Walter Ch. Zimmerli: Die Evolution in eigener Regie. In: Die Zeit Nr.40/ 99
2: Ernst Tugendhat „Es gibt keine Gene für die Moral" in: Die Zeit Nr. 39/99
3: Peter Sloterdijk wurde laut Berichten des dpa von verschiedenen Kongressen der Philosophie und der Genetik scharf kritisiert. Die Kritik der GentechnikerInnen beschränkte sich jedoch darauf, Sloterdijk vorzuwerfen, daß er unfachlich argumentiere, da „die Züchtung eines noch humanitäreren Menschen beim jetzigen Stand der Forschung nicht denkbar sei." (Prof. Rolf Knippers, Vorsitzender der Gesellschaft für Genetik) Gleichzeitig erfreute sich das Forum zur Bio- und Medizinethik bei den MedizinerInnen und GenetikerInnen besonderer Beliebtheit.
4: Richard Fennigsen „Euthanasie - auf Verlangen und Freiwillig? Wie Mord in einer Gesellschaft legitimiert wird. In: Ökolinx 10/ 1993
5: Oliver Tolmein „Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen." Wien 1993

Haidy Damm ist Politikwissenschaftlerin und lebt in Bremen.

Humangenetik Genforschung und Gesellschaftskritik

Zur Ökonomie des Codes

by Erika Feyerabend

"Die Chancen der Genomforschung können Ausgangspunkt sein für neuartige Prozesse der Konsensfindung und für eine neue Dimension der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Politikern und interessierten Bürgern."

Hilke Stamatiadis-Smidt, Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg, hat diesen "konstruktiven" und "konsensualen" Gesellschaftsentwurf vorgeschlagen. (Hilke Stamatiadis-Smidt/Harald zur Hausen (Hg.), Das Genom-Puzzel, Berlin 1998, S. 4) Ihre Zukunftslogik basiert auf den "Chancen der Genomforschung", die von Wissenschaftlern bereitgestellt werden.

Zukunft ist Expertensache. Aber: die Planer/innen von heute laden zum Mitmachen ein. Politiker sollen Ermöglichungsbedingungen schaffen, Mittelwege aushandeln, regulierende Maßnahmen ergreifen. Widersprüche darf es im Morgen nicht geben, sie sollen und werden in "Dialoge" und "Diskurse", in "Anhörungen" und "Podiumsgespräche" überführt. Partizipation "interessierter Bürger" - der "mündigen", "aufgeklärten", "informierten" - ist gefragt. Ein großer, nebulös "gemeinsamer" Zukunftswille entsteht.

Die Geschäftsgrundlage der gesellschaftlichen Zukunft soll die Genomforschung werden. Sache aller wäre damit nicht mehr ein "Ob-überhaupt", sondern die bloße Frage nach dem "Wie".

Dezent vernachlässigt hat die Pressesprecherin des Deutschen Forschungszentrums in Heidelberg einen wichtigen Interessenten: die Life Sciences Industrie. Ihr früherer Arbeitgeber, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, hat im neuesten Papier zu den "Perspektiven der Genomforschung" (26.5.1999) diese Priorität berücksichtigt:

"Im kommenden Jahrhundert wird sich die Genomtechnologie als eine der entscheidenden Schlüsseltechnologien etablieren. ... Diese Entwicklung wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Industrienationen untereinander verschieben. Die Wertschöpfung für diese neuen Produkte wird in den Ländern stattfinden, die diese Technologie beherrschen und die entsprechenden Firmen beherbergen. ... Die Dynamik dieser Entwicklung in der Genomforschung, die in Wochen und Monaten gemessen werden muß, läßt keine Zeit zu zögerlichem Handeln. Die Gefahr ist, daß große wirtschaftliche Potentiale leichtsinnig verspielt werden."

Es wird Politik mit der Zukunft gemacht: Man droht, falls sie verpaßt wird; man verspricht Neues und Besseres, falls die "Chancen trotz Risiken" genutzt werden. Es herrscht Handlungsbedarf, niemals ein Unterlassungsbedarf. Die Forschungsgemeinschaft, die wesentlich für die Mittelvergabe an den Universitäten zuständig ist, fordert deshalb: zusätzlich 1 Milliarde DM für projektbezogene Fördermittel in den nächsten fünf Jahren, Vernetzung universitärer und außeruniversitärer Forschung und den Brückenschlag zu Bereichen der Industrie.

Ob Mitmachangebote oder Bedrohungsformeln, es scheint eine Art Planungssicherheit zu geben. Die von Unternehmen, Wissenschaftsagenturen, Politikern und dialogbereiten Bürgern anvisierte Zukunft wird so sein, wie sie vom Heute aus entworfen wird.

Die Wissenschaftsjournalistin Barbara Hobom beispielsweise, läßt unter der Überschrift "Aufbruch in unbekannte Welten", zehn Jahre Revue passieren:

1988 prophezeite der Nobelpreisträger und Genomforscher Walter Gilbert: "In ein paar Jahren wird jedermann auf dem Weg zum Arzt oder in die Apotheke eine Compact Disc mit sich herumtragen, auf der die gesamte Bausteinfolge der drei Milliarden Basenpaare seines individuellen Erbmaterials gespeichert ist." (Das Genom-Puzzel, S.7) Im Frühjahr 1997 erhielt jede/r Besucher/in nach einer Werksbesichtigung in der kalifornischen Biotechnologiefirma Sequana Therapeutics ein Geschenk: "die Hülle einer Compact Disc, wunderschön futuristisch aufgemacht. ‚Human Genotype', also ‚Genausstattung des Menschen', war in Großbuchstaben darauf zu lesen. Und in einer Ecke stand in kleineren, griechischen Buchstaben ‚Erkenne Dich selbst'. Noch war die Hülle leer." (ebd. S.7)

Die Zukunft ist jetzt

Die Rhetorik von "verpaßten Chancen" und einer "besserer Zukunft" verdeckt vor allem eines: die "Wahl" zwischen den zwei vorgefertigten Alternativen ist schon längst gefallen. Und sie beginnt alle gesellschaftlichen Bereiche zu ergreifen.

Vor gut zwei Jahrzehnten noch war die Humangenetik eine von verschiedenen Fachdisziplinen. Es gab eine Theorie der Vererbung, die sich am Erbmolekül, der DNS orientierte. Aber es gab noch keinen Körperentwurf, der Krebskranke, Allergikerinnen oder Herzinfarktpatienten zu TrägerInnen einer gestörten DNS erklärte. Es gab Stammbaum-Analysen, um den Nachweis genetischer Ursachen für Erkrankungen innerhalb von Familien zu führen. Die Humangenetiker/innen errechneten "Risiken" und vergaben fachmännische Ratschläge zum Fortpflanzungsverhalten. Die Handlungsmöglichkeiten waren beschränkt auf wenige sog. klassische Erbkrankheiten und i.d.R. bereits etabliert.

Ende der 70er Jahre wurden Techniken entwickelt, die Analysen am Genom sowie Neukombinationen von "Genen" versprachen. Zunächst nutzten kleine Gruppen von Experten die neuen Verfahren, um ihre Problembeschreibungen und Karriereambitionen durchzusetzen. Das Angebot standardisierter Techniken, die auch von weniger spezialisierten Wissenschaftlern und Laboratorien genutzt werden konnten, ließen die molekulargenetischen Verfahren zum konventionellen Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit werden. Firmen, die Materialien wie Zell-Linien oder DNA-Proben kommerziell vertrieben, erzeugten eine Art molekularen Schneeball-Effekt. Ein Paket aus anerkannter Theorie der Vererbung und attraktiver Technologie der Analyse und Manipulation entstand.

Stetig und schnell neues Wissen zu erwirtschaften, permanent neue Produkte wie Gentests oder Pharmaka anbieten zu können, all das dynamisiert Forscherkarrieren, die Laborpraxis, die Märkte für Zulieferfirmen und ganze Forschungsrichtungen - beispielsweise die Humangenetik, die Krebsforschung oder die Immunologie.

Heute konkurrieren und kooperieren Wissenschaftler/innen in Universitäten, Forschungsinstituten und privatwirtschaftlichen Labors, um das neue Territorium, die "genetische Information", unter Kontrolle zu bringen. Mit der Human Genome Organization (HUGO) wurde auch das erste Großforschungsprojekt der Biologie ins Leben gerufen. Seit 1988 werden hier in internationaler Arbeitsteilung jene 100.000 "Gene", die Wissenschaftler/innen im Zellkern vermuten, analysiert und die chemische Beschaffenheit der menschlichen Erbsubstanz DNA (Desoxyribonukleinsäure) bestimmt. Das Global-Projekt wird bis zum Jahr 2005 geschätzte fünf Milliarden US-Dollar verschlungen haben, und nahezu alle Industriestaaten propagieren die Genom-Forschung mittlerweile auch national.

KritikerInnen, die eine Reduzierung des Menschen auf seine Erbsubstanz problematisieren, haben es heute schwer. Sie sind nicht mit einer wissenschaftlichen Disziplin, der Humangenetik, konfrontiert, sondern mit der Dominanz



molekulargenetischer Konzepte und Techniken in den verschiedensten Forschungsrichtungen der Medizin und Biologie. Um so schwerer wird es, auf andere Erklärungen und therapeutische Perspektiven zu verweisen. "Entdeckungen" sind heute weder auf bestimmte Erkrankungen noch auf bloße Nachweisverfahren am Individuum oder ganzen Bevölkerungen beschränkt. Der Verweis auf eine "bessere Zukunft" funktioniert hier besonders gut, weil die Dynamik der permanenten Produktion von Neuigkeiten in der Sphäre des Wissens und der Technologien greift. Die Behauptungen über molekulargenetische Ursachen und Mechanismen bei Krebs, Allergien oder Herzinfarkt, die "in Wochen und Monaten gemessen werden" (DFG), erzeugen Meldungen, Hoffnungen, Nachfrage und Märkte. Das Konzept der klassischen Erbkrankheiten war auf Fortpflanzungsentscheidung konzentriert - auf eugenische Perspektiven. Das molekulare Theorie-Technologie-Paket in den Biowissenschaften verweist auf gentechnologische Korrekturmöglichkeit in naher oder ferner Zukunft und auf neue Medikamente. Es bietet nicht "nur" eine Theorie vom Körper und seinen Krankheiten, sondern nie da gewesene Handlungsperspektiven.

Humangenetische Machbarkeiten

Heute ist eine rapide zunehmende Zahl molekulargenetisch diagnostizierbarer Krankheiten möglich geworden. Dies betrifft zunächst "monogene" - in der Theorie von einem "Gen" verursachte - Erkrankungen. In bundesdeutschen Laboratorien werden über 100 DNA-Analysen angeboten, meist zur Diagnose von Chorea Huntington ("Veitstanz"), bestimmte Bluterkrankungen (Thalassämien) oder die zystische Fibrose (CF), eine Erkrankung, die mit der Verschleimung von Lungen und Bronchien einhergeht. Diese Tests werden vor allem in der pränatalen (vorgeburtlichen) Diagnostik eingesetzt und führen in der praktischen Konsequenz zu immer mehr "Lebenswert"-Urteilen im Vorfeld der Geburt. Die Folge eines "positiven Tests" ist ein eugenisch ausgerichteter Abbruch der Schwangerschaft.

Unter der Überschrift "Humangenetische Diagnostik: Die Macht des Machbaren" diskutierten vor kurzem die Humangenetiker/in Dr. Wolfram Henn und Prof.Dr. Traute Schroeder-Kurth weitere Einsatzmöglichkeiten. Treten Erkrankungen wie die erwähnte Cystische Fibrose oder die Bluterkrankung Thalassämie häufiger auf, dann lohnen sich - volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch - auch Screenings (Reihenuntersuchungen), um Träger/innen solcher, genetischer Normabweichungen dingfest zu machen. "Aus dem Ergebnis lasse sich ein Wissensgewinn ableiten, mit Konsequenzen für Familienplanung, Partnerwahl und pränatale Diagnostik ...". Mit anderen Worten: "gesunde" Erwachsene sollen sich testen lassen und möglichst "Fortpflanzungsentscheidungen" im Vorfeld der Empfängnis fällen. Wer Träger/in verdächtiger "Gene" ist, soll auf Kinder verzichten oder sich eine/n genetisch einwandfreie/n Partner/in suchen. Frauen werden angehalten, sich einer engmaschigen, medizinischen Kontrolle während der Schwangerschaft zu unterziehen.

Inzwischen gibt es einige wenige Pilotstudien in der Bundesrepublik zur Anwendung derartiger Screeningprogramme. In anderen Ländern gibt es bereits breit angelegte, sog. "Partnerscreenings" auf Cystische Fibrose und Thalassämie in Zypern, Griechenland, in der Türkei, in Italien und Großbritannien. Über eine Million Menschen haben an Reihenuntersuchungen für die Tay-Sachs-Krankheit teilgenommen. Und das National Institute of Health hat in den USA 1997 empfohlen, daß die Krankenversicherungen das flächendeckende Anlageträgerscreening auf CF für alle Paare mit Kinderwunsch als Vorsorgeleistung bezahlt werden. In Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden liegen Stellungnahmen öffentlicher Gremien vor, die genetische Screeningprogramme als akzeptabel bezeichnen.

Erste Pilotstudien für den Einsatz von Gentests für sog. multifaktorielle Erkrankungen laufen bereits. Die Deutsche Krebshilfe fördert den genetischen Nachweis von Brust- und Eierstockkrebs an 12 Universitäten im gesamten Bundesgebiet. Die Gewebeproben vor allem jener Familienangehörigen, die sich auf Thalassämie und CF haben untersuchen lassen, stellten die Ressource dar, um Analyseverfahren für die sog. Brustkrebsgene BRCA 1 und BRCA 2 zu entwickeln. Nun gilt die Bereitschaft, früher und häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt an Brustkrebs zu erkranken als z.T. genetisch bedingt. Firmen vermarkten solche Tests privat (USA), Studien mit gesunden und erkrankten Frauen sollen die Effektivität und Aussagekraft solcher Instrumente beweisen (die Krebshilfe in Deutschland). Je mehr Frauen in die Studien getrieben werden, desto fragwürdiger wird das neue Vorhersageinstrument. Und auch die therapeutischen Konsequenzen sind wenig hilfreich: engmaschige Krebsvorsorge mit Mammographien, die verdächtigt werden den Krebs zu erzeugen, den sie nachweisen sollen und die vorbeugende Brustentfernung wird angeraten.

Doch die Zukunft, in der ein engmaschiges Netz aus privaten und universitären Laboratorien, aus dem "Brückenschlag zu den Bereichen der Industrie" und der politische Wille zur nationalen Wettbewerbsfähigkeit mit der Genomanalyse bereits festgeschrieben ist, kennt keine Zweifel. Die Zukunft wird bereits gemacht, auf der Basis der biowissenschaftlichen Vorannahmen "entwickelt" und gezielt gestaltet.

Das deutsche Krebshilfe-Pilotprojekt zum Brustkrebs sucht fieberhaft Frauen, in deren Familien mehrfach Krebserkrankungen aufgetreten sind oder die selbst jung erkrankten. In den Vereinigten Staaten denken Forscher/innen darüber nach, auch Familien, die kein überdurchschnittliches Brustkrebserkrankungen aufweisen, aber "motivierte Mitglieder" haben, solche Tests anzubieten.

DNA-Analysen für bestimmte Darmkrebs-Erkrankungen und eine Form der Altersdemenz gibt es bereits. Tests auf Diabetes, Arterienerkrankungen, Osteoporose und andere Leiden werden folgen. Durch die "Synthese von molekulargenetischer Analytik und Computertechnologie, die 1996 mit der Entwicklung des "DNA-Chip" begann, wird nun absehbar, daß sich die zum Beispiel aus einer Blutprobe simultan untersuchbaren genetischen Parameter vervielfachen und gleichzeitig die Kosten für das Verfahren drastisch sinken. Damit wird es voraussichtlich binnen weniger Jahre technisch möglich, ein für die Kostenträger attraktives flächendeckendes genetisches Screening zur Verfügung zu stellen, ..." prognostizieren die Humangenetiker/in Henn und Schröder-Kurth.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft visioniert mit: "Die Welt erlebt zur Zeit eine neue industrielle Revolution, in deren Mittelpunkt diesmal nicht die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen stehen, sondern die Gewinnung und Verarbeitung von Information...Genomforschung wird damit zur Informationsforschung und zu einer Schlüsseltechnologie der Zukunft" (26.5.99) Bioinformatik und Chiptechnologie sollen einen hohen Stellenwert in der Forschungsförderung einnehmen.

Die zu Beginn genannte "Compact Disc -Human Genotype" mit der gespeicherten "Genausstattung des Menschen" wird so zur zwangsläufigen Zielperspektive.

Die Ökonomie des Codes

Für Hoffman La Roche, Simth Kline Beecham, Merck oder Genentech- bedeuten die molekulargenetischen Forschung vor allem Umsatzperspektiven. Das ist keine Neuigkeit. Aber: die Organisation wissenschaftlicher Arbeit als ein System, in dem neues Wissen und neue Technologie für Karrieren aller Art- vom individuellen Forscher, über das Laboratorium bis hin zur Disziplin oder Institution- entscheidend sind, ähnelt zunehmend den allgemeinen Konditionen des Marktes. Und so wundert es nicht, daß immer mehr "Spitzenforscher" die Vermarktung ihrer Erkenntnisse gleich selbst in die Hand nehmen und Biotech-Firmen gründen. Über 400 solcher Unternehmen arbeiten heute in Deutschland, viele davon sind von Lehrstuhlinhabern, Max-Planck-Direktoren oder Leitern von Großforschungseinrichtungen gegründet worden. Startkapital aus staatlichen Förderprogrammen (beispielsweise dem BioRegio-Wettbewerb) ist ihnen sicher.

Wohin der Schulterschluß von Politik und Kapital führt, wurde neulich demonstriert. Im Dezember 1998 beschloß ein Parlament erstmals, die Bevölkerung seines Staates als genetische Datenressource zu betrachten und sie einem Unternehmen zur freien, kommerziellen Verfügung zu stellen. Die Rede ist von Island und seinen 270.000 EinwohnerInnen. Nutznießer des Gesetzes, das die Volksvertreter/innen in Reykajvik beschlossen, ist die isländische Firma deCODE genetics: Das Parlament hat dem Unternehmen ganz offiziell das Monopol für Aufbau und Ausbeute einer nationalen Gen-Datenbank zugesprochen. Gespeichert und verknüpft werden darin Informationen zu Genprofilen aus Blut- und Gewebeproben sowie aus Familien-Stammbäumen und Krankenakten der Isländer/innen. Der Datentransfer geschieht automatisch nach jedem Arztbesuch oder Klinkaufenthalt, es sei denn, der oder die Patient/in hat ausdrücklich widersprochen. Expertenkommissionen sichern das Vorgehen ab. Rechtsstaatlich abgesichert wurde durch diese Entscheidung eine zwölf Jahre geltende Lizenz für das isländische Gentech-Unternehmen. Die Firma hat das Recht, die gesammelten Informationen kommerziell zu nutzen und zu ent-

scheiden, wem sie den Zugang zu den Daten erlaubt. 200 Millionen hat der Schweizer Pharma-Multi Hoffmann-La Roche eingebracht und sich dafür die potentiellen Rechte an rund einem Dutzend genetischer Strukturen gesichert, die ermittelt werden sollen. Das gekaufte Wissen wird in Gentests und Medikamentenentwicklung investiert. Gesucht- und wohl gefunden- werden die genetischen Ursachen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt oder Bluthochdruck, von Stoffwechselstörungen wie Darmentzündungen oder Schuppenflechte, Osteoporose oder von psychischen Leiden wie Schizophrenie und Depression. Ganz oben auf der Liste steht der Alkoholismus, der offenbar ganz selbstverständlich den Status eines "genetischen Fehlers" erhalten hat. Die Datenbank wird ein internationales Eldorado für humangenetisch interessierte Forscher/innen werden.
Auf den ersten Blick scheint der "konsensuale" Gesellschaftsentwurf, den die Genomforscher derzeit anvisieren, zu gelingen. Die Kritiker/innen in den Reihen der isländischen Ärzteorganisation, in Patientengruppen, im isländischen Verbraucherverband, unter GenetikerInnen und JuristInnen konnten weder einer relevanten Öffentlichkeit, die wie anderswo auch auf neue Therapien hofft, noch der Regierung und dem Parlament, die sich internationale Konkurrenzfähigkeit und neue Märkte trotz einer sonst düsteren ökonomischen Perspektive ausmalt, dieses neue Perpetuum mobile ausreden. Die Geschäftsgrundlage der isländischen Gesellschaft ist zu einem nicht unerheblichen Anteil nunmehr auf den "Chancen der Genomforschung" gegründet.
300 Millionen Gewebeproben lagern in US-amerikanischen Blut- und Gewebebanken. unzählige europäische wie auch nationale Forschungsstätten haben "genetische Informationen" zusammengetragen, um sie in bare Münze zu verwandeln. Sie verändern damit auch ganz materiell gesellschaftliche Wirklichkeit.
Nicht übertrieben sind die Befürchtungen, daß die genetischen Zeichen auch für die Personalpolitik der Unternehmen attraktiv sind. Die Firma Adnagen, eine Initiative des Fraunhofer-Instituts und selbständig gewordener Professoren aus Hannover, offeriert Gen-Analysen für eine "zuverlässige Differenzierung zwischen low- und high-risk-Populationen" sowie "die Identifizierung von individuellen Anfälligkeiten gegenüber Umweltchemikalien." Und ganz und gar nicht virtuell ist die Perspektive, daß private Versicherer diese Informationen zum eigenen Vorteil nutzen. Wohlweislich will die Versicherungsbranche eine "Gentest-Pflicht" nicht ausschließen. (Ärztezeitung 15.3.99) Wenn die Ergebnisse von solchen Tests aussagekräftiger würden, so ein Vorstandsmitglied der Allianz Lebensversicherung AG, und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung wachse, dann verlangten die Versicherungen perspektivisch auch DNA-Analysen. Die sozial- und gesundheitspolitische Planung der Bevölkerung in Form eines leicht verfügbaren Datenkörpers wird auf Kostendämpfung hinauslaufen und so effektiv erscheinen, daß die wirklichen Menschen, die hinter diesen Daten stehen, kaum mehr sichtbar werden.

Chancen der Kritik

Was kann angesichts einer so vorausgeworfenen Zukunft noch getan werden? Was kann diesem geballten politischen wie ökonomischen Willen zur "biorationalen" Gesellschaft noch entgegengesetzt werden? Ist die "Planungssicherheit", die zur "Compact Disc" mit integrierter "Selbsterkenntnis" in Form einfacher Buchstabenfolgen, die von Experten entziffert und ordnungspolitisch genutzt werden kann, noch zu durchkreuzen?
Die "neue Dimension der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Politikern und interessierten Bürgern" jedenfalls, der widerspruchsfreie Gesellschaftsentwurf aus den Hause des Krebsforschungszentrums Heidelberg und anderen interessierten Kreisen, ist noch nicht verwirklicht.

Erika Feyerabend arbeitet mit bei Bioskop e.V..

Bioskop e.V.: Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien
Bochumer Landstr. 144a, 45276 Essen,
fon: 0201-5366706, fax: 0201-5366705
http://www.Bioskop-Forum.de
Bioskop e.V. bringt *Bioskop: Zeitschrift zur Beobachtung der Biowissenschaften* heraus.





Empowerment und bevölkerungspolitische Strategie

Die Feminisierung der Bevölkerungskontrolle

by Sonya Schneider

Der bevölkerungspolitische Diskurs zeichnet sich seit den 90er Jahren, vor allem seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, insbesondere dadurch aus, daß er mit Begriffen gefüllt ist, die das bevölkerungspolitische Establishment der Frauenbewegung geklaut hat. Ein Begriff, der seit Kairo en vogue ist, ist „Empowerment". Eigentlich ein Begriff, der das Konzept beinhaltet, daß Frauen sich selbst ermächtigen und diese Ermächtigung nicht von staatlichen oder entwicklungspolitischen Interessen gelenkt wird, erscheint nun als Bestandteil der »schönen neuen Bevölkerungspolitik«. Welche feministische Bedeutung hat Empowerment und was hat dazu beigetragen, daß Empowerment Teil der bevölkerungspolitischen Strategie wurde?

Empowerment: Unternehmensleitung und Management entwickeln ein Krisenkonzept, in dem die MitarbeiterInnen aus unternehmensstrategischen Gründen ermutigt und empowered werden, ihre Humanressourcen freizusetzen und Fähigkeiten für die Lösung der Probleme des Unternehmens zu entwickeln.

Empowerment: auf der Titelseite eines UNDP-Berichts über das Empowerment von Frauen ist eine Frau aus Bangladesh abgebildet, die einen Traktor fährt. Frauen sollen ebenfalls Zugang zu moderner Technologie bekommen, so der Bericht. Was bedeutet dies? Die Frau fährt diesen Traktor auf einem Stück Land, das nicht ihr gehört, sie arbeitet gegen Lohn. Vorher hatte sie ein Stück Land für die Selbstversorgung besessen, daß ihr im Zuge der Grünen Revolution weggenommen wurde, so daß sie nun gezwungen ist, gegen Lohn zu arbeiten. Moderne Technologien entmächtigten diese Frau, die nun durch den Zugang zu moderner Technologie ermächtigt werden soll...

Seit der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 ist Empowerment zu einem feministischen Konzept geworden, das die Machtbildung in der Hand von Frauen zum Ziel hat. Dieses Konzept ist durch das internationale Frauennetzwerk *DAWN* (Development Alternatives with Women for a New Era) auf der Weltfrauenkonferenz eingebracht worden und hat in der internationalen Frauenbewegung großen Anklang gefunden. Sich selbst ermächtigen jenseits staatlicher Interessen und Kontrolle ist die Grundidee von Empowerment.

Das Empowerment-Konzept von DAWN ist als ein offensives Handlungskonzept zu verstehen, das sich trotz der Verschlechterungen für Frauen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung und der weiterbestehenden ökonomischen und sozialen Unterordnung der Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht entmutigen lassen will, sondern Perspektiven für eine Zukunft formuliert, die eine Feminisierung der Entwicklung und auch der Gesellschaft zum Ziel hat. Diese Vision, die sich an den Graswurzelbewegungen orientiert, setzt ein Handeln von unten voraus und lehnt Konzepte von oben ab. „Sie verbinden die 'Globalsicht von unten' mit den langzeitlichen Themen der Frauenbefreiung und anderer Befreiungsbewegungen, nämlich »ökonomische und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung - frei von allen Formen der Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, Klasse, Rasse oder Nation« (DAWN, 1985:9)." zitiert nach Satzinger, 1987:143.

Wesentlich für den Empowerment-Prozeß ist die Gründung von Frauenprojekten und die Organisierung von Frauen, damit Frauen durch diese kollektiven Strukturen Stärke erfahren und aktiv eingebunden sind in die Verbesserung ihrer Situation. Die Partizipation der Betroffenen ist ein wesentlicher Ansatzpunkt von DAWN. Innerhalb der internationalen Frauenbewegung sind seitdem viele Projekte mit dem Ziel, Frauen zu empowern initiiert worden. Durch Hinterfragung der Realität sollen Frauen ein Bewußtsein über ihre gesellschaftliche Situation erlangen und damit ein Selbst-Bewußtsein, das ihnen ermöglicht, aus der Isolation herauszutreten und sich gegenseitig zu stärken.

„Die Schaffung kritischer Gedanken erfordert physischen und reflektiven Raum, in dem neue Ideen gehegt und argumentiert werden können und in dem Forderungen nach Veränderung außerhalb der Kontrolle derjenigen geschehen können, die versuchen würden, diese Änderungen zu kontrollieren." (Stromquist, 1993:263)

Empowerment „beinhaltet das Begreifen vom Selbst und von der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die sich gegen kulturelle und soziale Erwartungen richten,

sowie das Begreifen von Verhaltensmustern, die Abhängigkeit, Interdependenzen und Autonomie innerhalb der Familie und in der Gesellschaft im Ganzen bewirken." (Stromquist, 1993:260) Diese Aussage von Nelly Stromquist beinhaltet, daß Empowerment nicht mit der Erwartung der Fruchtbarkeitskontrolle in Verbindung gebracht werden kann, wie es im bevölkerungspolitischen Diskurs mit der Statusverbesserung der Frauen getan wurde. Ebenso kann Empowerment in diesem umfassenden Sinne nicht, wie im bevölkerungspolitischen Diskurs über die Statusverbesserung der Frau, mit der ökonomischen Erwartung an die Verbesserung der Humanressource Frau und mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes in Verbindung gebracht werden sowie mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung.
Aufgrund der breiten Rezeption des Begriffes Empowerment bis hin zu Regierungsorganisationen sowie im entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Diskurs, ist seitens der Frauenbewegung zunehmend vor der kritiklosen Übernahme des Empowerment-Begriffes gewarnt und die Verwendung von Empowerment zur Charakterisierung/ Begründung von staatlichen, entwicklungspolitischen oder bevölkerungspolitischen Konzepten kritisiert worden, bis hin zur Infragestellung des Begriffes an sich.

Partizipation

Problematisch ist insbesondere, wenn die Betonung von Empowerment auf der Möglichkeit der Partizipation liegt, wie es in Teilen der internationalen Frauenbewegung der Fall ist. Empowerment wird hier in Verbindung gebracht mit Lobbyarbeit für Frauen und es wird versucht, übergeordnete Interessen mit den Interessen der Frauen in Verbindung zu bringen. Verkommt hierbei Empowerment nur noch zu einer Worthülse oder einem nichtssagenden Symbol wie z.B. der Grüne Punkt?

Ein Beispiel für diese Art von Empowerment ist der Versuch eines Frauenbündnisses „Women's Voices '94", durch Partizipation auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo Einfluß zu nehmen und die Bevölkerungspolitik zu feminisieren. Reproduktive Rechte, reproduktive Gesundheit und Empowerment sind die Schlüsselbegriffe der Erklärung „Women's Voices '94", in der Bevölkerungspolitik in eine gerechte Entwicklungspolitik integriert werden soll. Eine Bevölkerungspolitik von unten statt von oben mit einer mindestens 50prozentigen Beteiligung der Frauen in allen bevölkerungspolitischen Bereichen wird als erforderliche Voraussetzung für eine feministische Reform der Bevölkerungspolitiken und -programme angesehen.
Marianne Gronemeyer nennt diese Partizipation „Widerstand in verborgener Übereinstimmung mit der Macht" (Gronemeyer, 1988:64):
„Diese Form des Widerstandes, die die Partizipation an den politischen Entscheidungen einfordert, von denen das Leben aller Entscheidungsbetroffenen sehr handgreiflich, spürbar, nachdrücklich beeinträchtigt wird, ist allerdings nicht radikal. Gleichwohl ist sie nicht nur scheinhaft und illusionär. Wenn der Widerstand Erfolg hat, werden der Macht Zugeständnisse abgerungen. Dies geschieht zum Vorteil beider, der Protestanten, von denen akuter Schaden abgewendet wird dadurch, daß die Macht weniger großzügig verfahren kann mit dem was sie in Kauf nimmt und zum Vorteil der Macht, die in einer bedrohlichen Legitimationskrise den drohenden Machtverlust nicht nur abwenden sondern die Krise in Gewinn ummünzen kann, indem ihr ein notwendiges Zurückweichen aus Fehlentwicklungen nicht zum Eingeständnis eigenen Versagens gerät, sondern zum Erweis funktionierender Demokratie - ein besonderer Zuwachs an Eleganz. (¼) Die Macht wird zu ihren eigenen Interessen bekehrt, nicht zu politischer Moral." (Gronemeyer, 1988:65f)

Der besondere Zuwachs an Eleganz ist im Falle der Bevölkerungspolitik das Sorgen um die Verbesserung des Status der Frauen, eingefordert von Feministinnen, die mit dieser Feminisierung von Bevölkerungspolitik den Charakter von Bevölkerungspolitik verändern wollen, jedoch Bevölkerungspolitik beibehalten wollen, da sie mit dieser Veränderung die Situation von Frauen verbessern wollen. Die Beibehaltung der Bevölkerungspolitik erscheint als legitim und notwendig und es herrscht eine "verborgene Übereinstimmung" mit ihr. Die Stärkung der Stellung der Frau ist für die Verfasserinnen der Erklärung Women's Voices '94 nicht nur - aber auch - als Lösung von Bevölkerungsproblemen legitim. Mit dieser Aussage geben sie der Bevölkerungspolitik eine feministische Legitimation, da einerseits die Bevölkerung als Problem angesehen wird und gleichzeitig die Lösung dieser Probleme den Frauen



zugute kommen soll.

Daß die Idee, Bevölkerungspolitik feministisch zu reformieren, ein Trugschluß ist, ist offensichtlich, da die bevölkerungspolitische Grundidee, nämlich eine optimale Bevölkerungsgröße anzustreben und die sogenannte Überbevölkerung in der Dritten Welt zu bekämpfen um u.a. den Zugang zu Ressourcen für die Länder des Nordens zu sichern, sich nun mit den feministischen Forderungen gepaart hat und diese dem bevölkerungspolitischen Dogma untergeordnet werden. So heißt es im Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo:
„Die Ermächtigung und Selbstbestimmung der Frauen und die Verbesserung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung und ihres Gesundheitszustandes sind allein schon ein überaus wichtiges Ziel. Darüber hinaus sind sie für die Verwirklichung einer tragfähigen Entwicklung unerläßlich. (..) Außerdem steigert die Verbesserung der Stellung der Frau auch ihre Entscheidungsfähigkeit in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bereich Sexualität und Fortpflanzung. Dies wiederum ist für den langfristigen Erfolg von Bevölkerungsprogrammen wesentlich. Die Erfahrung zeigt, daß Bevölkerungs- und Entwicklungsprogramme am wirksamsten sind, wenn zugleich auch Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung der Frau ergriffen wurden." (DGVN, 1994:24)

Ein bekannt gewordenes Beispiel aus Peru dokumentiert diese neue anscheinend frauenfreundliche bevölkerungspolitische Empowerment-Praxis. Mit einer Kampagne für Reproduktive Rechte und Familienplanung wurden in Peru in den Jahren 1996 und 1997 ca. 300.000 Menschen, vorwiegend Frauen, sterilisiert. Diese Sterilisationen richteten sich an die indigene und arme Landbevölkerung Perus. Mittels sogenannter Dorffeste oder Sterilisationscamps wurden die Menschen in den Dörfern dazu angehalten, sich einer Sterilsiation zu unterziehen. Die Ankündigung und Aufklärung erfolgte auf Spanisch, so daß die meisten noch nicht einmal verstehen konnten, was mit ihnen passiert. Der dazu beauftragte Gesundheitsdienst bekam pro sterilisierter Frau 10 US-Dollar. Sie besuchten die Frauen in den Häusern und drängten sie dazu, sich dieser Operation zu unterziehen. In einigen Fällen wurden sie mit Essen oder einem Bonus als Tausch gelockt. Die Frauen wurden von den Gesundheitsmitarbeitern eingeschüchtert oder gedemütigt, um eine Zustimmung zu erhalten. Erst durch eine Menschenrechtsorganisation wurde zu Beginn dieses Jahres davon berichtet. Die Frauengesundheitsbewegung in Peru bezog keine Stellung zu diesen Vorfällen. Vertreterinnen der Frauengesundheitsbewegung waren Teil des runden Tisches mit der Regierung, Kirche und dem UNFPA (United Nations Population Fund), um über das Empowerment von Frauen, reproduktiven Rechten und der Implementierung der Programme für die Reproduktive Gesundheit zu verhandeln. (Martha de la Fuente, 1998)
Bevölkerungspolitische Ziele werden als emanzipatorisch für Frauen dargestellt. Der Zwangscharakter von Bevölkerungspolitik tritt in den Hintergrund zu Gunsten eines frauen-, armen- und umweltfreundlichen Images. „Auf dem NRO-Forum in Nairobi war das empowerment-Konzept als kritischer Gegenentwurf zum Weltbank-Ansatz der »Integration in die Entwicklung« vorgestellt worden. Seitdem hat es eine zwielichtige Karriere hinter sich gebracht: einen rekordverdächtigen Aufstieg in die Chefetagen der Vereinten Nationen und vieler Regierungen bei gleichzeitig exemplarischer Entleerung des Begriffs. Vollständig von der offiziellen Politik vereinnahmt, wurde ihm sein politisch-kritischer Zahn - nämlich die Machtfrage zu stellen - gezogen, so daß es heute schlicht und harmlos für jedwede Stärkung und Partizipation von Frauen steht." (Wichterich, 1994:150) Empowerment als Prozeß, der keine systemüberwindende Perspektive aufwirft, die bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht hinterfragt und die Partizipation in den Vordergrund stellt, wird nun zur Legitimation herrschender Politik wie den Bevölkerungspolitiken genutzt. Eigene Ziele werden den Zielen derjenigen, die die Macht haben, untergeordnet und es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das vordergründig vielleicht eine Idee der Ermächtigung erahnen läßt, jedoch nichts mit Eigenmächtigkeit zu tun hat. Empowerment taucht statt dessen inflationär und sinnentleert in allen nachhaltigen und zukunftsweisenden Debatten auf, wie z.B. im Kontext der *EXPO 2000* und verschafft ihnen ein frauenfreundliches Image. Keine Hochglanzbroschüre der *Deutschen Stiftung Weltbevölkerung*, kein Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen ohne Empowerment. Zu wessen Ermächtigung diese Art Empowerment dient, ist klar. Das Empowerment-Krisenkonzept des Unternehmens dient zu dessen wirtschaftlicher Machtstärkung, die empowerte Frau in Bangladesh dient dazu, moderne Technologien als positiv für Frauen darzustellen. Doch gerade für Bangladesh ist dieses Beispiel nahezu zynisch, da die Frauen dort dafür kämpfen, daß ihnen die Kontrolle über das Saatgut nicht durch moderne Technologien und die damit verbundene Patentierung von Saatgut nicht genommen wird. Im bevölkerungspolitischen Kontext bedeutet Empowerment schlicht und ergreifend, eine Frau dank moderner Reproduktionstechnologie zu ermächtigen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren wie es bevölkerungspolitisch gewünscht wird.
Ich plädiere daher dafür, dem Begriff Empowerment mit größter Vorsicht zu begegnen und zu fragen, ob es sich hierbei wirklich um Eigenmächtigkeit handelt oder ob uns durch die Nutzung feministischer Begriffe vorgegaukelt werden soll, daß dies zu unserem Wohl ist, um dadurch bestehende Machtstrukturen zu modernisieren und zu legitimieren.

Literatur:

Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN); Development Alternatives with Women for a New Era: Development, Crises and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives; Olden, 1985

dies., Satzinger Helga; Das DAWN-Papier: Morgenrot für die Feminisierung der Entwicklung?; In: Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 25/26, S. 143 - 163; Münster, 1987

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN): Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) Kairo, 5. - 13. September 1994; Bonn, 1994

Gronemeyer Marianne; Die Macht der Bedürfnisse - Reflexionen über ein Phantom; Reinbek bei Hamburg, 1988

Stromquist, Nelly; Praktische und theoretische Grundlagen für Empowerment.; In: Nord-Süd aktuell, J. 7, Nr. 2, S. 259 - 266; 1993

Wichterich, Christa; Postfeministische Politik bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo.; In: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V. (Hrsg.), beiträge zur feministischen theorie und praxis 17. Jhg., Heft 38, S. 145 - 151; Köln 1994

Sonya Schneider ist promovierte Ökonomin und lebt in Wuppertal.

Buchhinweis:
Von Sonya Schneider wird im April 2000 das Buch Vom Zwang zum Konsens erscheinen, das die Positionen des hier veröffentlichten Artikels ausführlich herleitet.
Zu bestellen bei:
Yeti-*Press*
Justus-Liebig-Str. 25, 28357 Bremen
fon/fax: 0421-255447


PART-DIEU
BROTTEAU
ACCÈS
RUE PAUL BERT

Im Rückblick:

Eine Auswertung des BUKO 22

Gesprächsrunde mit Anka, Gila, Kai und Mette

++ Erste Eindrücke ++
++ Ansprüche ++

Gila: Zur allgemeinen Einschätzung des BUKO 22 kann ich sagen, dass ca 250 Leute da waren. Soviel hatten wir gar nicht erwartet. Es waren 30 Mitgliedsgruppen vertreten. Der äußere Rahmen im Pavillon, das Essen und der gesamte Verlauf kamen gut an. Die Stimmung war auch nett. Und ich hörte, dass die Jubel-Demo viel Spass gemacht hat.

Anka: Ich arbeite seit ungefähr einem Monat beim BUKO in der Geschäftstelle mit.
Ich kann das eben Gesagte so unterstützen. Auf der Mitgliederversammlung waren glaube ich nur 20 Gruppen, also nicht soviel stimmberechtigte Leute. Ich kann zu dem Kongress nicht nur Positives sagen. Der Austauch der Arbeitsgruppen ist zu kurz gekommen, d.h. die Leute haben wirklich nur ihre Arbeitsgruppen mitbekommen.

Mette: Ich bin von der Anti-Expo-AG und wir werden ganz allgemein dem autonomen Spektrum zugerechnet, ob wir uns dort verorten oder nicht.
Mir geht es genauso. Das Zusammenlaufen hat einfach nicht funktioniert. Die Arbeitsgruppe hat Spaß gemacht, aber das Zusammentragen der Ergebnisse im Forum fand ich sehr lästig.

Gila: Die Großveranstaltungen des BUKO 22 entsprachen nicht den Erwartungen, die vorher damit verbunden wurden. Bei der Podiumsdiskussion über Erfahrungen mit der Organisierung internationalistischer Kampagnen waren weder entsprechende linke Gruppierungen im Publikum anwesend, mit denen eine Diskussion um Organisierung und Aktionen möglich gewesen wäre, noch war der zeitliche Rahmen geeignet, politisch wichtige Inhalte zu transportieren oder ein bisschen was von der Power rüberzubringen, die früher normal war. Die Bewegung zum IWF 88 oder zu Sevilla darzustellen, mit so einer zeitlichen Beschränkung, war unmöglich.
Inhaltliche Schwerpunkte, die z.B. in der feministischen Anti-IWF-Arbeit 88 aufgegriffen wurden wie die Thematisierung von Frauenarbeit in Weltmarktfabriken, Frauenhandel und Sextourismus, Frauen auf der Flucht und Frauen gegen Gen- und Reprotechnologien könnten, um hier nur einen Bereich anzusprechen, auch für die Anti-EXPO-Arbeit wichtig sein.

Kai: Ich bin seit 4 1/2 Jahren beim BUKO und bei den letzten Kongressvorbereitungen dabei gewesen.
Meine Einschätzung ist ähnlich wie eure. Ich denke, wir haben einige der Fehler wiederholt, die wir eigentlich vermeiden wollten. Ein ganz zentraler Fehler ist, (...) dass die inhaltliche Vorbereitung und Diskussion über einen roten Faden des BUKOs, also eine politische Diskussion, wieder zu kurz gekommen ist. Der andere Aspekt (...) ist die Frage, inwieweit überhaupt eine gemeinsame perspektivisch zulaufende Debatte zwischen den beteiligten Gruppen und Leuten auf dem BUKO geführt werden kann. Ich finde so etwas generell schwierig auf einem Kongress. (...) Auf einem Kongress ist der Anspruch einfach erst mal der, sich Infos zu holen und sich auszutauschen. Eine praktisch ausgerichtete Plenumsdebatte ist deshalb sehr schwer umzusetzen, deswegen fand ich eine Podiumsdiskussion, die stellvertretend und beispielhaft alte Kampagnen-Erfahrungen auswerten sollte, sehr sinnvoll.

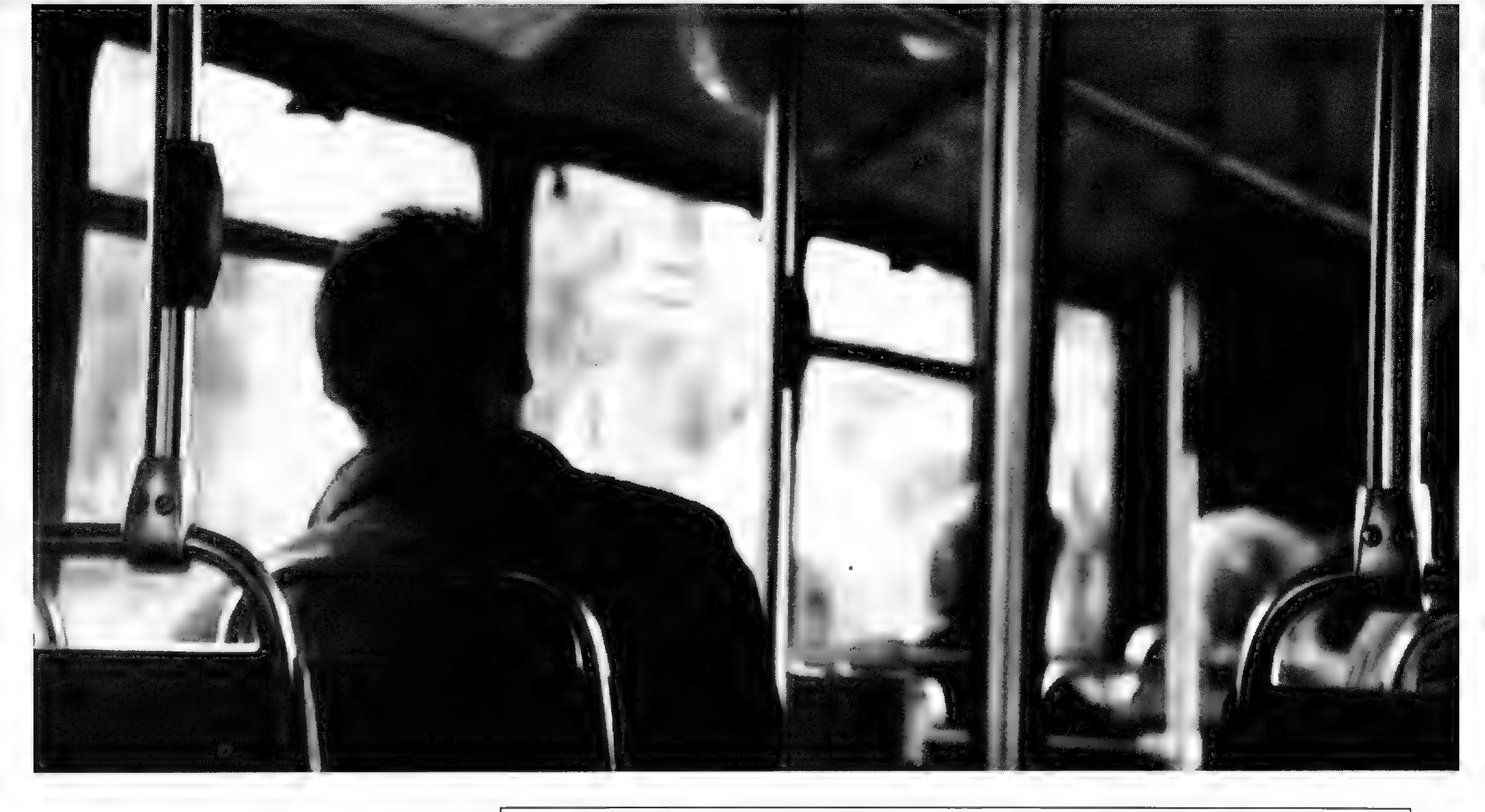
Mette: Was ich interessant fand an dieser Podiumsdiskussion war, dass es ganz schnell immer nur um Aktionsformen ging. Es ging nicht um eine Perspektive inhaltlicher Art. (...) Das zeugt von einer gewissen Ratlosigkeit, du weißt eigentlich gar nicht wo du hinwillst, und redest doch erstmal darüber wie du das erreichst. (...) Und drückt eben auch aus, dass man mit so einem bunt zusammengewürfelten Haufen nicht debattieren kann. Man muss dann wohl ehrlicherweise den Kongress als das sehen was er ist und sehen, was er leisten kann, nämlich Informationen zu bringen, eine Bildungsveranstaltung, der Austausch von Leuten, informelle Gespräche. Aber man sollte nicht den Fehler machen für den nächsten Kongress ein hehres Ziel zu formulieren.

++ Öffnung ++
++ Breite ++

Anka: Generell finde ich die Öffnung, d. h. auch mit Gruppen zusammenzuarbeiten, die nicht aus dem BUKO-Spektrum kommen, sich aber ähnlichen Positionen verpflichtet fühlen, erstmal gut. Ich glaube, dass das die einzige Chance für die Fortexistenz des BUKO ist.

Kai: Es ist seit Jahren ein politisches Ziel des BUKO, sich zu öffnen. Das ergibt eben eine relativ bunte Mischung, Leute aus den unterschiedlichsten Bereichen. Deswegen ist es schwer eine Diskussion über eine gemeinsame Praxis zu führen. Das war am Anfang des BUKO in den 80ern sicherlich anders, als die BUKO-Mitgliedsgruppen und die gesamte Internat-Bewegung viel mehr in Aktionen und in der Praxis drinsteckte. und der Kongress so ein Bewegungskongress war. Dass ist nicht mehr der Fall, nachdem die Internatbewegung wie andere Teilbereiche der sozialen Bewegung darniederliegt. Dann gibt es eine gewisse Vorsicht, Du kommst nicht aus dem gleichen Bewegungszusammenhang und beäugst dich erstmal. Bloss weil du zusammen auf einem Kongress in einer Arbeitsgruppe warst, heisst es nicht, dass du anfängst gemeinsame Aktionen zu planen.

Mette: Das habe ich auch in der Vorbereitung bemerkt. also mit wem redest du über welche Praxis, das fand ich auch in der Arbeitsgruppe schwierig. Es war ja ein Anspruch des BUKO darüber zu reflektieren, über frühere Kampagnen, über frühere Sachen, die gelaufen sind und auszuwerten, was bleibt uns für eine zukünftige Praxis. Und dann diskutiere mal mit Leuten, wo du nicht weisst, was die eigentlich



für eine Praxis hatten.

Gila: Ich finde das Spektrum der Leute, die im BUKO aktiv sind politisch so unterschiedlich ausgerichtet, dass ich mich frage, wie daraus eine gemeinsame Praxis entwickelt werden kann, die dem Anspruch "Gegenmacht von unten" zu propagieren gerecht wird. Mir ist oft unklar, auf welches Spektrum der radikalen Linken der BUKO für sich Bezug nimmt z.B. in veröffentlichten Beiträgen zur Kritik an der Ökologie- und Frauenbewegung, in denen kein differenziertes Spektrum aufgezeigt wird. Für uns war es immer klar, dass wir ein Teil der autonomen Anti-AKW-Bewegung oder linksradikalen feministischen Bewegung sind, und uns klar abgrenzen von der Ökologiebewegung der "Grünen". In diesem Zusammenhang fand ich es positiv, dass mit einer AG zur feministischen Kritik an der EXPO und einer Kritik an offiziell propagierter Bevölkerungspolitik Diskussionen von früher weitergetragen wurden. Frau kann den zum Teil viel jüngeren Leuten aber nicht vorwerfen, dass sie wenig Praxisbezug haben und sich aus Büchern etwas über linke Bewegungen anlesen, die sie selbst nicht mitgemacht haben. Es wäre natürlich auch wichtig, dass wir, die wir daran beteiligt waren, mehr weitervermitteln.

++ Kontinuitäten ++ ++ Inhalte ++

Kai: Eine Hoffnung in Bezug auf diese Art von Kongress ist genau eben eine Kontinuität und politische Auswertung möglich zu machen. Generell ist es doch so, dass die meisten in der undogmatischen autonomen Politik unter 30 Jahre alt sind, und die Kontinuitäten immer geringer werden. Und damit auch die Kontinuität in der Auswertung, in der Strategiedebatte bis hin zur konkreten Vorbereitung von Aktionen, diese Erfahrungen gehen einfach flöten. Ein weiteres Problem ist, dass es im BUKO zum Thema EXPO noch keine Praxis gibt. Bis auf das, was an Diskussionsprozessen ver-

Bericht über die Mitgliederversammlung vom 30.11.1999 auf dem BUKO 22

An der MV nahmen **21 Mitgliedsgruppen, 2 Einzelmitglieder und diverse Leute** aus den Arbeitsschwerpunkten, den Kampagnen, der alaska, der Geschäftsstelle (GS), dem ABP u.a. teil.

1. Bericht über die zu befürchtende **Abschaffung des Internationalen Solifonds** der Grünen und Aufruf zu Protestbriefen, -Faxen, e-mails (über Andreas Schüssler)
2. **Allgemeines** über den BUKO - hier hat Heiko von der GS noch einmal kurz die Strukturen des BUKO vorgestellt und besonders die Notwendigkeit der Wahl eines SprecherInnenrates als politischem Gremium des BUKO betont. Weder die Geschäftsstelle noch die Kongressvorbereitungsgruppe können die politische Vertretung des BUKO übernehmen. Vielmehr soll der das Gruppenspektrum repräsentierende SprecherInnenrat (SR) zur politischen Verbindung Geschäftsstelle - Mitgliedsgruppen beitragen.
3. Das **Wahlverfahren** wurde neu bestimmt. Bei Abstimmungen waren bisher nur Gruppen abstimmungsberechtigt, seit dem letzten Ratschlag auch Einzelpersonen. Zur Wahl stand nun das Verhältnis der Stimmen der Gruppen gegenüber den Einzelmitgliedern. Vorschlag war das Verhältnis 3:1. Nach längerer Debatte, die sich zwischen der Möglichkeit, dass alle, die politisches Interesse haben und am BUKO mitwirken, abstimmungsberechtigt sein sollten und dem Verhältnis 1:1 bewegte, wurde sich mit 16 Ja-Stimmen für das Verhältnis 3:1 (Gruppen : Einzelpersonen) entschieden. Für die anderen Vorschläge (1:1, Nur-Gruppen, alle Anwesenden) gab es 0-2 Stimmen, alles bei insgesamt drei Enthaltungen. Sollte es Widerspruch geben, kann der Punkt beim nächsten Ratschlag wieder eingebracht werden.
4. Es folgte die **Wahl eines neuen SprecherInnenrates** (SR). Da der SR aus Personen besteht, benennen in den SR gewählte Gruppen zwei Personen, die sich gegenseitig vertreten können. Die Vorgeschlagenen wurden mit 19 Ja-Stimmen angenommen. Es gab eine Gegenstimme und eine Enthaltung. In den SR gewählt wurden damit folgende Personen: **Matthias Döring**, Kassel; **Christiane Gerstetter**, Weltladen Heidelberg; **Ingrid Röder**, Aktion Dritte Welt Saar, Losheim; **Andreas Schüssler**, AKE Bildungswerk, Vlotho; **Klaus Strempel**, Afrika-Initiative Hannover; **Dima Zito** (und **Andreas van Baaijen**), Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal
5. Vorstellung der **Planungen fürs nächste Jahr** : Neben den Seminaren wird das BUKOMOBIL als dezentrales Veranstaltungsprogramm mit EXPO-kritischem Bezug vor Ort in mehreren Städten die Themen des Kongresses fortführen, um hier eine Kontinuität zu gewährleisten. Ausserdem soll der BUKO 23 zum Thema Welthandel / WTO in Berlin im Herbst 2000 stattfinden.
6. Für die neue **Selbstdarstellung des BUKO** müssen die politischen Grundpositionen aktualisiert werden. Daher verschicken wir die gelben Fragebögen an alle Mitglieder, um mit einem daraus zu entwickelnden Vorschlag eine Grundlage für die Diskussion auf dem Ratschlag zu haben.
7. Es wurde diskutiert, ob eine Aktualisierung und Neuherausgabe vom **Aktionshandbuch Dritte Welt** notwendig bzw. von Interesse ist. Eine noch zu bildende Redaktionsgruppe würde auf jeden Fall von der GS betreut. Es gibt bisher noch keine InteressentInnen. Eine Relevanzdiskussion darüber soll auf dem nächsten Ratschlag geführt werden.
8. Der nächste **Ratschlag** findet vom 25.-27. Feb. 2000 in Hoisbüttel bei Hamburg statt. Dort soll das Hauptthema die Perspektive der Geschäftsstelle und die Finanzierung der BUKO-Aktivitäten sein.
9. Die **Ö-Punkte** werden nicht mehr über die alaska verteilt. Ein Stimmungsbild ergab, dass die Mehrheit (16 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 21 Enthaltungen) dieses aber weiterhin eher wünschen als nicht wünschen würde. Der alaska-Redaktion wurde empfohlen, ihre Entscheidung noch mal zu überdenken.

"... Der Tagungsort war Programm: Kein entwicklungspolitisches Thema stand im Mittelpunkt des Kongresses, sondern die in Foren - Weltwirtschaft, Soziales, Kontrolltechniken der Zukunft und "Dialog-Kultur" - gebündelte Kritik an der nächstes Jahr in der niedersächsischen Hauptstadt stattfindenen Weltausstellung. Ziel: "Perspektiven jenseits der schönen neuen EXPO-Welt" zu entwickeln. ... Das EXPO-Leitbild "There is no alternative" vermittele den Eindruck, es gebe keine Alternative zur kapitalistischen Globalisierung. Sparmaßnahmen,



sucht wurde anzustossen, wie jetzt über die alaska, gibt es meines Wissens keine BUKO-Gruppe, die konkret zum Thema EXPO arbeitet. Das hat sich schon in der Vorbereitung des Kongresses niedergeschlagen, wo eben sehr viel von hier aus Hannover getragen worden ist.
Positiv fand ich allerdings, dass entgegen einiger Befürchtungen, die am Anfang geäussert wurden, doch relativ viele BUKO-Gruppen auf den Kongress gekommen sind. 30 Gruppen ist ein guter Durchschnitt und auch von der Anzahl der TeilnehmerInnen insgesamt war es ziemlich erfreulich. Es ist also Interesse am Thema da, aber im gesamten Verband gibt es keine politische Praxis auf die sich hätte bezogen werden können.

Gila: Der Begriff "Gegenmacht von unten", den ich wichtig und gut finde, der steht dann doch aber ein bisschen im luftleeren Raum.

Kai: Ja. Gerade dieser Kongress sollte jedoch die Diskussionen des letzten Kongresses in Paderborn, der bereits unter dem gleichen Motto "Gegenmacht von unten" gestanden hatte, fortsetzen. Eine Ausrichtung, die sich aus den vorrangegangenen Kongressen, die versuchten den BUKO thematisch über den klassischen Internat-Bereich hinaus zu öffnen, ergeben hat.
Politisch unsinnigerweise wurde die entscheidene Abschlussdiskussion zu den Perspektivfragen in Paderborn abgebrochen und der Kongress blieb ohne Ergebnisse. Insofern konnte hier nicht an etwas Konkretes angeschlossen werden, aber das Thema sollte wie vorgesehen zumindest noch einmal aufgegriffen werden und der Versuch unternommen werden es anhand der EXPO zu konkretisieren.

Gila: Über diesen Problemkreis haben wir im Beirat der BUKO-Geschäftsstelle geredet. Zwar hatten die unterschiedlichen Kongresse immer ein Thema für das sich Gruppen und Leute speziell sehr stark engagiert haben, dass aber danach das Thema immer vorbei war und diese Zusammenhänge im BUKO nicht mehr weiterexistiert haben.

Kai: Besonders fällt dies bei der Nachhaltigkeitskritik und auch der Pariarchatskritik, die ganz stark aus dem Schwertfisch, dem Arbeitsschwerpunkt Ökologie und Herrschaft, in die letzten Kongresse eingebracht worden sind, auf. Zum einen liegt dies daran, dass sich der Schwertfisch aufgelöst hat, aufgrund letztendlich auch interner Schwierigkeiten.
Aber ein anderer ganz wesentlicher Faktor ist, dass sich gerade auch in Hinsicht auf die Nachhaltigkeitskritik kaum eine eigene Praxis und Dynamik von BUKO-Gruppen entwickelt hat, die eine politische Arbeit oder Kampagne dazu getragen hätte. Dies ist typisch für die aktuelle Situation des BUKO. Es gibt keine wirklich übergreifenden Aktivitäten des Verbandes. Die inhaltliche Profilierung, die da Abhilfe schaffen sollte, indem sie mobilisierend wirken sollte, hat dieses Problem nicht gelöst. Sie ist zwar scheinbar erfolgreich, in erster Linie jedoch ausserhalb des BUKO's wie der jetzige Kongress und die politische Aussenwirkung der Nachhaltigkeitskritik gezeigt haben. Für innere Prozesse konnte dies noch nicht genutzt werden.
Vielleicht gelingt es dem Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft, der sich nach dem Schwertfisch als neuer arbeitsfähiger Arbeitsschwerpunkt herauskristallisiert hat, dies mit der Ausrichtung des nächsten Kongress zu ändern. Wahrscheinlicher scheint mir augenblicklich allerdings, dass eine Reihe der Kritikpunkte der letzten Jahre gerade was die Patriarchatskritik angeht hinten runterfallen und es in gewisser Hinsicht in der Internat-Diskussion insgesamt zu einer Rückkehr zu klassischen Themen kommt.

Anka: Ich finde, dass sich diese Gefahr unter anderem in Bezug auf die Thematisierung der Nord-Süd-Zusammenarbeit gezeigt hat, oder besser in Bezug darauf wie man diese umsetzen oder anvisieren kann. Der Plenumsvortrag von Neville Alexander war gut und interessant, aber er war im Grunde rein theoretisch und ging an den Möglichkeiten einer gemeinsamen Praxis vorbei. Das einzige worauf er hinwies, ist, dass jede Bewegung, z.B. die Anti-Minen-Kampagne oder andere Kampagnen hier im Norden sinnvoll sind, aber dass das eigentliche revolutionäre Subjekt im Süden der informelle Sektor oder die Leute sind, die dort nicht gewerkschaftlich organisiert sind.
Zu diesem Themenblock des Aufbaus einer möglichen Nord-Süd-Zusammenarbeit wäre eine Arbeitsgruppe, die sich inhaltlich mit Grundlagen einer solchen Kooperation auseinandersetzt, gut und sinnvoll gewesen.
Wo hat man gemeinsame Ziele und Positionen? Dann könnte man auch versuchen das ein Stück weiterzutragen und eine stärkere gemeinsame Basis zu entwickeln, die interantional den herrschenden Tendenezen der kapitalistischen Globalisierung etwas entgegenzusetzen vermag.
Der einzige Block, der das vielleicht hätte im Ansatz leisten können wäre "Kultur und Dialog" gewesen, und der konnte dem Anspruch nicht gerecht werden, (...) weil sich dieser im Grundsatz im Rahmen von alter Stellvertreterpolitik oder Solidaritätsbegriffen bewegte, die so etwas wie "helfen" oder "unterstützen" meinen. Das halte ich für kontraproduktiv.
Es kann nur um eine gemeinsame Organisierung von unten gehen, die in der Praxis und Analyse die Differenz der jeweiligen gesellschaftlichen Realität nicht ausser acht lässt. Dies muss auch eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen unterschiedlicher Herkunft beinhalten. 'Hier und hier' ebenso wie 'hier und da' und 'da und da' sind immer zwei Seiten einer Medaille.

++ STRUKTUREN ++
++ AUSTAUSCH ++

Mette: War es denn möglich in dem Forum, das zu diskutieren?

Rationalisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen avancierten so zu unhinterfragten Sachzwängen, kritisierte der BUKO: Superstar der EXPO sei die unsichtbare Hand des Marktes. Doch nicht nur die klassischen Feinde nahm der Kongress ins Visier, auch die an der EXPO teilnehmenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) standen unter Beschuss: Sie hätten ihre Politik in die Vorzimmer der Ministerien verlegt und beschränkten sich darauf, kritische Berater der rotgrünen Regierung zu sein. So kämen sie nicht umhin, staatsnahe Forderungen zu erheben, die niemandem weh tun. ... Auch wenn die Kritik bei einigen TeilnehmerInnen dazu führte, schon bei dem Wort NGO die Augen zu verdrehen, so arbeitet in der Praxis auch der BUKO mit Nichtregierungsorganisationen zusammen. Abgrenzung fällt da schwer in einer Zeit, wo Forderungen

Anka: Es sind viele AGs ausgefallen, haben sich vermengt. Haben begonnen, wurden dann aber nicht weitergeführt. Das war ganz schwierig. Die eine AG fing einen Tag später an und da wurden erstmal nur Projekte vorgestellt. Die Diskussion kam absolut zu kurz. Und in dem Moment wo zum Beispiel ein Projekt wie das Global Village, aufgrund einiger Dinge, die dazu gesagt wurden, kritisiert wurden, kam der Vorwurf (...) wie soetwas kritisiert werden kann, wo sich diese Menschen selbst organisiert haben und tolle Sachen machen, und verschiedene Nationalitäten zusammenarbeiten würden. Zudem würde aus einer privilegierten Position heraus kritisiert werden. Sicher kann man sich darüber streiten, aber da wurden Sachen geäußert, die zumindest problematisch sind.

Mette: Wenn wir ehrlich sind, haben wir die Vorbereitung auch sehr beliebig gelassen. Was kam, wurde genommen aus dem Mangel heraus, überhaupt etwas zu haben. (...)

Gila: Deswegen war es wohl auch nicht möglich danach Ergebnisse zu formulieren. Merkwürdig fand ich zudem, dass ein Papier als Presseerklärung auftauchte, in dem nur ein Beitrag des Forum 4 ein Beitrag drinstand und dies dann noch mit einem Hinweis auf die Webseite der niedersächsischen Böll-Stiftung versehen war. Ich habe mich gefragt, wo sind die Leute aus den anderen AG's und warum bringen sie ihre politischen Inhalte nicht ein?

Kai: Die Kongressstrukuren sind immer wieder ein Problem, gerade der Austausch der politischen Positionen ist dabei ein organisatorisches Problem. Bei den Kongressen in den letzten Jahren wurde dies dadurch verstärkt, dass jede BUKO-Strömung ihr eigenes Forum bekommen hatte. Diesmal war die Ausgangsbasis durch die Einigung auf "EXPO" als rotem Faden eigentlich besser. Sich sogar darauf zu einigen, dass sich alle AGs auf die EXPO beziehen sollten, war ein weitgehender Schritt. Das war erstmal positiv, dass es sich nicht so niedergeschlagen hat, ist ein technisches Problem und Ausdruck des Mangels an politischer Debatte und Koordinierung.
Diese technischen Probleme und die Abstimmungsdefizite zwischen Kongressinhalten, damit verbundenen politischen Interessen und Kongressstrukturen waren meiner Meinung nach auch die Ursache für einige andere Probleme. Ebenfalls Kennzeichen der letzten BUKOs.
So war es wahrlich nicht das erste Mal, dass eine Abschlussdiskussion auf dem BUKO gescheitert ist. Das ist eigentlich eher die Regel als die Ausnahme. Der Ansatz eine Kongressresolution zu verabschieden ohne eine politische Debatte darüber führen zu wollen, liess sich am Sonntag nicht durchsetzen. Die Leute wollten eine Debatte. Schon allein deshalb, weil das vorgelegte Papier für viele politisch nicht akzeptabel war. Dies hat genausowenig den Diskussionen im Vorfeld entsprochen wie der Versuch die fish-bowl-Runde am Sonntag auf eine Stunde zu begrenzen. Diese Inkonsequenz von der Vorbereitung hin zur Umsetzung ist ein Kennzeichen unserer Debatten auf dem BUKO. Es wird immer zu wenig Wert auf die Vorbereitung der übergreifenden Geschichten gelegt.

Gila: Vielleicht ist es in diesem Kontext gar nicht möglich solche übergreifenden Positionen zu entwickeln, weil die Aneinanderreihung von Themen in den AG's doch zu beliebig ist und die Leute auch kein Bedürfnis haben zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Letztlich war das Thema nicht nur "Gegen die schöne neue EXPO-Welt", sondern jede AG wollte eben doch das machen, was sie am meisten interessiert hat.

++ Aussenwirkung ++
++ Perspektiven ++

Kai: Wie ist denn jetzt die Einschätzung von euch zu dem Kongress nachdem ihr ihn als Nicht-BUKO-Gruppe ja sehr maßgeblich orga-

Termine
EXPO-Widerstand

07.-09. April 2000
Bundesweites Anti-EXPO-Treffen
Hannover

14.-16. April 2000
2. Kampagnen-Treffen gegen EXPO und BIOpolitik
Bremen
Anmeldung und Infos: alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, 0421-72024 (fon/fax)

18.-20. Mai 2000
Linke Aktionstage gegen die EXPO 2000
Bremen

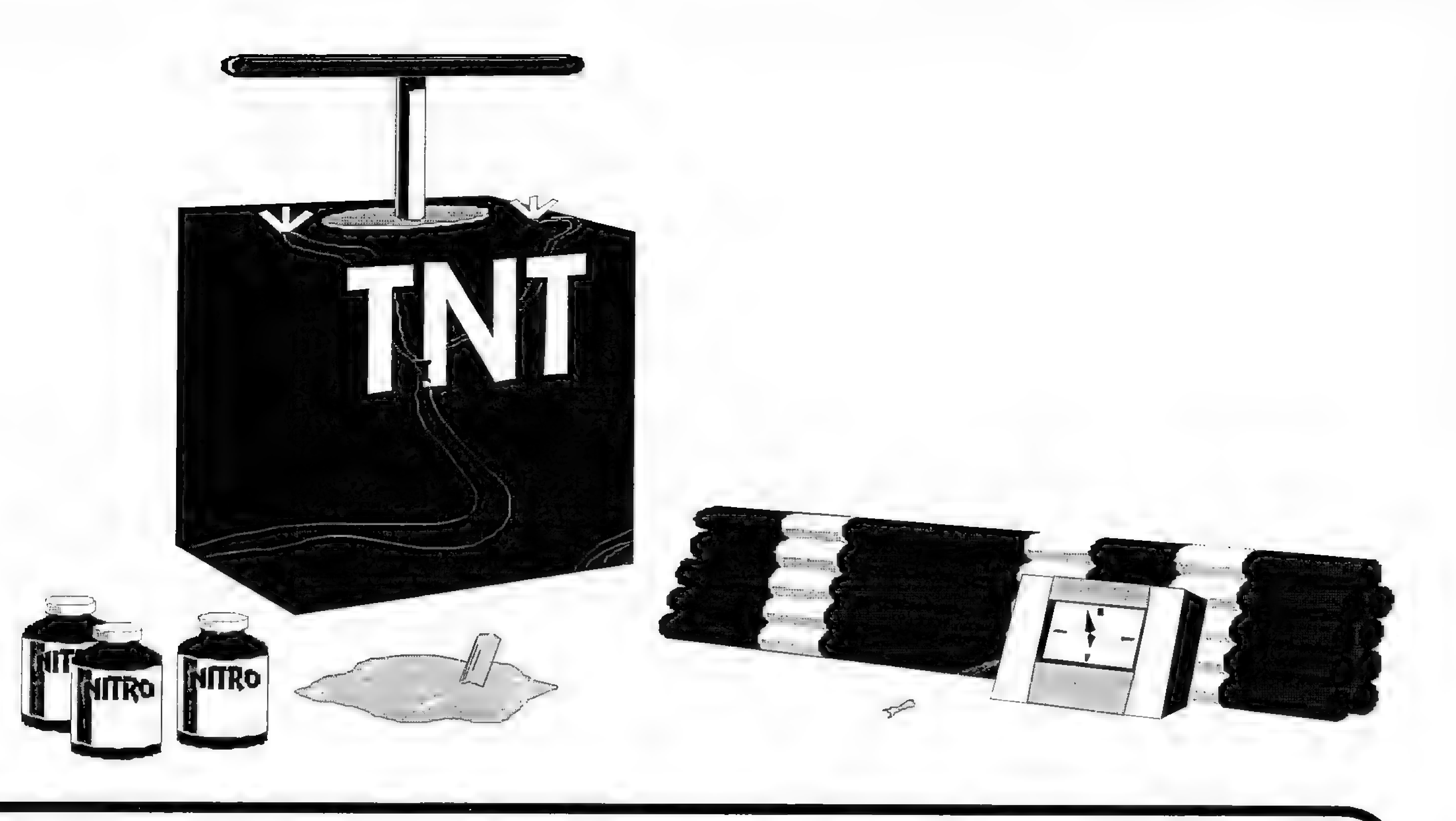
27. Mai 2000
Grossdemonstration gegen die EXPO 2000
Hannover

01. Juni. 2000
Aktionstag gegen die Eröffnung der EXPO 2000
Hannover

02.-03. Juni 2000
alaska-Workshop "Jenseits des Neuen Internationalismus"
Anmeldung und Infos: alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, 0421-72024 (fon/fax)

02.-04. Juni 2000
rts und andere Aktionen
Hannover

Nähere Infos unter den Anti-EXPO-websides:
www.expo-no.de oder www.anti-expo-ag.de



Umsturz

"bzw. Revolution: ein permanter sozialer, kultureller, antipatriarchaler und oftmals paradoxer Emanzipationsprozeß von Subjekt und Kollektiv - oder auch einiges dazu, warum: der Grund RevolutionärIn zu sein, ganz einfach der sein kann, es für die beste Art zu leben zu halten.
Sicher werden viele und gerade die, die das Spiel verlieren, denken, daß das Spielziel doch sehr klassisch angelegt ist, mit Sturm auf den Palast und so. Das ist richtig und tatsächlich durchaus fragwürdig. Alles andere würde jedoch die Spieldauer soweit verlängern, daß die Abwesenheit der SpielerInnen aus ihrem politischen Alltag nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Und außerdem kann etwas spielerische Selbstironie kombiniert mit kritisch-reflexivem Abstand auch als kreative Phase verstanden werden, die mit ihren subjektiv-genießerisch-sinnlichen Elementen neue emanzipative Horizonte öffnet!"
Soweit das Intro in die Spielanleitung des ultimativen Anti-EXPO-Spiels. Spannend! Direkt aus dem politischen Alltag mit allen seinen Höhen und Tiefen könnte es zu Euch auf den Küchentisch gelangen. Jahrelang unter den unterschiedlichsten politischen und privaten Konstellationen erprobt. Die einzige unabdingbare Vorraussetzung: Du musst Spass verstehen und über eine ausreichende Menge Selbstironie verfügen. Bei 180 Ereigniskarten bleibt keine Aktionsform, kein Charakterzug einer GenossIn und keine Regung des Systems unerwähnt. Deine Stärken und Schwächen werden offen zutage treten. Und wie im richtigen falschen Leben geht es um Macht, Cleverness, MitstreiterInnen und selbstverständlich Gold. Du und Deine Organisation im fairen Wettstreit um den Umsturz auf dem EXPO-Gelände. Nur wer wirklich politisch bedacht handelt und die notwendige Coolness aufbringt -. oder aber die entsprechende soziale Kompetenz im Bündnis mit anderen - gelangt in den Deutschen Pavillon. Vor dem Endspiel gilt es aber zunächst einmal in Hannovers Innenstadt auf EXPOdition zu gehen und die politische Aufbauarbeit zu leisten ohne die keine vernünftige Organisation weit kommt.

Ein Spiel für Leute, die den EXPO-Widerstand von der Pike auf lernen wollen.
Ein Spiel für Leute, die meinen sie werdens der EXPO schon zeigen.
Ein Spiel für Leute mit Sinn fürs Strategische.
Ein Spiel für Leute mit Spass am politischen Alltag.
Ein Spiel für Leute, die sich mal ganz unverkrampft politisieren lassen wollen.
Ein Spiel für eine gute Sache!

Bestellen könnt Ihr Euer Exemplar der limitierten special-edition: EXPO-NO von *Umsturz* bei:
play it again
c/o **alaska**, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen.
Geliefert wird die vorrätige low-budget-Version nur gegen Vorkasse von 20 DM in bar.
Ihr erhaltet Spielplan, Spielübersicht, Karten, Organisationen, Spielanleitung und den Begleitflyer.

nach "freiem Bildungszugang für alle" oder einer "radikalen Demokratisierung der Gesellschaft" inzwischen selbst von den Vereinten Nationen oder der Weltbank unterschrieben werden - und sich das Wort "selbstbestimmt" auch in den Hochglanzblättern der EXPO findet. Hier hat der BUKO sein selbst gestecktes Klassenziel, Diskursverschiebungen sichtbar zu machen und die globalen Machtverhältnisse auf den Punkt zu bringen, nicht erreicht. ..."

aus: Jungle World, 10.11.1999

nisiert habt?

Mette: Die Resonanz war ziemlich erfreulich. Es war für uns die erste große und zentrale Veranstaltung, die wir überhaupt gemacht haben. (...) Diesen Kongress hätten wir ohne die BUKO-Struktur und ohne die Leute, die dort organisiert sind, nicht hingekriegt. Das war für uns eine wichtige und erfolgreiche Geschichte, auch wenn vieles nicht geklappt hat, was hätte klappen sollen. Was die Mobilisierung anbelangt, muss man jetzt sehen, was davon bleibt. Und wenn der BUKO sich überlegt, was man jetzt mit dem Thema weitermacht, ist das auch schon ein Erfolg.

Gila: Ich sehe das nicht so positiv, weil ich gar nicht weiß, was das BUKO-Spektrum überhaupt ist. Es gibt die Vorarbeiten, die schon gelaufen sind, und ich finde es sehr gut, das auch weiterzuführen, vielleicht im nächsten Jahr mit einer Veranstaltungsreihe durch verschiedene Städte, wobei eine Mobilisierung gegen die Expo miteinbezogen werden soll, die wieder inhaltlich an Punkten ansetzt, die auch auf dem Kongress diskutiert wurden. Einerseits feministische Kritik an der EXPO, Biopolitik, innere Sicherheit und soziale Frage. Da gibt es schon konkrete Überlegungen.

Kai: Es war ein sinniger Schritt so einen Kongress zu organisieren und den auch weit im Vorfeld der EXPO zu machen, eben einen Versuch zur Mobilisierung zu starten und das Thema in die Internat-Bewegung hineinzutragen. Das ist ein Teilbereich, der eigentlich sehr wichtig für den EXPO-Widerstand sein könnte. 1992 ist in den Internat-Zusammenhängen sehr viel zur Kritik an der EXPO in Sevilla und zur Kampagne gegen 500 Jahre Kolonialismus gelaufen. Aspekte, die dem EXPO-Widerstand bislang weitestgehend fehlen. Deswegen war der Kongress notwendig, für den EXPO-Widerstand wie auch für den BUKO. Von der BUKO-Seite aus gesehen, wird es allerdings nur dann ein echter Erfolg sein, wenn der Kongress eine praktische politische Konsequenz im BUKO selbst haben wird. Der BUKO muss den Gruppen ermöglichen zusammen praktische Politik zu machen. So könnte versucht werden, wieder ein politisches Profil für den BUKO zu entwickeln, dass nach aussen und innen den Verband wieder ansprechender macht. Das wäre in meinen Augen eine Chance für den BUKO. Bisher wird diese Chance jedoch vertan. Selbst auf dem Kongress wurde ein solcher Ansatzpunkt viel zu zurückhaltend diskutiert.

Mette: Wenn man sich anschaut, wie der Expo-Widerstand früher zusammengesetzt war, wurde der hauptsächlich aus der Umwelt-Bewegung getragen. Da halte ich es für einen Fortschritt das auszuweiten und da hat der BUKO auch wirklich etwas gebracht. Ich habe es auch in der Vorbereitung in der Anti-Expo-AG gemerkt, dass wir in der Diskussion weiter gekommen sind. Dieser Erfolg zeichnet sich jetzt auch in Hannover ab. Früher hatten wir da keine Kontakte so explizit als Anti-Expo-Gruppe zu Gruppen aus dem Internationalismusbereich. Das fängt jetzt gerade so an, dass diese Gruppen sich dafür interessieren. Jede Nation hat einen eigenen Tag auf der Expo, da soll etwas vorbereitet werden für den jeweiligen Nationentag, da können sich die Gruppen, die zu bestimmten Ländern arbeiten dann auch beziehen. Dazu wären wir ohne den BUKO gar nicht erst gekommen. Auch für Hannover, wo sich die Szene wieder stärker damit beschäftigt war es ein Erfolg.

Kai: Haben sich denn BUKO-Gruppen konkret geäußert in Richtung einer weiteren Politik zur EXPO?

Gila: Bisher nicht, zum einen kamen die Finanzierungschwierigkeiten dazwischen, zum anderen soll der nächste Kongress zum Thema WTO gemacht werden. Dadurch, dass das schon wieder gegeneinander läuft wird das eher problematisch sein, wenn wir uns nicht ganz schnell zu einer Entscheidung durchringen können, ob wir das nicht hintereinander machen können. Also der Kongress nicht nächstes, sondern übernächstes Jahr.

Die Gesprächsrunde zum BUKO in Hannover wurde für die alaska von Kai Kaschinski geführt.

Auftaktreferat für den 22. BUKO in Hannover

Die EXPO und der Internationalismus

by Josef Hierlmeier

Ich will nicht die inhaltlichen Diskussionen des Kongresses vorwegnehmen. Ich will aber einige Eckpunkte skizzieren, in deren Rahmen sich dieser Kongreß bewegt. Auf die Frage, ob sie dieses Jahr zum BUKO kommen würden, antworteten einige Bekannte aus der Solidaritätsszene: wahrscheinlich nicht, weil sie nicht wüßten, was die EXPO mit Internationalismus zu tun hätte.
Für mich hat die EXPO einen hohen Symbolgehalt. In ihr nimmt der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts Gestalt an, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Dies zeigt sich schon daran, dass annähernd 200 Länder sich an der EXPO beteiligen werden.
Die EXPO befindet sich im Schnittpunkt von wichtigen Diskursen und Auseinandersetzungen. In den von ihr präsentierten Leitbildern verdichten und bündeln sich Diskurs- und Entwicklungsstränge, die für unsere Politik von großer Bedeutung sind. Was sind das für Diskursstränge und Schnittstellen?

Die EXPO und das Ende der Nachkriegsgeschichte

Von großer symbolischer Bedeutung ist die Tatsache, dass die EXPO in zeitlicher Nähe zum Krieg in Kosovo stattfindet, einem völkerrechtswidrigen Krieg mit deutscher Beteiligung. Dieser Krieg markiert eine Zäsur in der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung. Es ging um die Verabschiedung der deutschen Nachkriegsgeschichte mit dem argumentativen Rückgriff gerade auf die deutsche Geschichte: Es gelte ein zweites Auschwitz zu verhindern, wurde uns von Fischer und Scharping als Argument immer wieder um die Ohren geschlagen. Es ist erschreckend, wie stark selbst kritische Geister diese Argumentationslinie übernommen haben. Es ist Joachim Hirsch Recht zu geben, wenn er in einem Interview in den „blättern des iz3w" (August 99) sagt:
„Diese Entwicklung bezeichnet einen frappanten Verlust an kritischer Öffentlichkeit, d.h. der Fähigkeit, die Hintergründe und Interessenzusammenhänge staatlichen Handelns aufzudecken, kurz: Macht zu kontrollieren. Statt dessen gibt es über weite intellektuelle Kreise hinweg heute ein klares Bekenntnis zu Staat und Macht. Moralische Kategorien dienen dazu, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse zu rechtfertigen, die man im Kern als imperialistisch bezeichnen muß. Die sogenannte 'Zivilgesellschaft' hat sich als das erwiesen, was kritische Theoretiker wie Gramsci schon lange gesagt haben: als ein ideologisches Bollwerk von Staat und Macht. Die Demokratie, selbst in ihrer bürgerlich-liberalen Form, bleibt auf der Strecke."
Und er fährt fort: "Was mich aber wirklich bestürzt hat, war der desolate Zustand der 'linken' und kritischen Öffentlichkeit hierzulande. Dass die wohlstandschauvinistische Formierung der deutschen Gesellschaft ein derartiges Ausmaß angenommen hat, war für viele ein Schlag."
Im Aufruftext zu diesem Kongreß, als die heiße Phase des Krieges gerade vorbei war, hatten wir geschrieben: „Der Krieg ist noch lange nicht vorbei." Dies hat sich seitdem bestätigt. 300.000 Menschen mußten seit der Stationierung der KFOR-Truppen das Land verlassen bzw. wurden vertrieben, vor allem Serben und Sinti und Roma, aber auch Juden. Davon nimmt die Öffentlichkeit kaum noch Notiz, genau so wenig wie sie damals von den 200.000 Serben Notiz nahm, die aus der Krajna vertrieben wurden. Kein einziges der Probleme in Ex-Jugoslawien ist bis heute gelöst!
Der Krieg symbolisiert aber auch in anderer Weise das Ende der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit der Teilnahme am Krieg, so wird argumentiert, sei Deutschland wieder eine „normale" Nation geworden. Daraus wird der Anspruch abgeleitet, die Vergangenheit Vergangenheit zu lassen. In jüngster Zeit mehren sich die Debatten, in denen genau dies eingefordert wird. Zu erinnern ist an die Walser-Debatte, der die Forderung erhob, nicht mehr länger mit der „Auschwitzkeule" belästigt zu werden. Zu erinnern ist ferner an die Sloterdijk-Debatte mit seinen Züchtungs-Visionen im Anschluß an Nietzsche, Heidegger und Platon. Diese Debatte geht aber weit über die bio- und gentechnologische Ebene hinaus.
Die Expo-MacherInnen sehen ihr Mammutereignis genau in diesem Zusammenhang: die Nachkriegsgeschichte ist zu Ende wird formuliert. Wir blicken nach vorn, die EXPO ist das Fenster in das 21. Jahrhundert. Was zeigt uns der Blick durch dieses Fenster?

Das Gesellschaftsbild der EXPO

Er zeigt uns zuerst einmal einen Blick tief in den Dschungel: „Tief im Dschungel" so beginnt eine Fabel, die von den EXPO-MacherInnen in Auftrag gegeben wurde (nach Spiegel 32/99) leben eine Möwe und ein Papagei, die beide in Käfige gesperrt sind. Dazwischen hockt in Briefträgeruniform der faule Drontevogel. Der singt und tanzt, anstatt Briefe und Pakete auszutragen, die ihm Möwe und Papagei verzweifelt zustecken. Doch plötzlich ein Szenewechsel: Die Hand des Marktes erscheint und zeiht an einer Liane, und als ob es sich um die Schnur an einer Lampe handelt, leuchten auf einmal alle Früchte des Baumes hell auf. Möwe und Papagei entkommen ihrem Gefängnis und folgen ihrem drängendsten Trieb - sie entwickeln neue Postversandtechniken: Papierflieger und ein extravagantes Fluggerät mit Tragflächen aus Geldscheinen. Sogar der Drontevogel reißt sich zusammen; er erfindet das Morseverfahren, den Computer und dazu Disketten.
Ein zweiter Blick geht zwar nicht tief in den Dschungel, aber tief in den Norden. Dort rutschen in einer weiteren EXPO-Fabel zwei junge Eisbären mit ihren Snowboards einen Abhang herunter und steigen mühsam wieder auf. Vom Wipfel eines Baumes aus beobachtet sie der Adler wohlwollend. Der nette Greif fliegt zu den Bären herunter, um ihnen eine Sprungschanze zu bauen. Die Bären sind begeistert. Die Wohltat des Adlers war nicht umsonst, er



verlangt Steuern: Die Bären müssen ihre Schals herausrücken, was sie erst mal wenig stört. Denn schon bald tummeln sie sich in einem blühenden Ferienort mit Schneemobilen und einem Slalomkurs. Bis die Bären in ihrer Unterwäsche dastehen und ihnen der Adler auch noch die Snowboards abnimmt. Da naht der Erlöser: die Hand des Marktes erscheint über den Bäumen und hebt mahnend den Zeigefinger. Der Adler begreift, wie überzogen sein Handeln war. Er verkriecht sich in seinem Baum.

Was wollen uns diese Fabeln sagen? Ihr habt es sicherlich bereits verstanden: die unsichtbare bzw. hier vielmehr die sichtbare Hand des Marktes ist der Superstar der EXPO. Die Hand ist der neue Messias, der überzogene Ansprüche abwehrt und alles zum Guten lenkt. Man könnte über diese Fabeln nur noch lachen, wenn dahinter nicht zutiefst ernste Vorstellungen von Gesellschaft stehen würden. Es ist dies die Vision nicht nur einer neoliberalen Marktwirtschaft, sondern umfassender einer ganzen Marktgesellschaft.

Ein anderer Blick aus dem Fenster der EXPO in das 1. Jahrhundert zeigt uns die hegemonialen Vorstellungen der zukünftigen Entwicklung. Es sind technokratische, eindimensionale Vorstellungen, die uns und der Bevölkerung in der sog. Dritten Welt als Leitbilder angeboten werden. Eines dieser Leitbilder lautet: „Wir leben alle in der Einen Welt".

In einem Statement der EXPO-MacherInnen aus dem Jahr 1995 heißt es: die EXPO sei ein Signal dafür, dass „wir erkannt haben, dass wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen." Auf diesen Wegen finden sich dann etwa die „Wohltaten" etwa der Bio- und Gentechnologie, der Atomkraft, die „Wohltaten" von noch mehr freiem Handel und noch mehr Investitionen. Die soziale Frage, also die Frage: Wer bestimmt, dass es nicht mehr sinnvoll ist von einer ersten, zweiten, dritten und vierten Welt zu sprechen, sondern nur noch von der Einen Welt, bleibt ausgeklammert. Ebenso die Frage, wer denn nun in und von der Einen Welt profitiert, wer bestimmt, was und wo etwas investiert wird.

Die EXPO will mit diesen technokratischen Entwicklungsvorstellungen suggerieren, dass es hierzu keine Alternative gibt. Das „TINA"-Denken (There is no alternative) ist ein wesentlicher Bestandteil der EXPO. Die Botschaft lautet: Alles ist machbar, wenn nur alle mitmachen und die Konzepte der EXPO richtig und effektiv umsetzen. Dieses Denken entspricht dem Schröderschen Leitsatz: „Es gibt keine linke und rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte." Ales ist also nur eine Frage des Handlings, der Vermittlung und der Kommunikation. Die Macht- und Herrschaftsförmigkeit dieser Leitbilder und technokratischen Konzepte und des Marktes werden systematisch ausgeklammert ebenso wie die sozialen und patriarchalen Verhältnisse, die sich in diesen Vorstellungen materialisieren.

Für jedes Problem gibt es diesem Denken zufolge eine Lösung. Wenn es keine Lösung gibt, gibt es auch kein Problem. Matthias Greffrath

BUKO-ADRESSEN

BUKO Geschäftsstelle:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
Fon: 040-39 31 56; Fax: 040-39 07 520,
Internet: www.epo.de/buko/index.htm; E-Mail: bukohh@t-online.de

BUKO-Arbeitsschwerpunkte:
➲ Arbeitsschwerpunkte Rassismus und Flüchtlingspolitik, Weltwirtschaft und Alternativer Handel
c/o BUKO: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
Fon: 040-39 31 56; Fax: 040-39 07 520
E-Mail: bukohh@t-online.de

➲ Arbeitsschwerpunkt Türkei/Kurdistan
c/o: Aktion 3. Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See
Fon: 06872-9930-56; Fax: 06872-9930-57
E-Mail: a3wsaar@t-online.de

BUKO Agrar-Koordination:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
Fon: 040-39 25 26; Fax: 040-39 90 06 29
Internet: www.bukoagrar.de; E-Mail: bukoagrar@aol.com

BUKO Pharma-Kampagne:
August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld,
Fon: 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport":
Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen,
Fon 0421-32 60 45; Fax 0421-33 78 177,
E-Mail: rexbuko@oln.comlink.apc.org

alaska - Zeitschrift für Internationalismus:
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Fon: 0421-72 034; Fax: 0421-72 034



hat dieses „schröderische" Politikverständnis treffend charakterisiert. Wer „schrödert", schreibt er, „muß denken und verkörpern, dass kein Problem ist, wo keine Lösung winkt. Unaufhaltsam der Prozess, in dem eine Wirklichkeit, die zu korrigieren niemand die Macht spürt, nicht mehr gedacht wird."
Damit hat er aber treffend ein Problem beschrieben, mit dem es eine herrschaftskritische Linke tagtäglich zu tun hat. Von vielen wird eine Wirklichkeit gar nicht mehr gedacht, weil sie nicht die Macht haben, diese Wirklichkeit zu verändern.
Paradigmatisch dafür ist m.E., die „Erlassjahr 2000 Kampagne": Die Forderung nach einer begrenzten Schuldenstreichung wird dort damit begründet, dass dies im Interesse aller liege, weil sonst der Schuldenbumerang drohe. Die Überschuldung bedrohe - ich zitiere jetzt aus dem Aufruftext der Kampagne - „nicht nur die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Betroffenen, sondern die der ganzen Gesellschaft." Also auch uns alle! Wie? „Durch Drogenhandel, Klimaveränderungen, Flüchtlinge oder durch den Verlust von Exportmärkten für unsere (sic!!!) Industrie." Selbst die Banker können von einem Schuldenerlaß profitieren: „Jeder verantwortlich Bankier wird eher einer Regierung Kredit gewähren, die weitgehend frei von 'Altlasten' ist, als einem völlig überschuldeten Land."
Früher hätte es in der entwicklungspolitischen Szene einen Aufschrei gegeben, wenn die Forderung nach Schuldenstreichung mit dem Interesse der deutschen Exportindustrie begründet worden wäre. Heute erntet man oft Unverständnis, wenn man dies nicht tut. Wir haben es hier mit einer Argumentationsweise zu tun, die uns in den letzten Jahren immer wieder begegnet ist. Diese Argumentationsweise lautet: Wir alle sind schuld an den Problemen der Welt, deshalb müssen wir sie alle gemeinsam lösen. Das Medium dafür sind die Runden Tische, an denen im Dialog aller gesellschaftlich relevanten Gruppen die Probleme konsensual gelöst werden. Die Konsequenz an dieser Art von Realpolitik ist, dass die eigenen Forderungen passgenau bereits im Vorfeld bereits so zurechtgestutzt werden, dass sie niemand mehr weh tun. Der Soziologe Ortwin Renn schreibt in einem Buch der EXPO 2000 Reihe über die Agenda 21: „Die Industrie hat natürlich kein Interesse daran, mitzumachen, wenn sie den Eindruck hat, dass sie auf der Anklagebank Platz nehmen soll." "(FR 6/7/99)
Mitmachen! Gestalten! Einfluß nehmen! lautet also das Gebot der Stunde.

Die „Adabeisierung" der entwicklungspolitischen Szene

Wie man vielleicht bereits gemerkt hat, komme ich aus Bayern. Bei uns in Bayern gibt es den Begriff des „Adabeis". „Adabei" ist die Bezeichnung für einen, der überall dabei sein will, der glaubt, zum Jet-Set und zur Schiggeria zu gehören, über den man sich aber hinter seinem Rücken lustig macht.
Viele NGO- und Lobby-„Adabeis" wollen a dabei sein, wenn es um die Ausgestaltung von UNO, IWF, Weltbank oder der NATO geht. Man dürfe den IWF und die NATO nicht dem Imperialismus und dem Militarismus überlassen, lautet überspitzt formuliert das Argument. Oder anders gesagt und mit Bezug auf die EXPO: Wir beteiligen uns an der Gestaltung der EXPO, weil wir aus ihr das Beste machen wollen, wenn wir sie schon nicht verhindern können. Was wir uns fragen müssen, ist, warum diese Art von "Realpolitik" so attraktiv für viele ist? Was ist ihr rationaler Kern? Wo liegt der kulturelle oder der symbolische Mehrwert dieser Politikform? Und wir müssen uns auch fragen, was deren Stärke mit dem Scheitern unseres früheren Internationalismus zu tun hat? Liegt die Machtvergessenheit der NGO- und Lobby-Gruppen auch an der „Machtversessenheit" der früheren Internationalismuspolitik?
Wenn aber nicht alles täuscht, gerät diese konsensuale Politikform langsam in die Krise. Dies hat natürlich viel mit der katastrophalen Politik der derzeitigen Bundesregierung zu tun, auf die doch viele Hoffnungen projeziert wurden. Aber die Schwäche bzw. das abzusehende Scheitern dieser Art von NGO-Politik darf nicht zu dem Glauben verführen, dass dadurch eine linke, herrschaftskritische Alternative automatisch profitieren würde.
Viele, die aus meiner Sicht in die falsche Richtung gelaufen sind, werden, anstatt anzuhalten und umzukehren, das Tempo beschleunigen und noch schneller in der falschen Richtung weiterlaufen.
Zum anderen verdeckt die Schwäche der lobbyistischen NGO-Politik unsere eigenen Schwächen. Es gibt von unserer Seite bestenfalls Elemente eines neuen Internationalismus. Wer die Broschüre „kölngehen" des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft gelesen hat, wird festgestellt haben, wie schwer es uns gefallen ist, diese Elemente positiv zu bestimmen. Und doch gibt es diese Elemente. Zentral ist für mich dabei die Entwicklung eines neuen Macht- und Herrschaftsbegriffes, den wir in den Debatten um Agenda 21, Nachhaltige Entwicklung und Global Governance entwickelt haben.
M.E. besteht derzeit durchaus die Chance, dass unsere Kritik an diesen Leitbildern wieder stärker wahrgenommen und diskutiert wird. Es läßt sich nicht mehr ganz so leicht mit dem bereits erwähnten Argument punkten, man dürfe die NATO nicht dem Imperialismus und Militarismus überlassen. Wir sollten deshalb unsere herrschaftskritischen Aspekte offensiver in die Diskussion einbringen.
Gerade die EXPO bietet sich dafür hervorragend an. Diese Kritik, von der ich hoffe, dass sie auf diesem Kongreß noch konkretisiert wird, wird vielen nicht gefallen. Das ist jetzt schon abzusehen. Aber es lohnt sich, denn es gibt bei der EXPO viele Anknüpfungspunkte und Bündnismöglichkeiten. Denn das Unbehagen über den Gigantomanismus der EXPO - für die drei Sekunden Erkennungsmelodie wurden 400 000 DM hinausgepulvert - reicht weit bis in liberale Kreise und Medien hinein.

"... Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hat am Wochenende in Hannover das Konzept der EXPO 2000 heftig kritisiert. Unter dem scheinbar ideologiefreien Vorwand, Zukunftslösungen im Dialog aufweisen zu wollen, zementiert die geplante Weltausstellung laut BUKO kapitalistische und neoliberale Macht- und Wirtschaftsstrukturen. ... An dem Großereignis ließen die rund 300 Teilnehmer kein gutes Haar. ... "

aus Frankfurter Rundschau, 01.11.1999



Der BUKO

Zum Schluß noch kurz ein Wort zum BUKO, da viele von euch zum erstenmal auf einem BUKO-Kongreß sind. Wir werden immer wieder gefragt, wer denn der BUKO sei? Grundsätzlich gilt: der BUKO ist das, was die Leute aus ihm machen. Es sind zur Zeit viel zu wenige Leute, die etwas machen, auch wenn es angesichts des Kongresses nicht den Anschein hat. Der BUKO, das sind die Kampagnen: Pharma-Kampagne, Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" und die Kampagne zum Agrarhandel. Der BUKO, das sind die Leute in den Arbeitsschwerpunkten Weltwirtschaft und Alternativer Handel. Und der BUKO, das sind die Leute, die etwa diesen Kongreß oder die Seminare vorbereiten.

Der BUKO, das habt ihr wahrscheinlich den Ausführungen entnommen, ist keine Lobbyorganisation. Der Lobbyismus setzt darauf, wie es „Germanwatch" in ihrem Lobbyhandbuch formuliert hat, dass „die eigene Organisation nicht als verlängerter Arm der politischen Gegner der Zielgruppe (gemeint sind damit Unternehmen, Geschäftsleute, Politiker und Verwaltungen, Anm. moe) auftreten oder so eingeschätzt werden darf." Ich glaube, ich verrate nicht zuviel, dass wir genau dies durchaus manchmal wollen.

Der BUKO ist eine Organisation, in der selbstbestimmt entwicklungspolitische Debatten geführt werden sollen. Der vielleicht allzu pathetische Begriff „selbstbestimmt" meint, dass wir uns in unseren Politikformen und inhaltlichen Debatten nicht zuerst von politischen Konjunkturen leiten lassen. Der Begriff meint auch, dass wir nicht die Häufigkeit der Medienberichte über den BUKO zum einzigen Kriterium des Erfolges machen, auch wenn wir uns fragen müssen, welche Bedeutung der Strukturwandel der Öffentlichkeit und Öffentlichkeit an sich für den BUKO haben.

Selbstbestimmt meint aber auch, dass wir uns Debatten über das eigene Verstrickt-Sein in Macht-strukturen leisten, seien sie eurozentrischer, patriarchaler oder rassistischer Art. Ich bin dagegen, diese Diskussionen über ein anderes Verständnis von Internationalismus abzuwerten und sie als „interne" Debatten und als „rückwärtsgewandt" zu bezeichnen. So hat es der Dachverband der Weltläden getan und damit seinen Austritt aus dem BUKO begründet. Ein weiteres Argument für den Austritt war, der BUKO würde zuwenig Dienstleistungsfunktionen erfüllen.

Die notwendigen Diskussionen um das eigene Verstrickt-Sein birgt aber auch ein Problem in sich: Wenn Macht nicht etwas ist, was von denen „da oben" kommt und dem wir in aller Unschuld gegenüberstehen, sondern die Effekte der Macht und die Machtlinien uns selbst durchziehen, dann wird es immer Macht geben, man wird nie endgültig außerhalb der Macht stehen. Wichtig ist es dann, sich seiner eigenen Machtverstrickung bewußt zu werden, um sie dann dekonstruieren zu können. Die Gefahr dabei ist, dass man die eigene Machtverstrickung bis in die kleinsten Kapillare verfolgt und so in der Tat handlungsunfähig wird. Wer sich in dieser Mikrophysik der Macht verliert, ist nicht mehr in der Lage eine Gegenmacht aufzubauen, die momentan bekanntlich ziemlich ohnmächtig ist. Nichtsdestotrotz bleibt dieser Anspruch richtig, auch wenn wir wieder von ziemlich vorne anfangen müssen. Joachim Hirsch behauptet in dem anfangs erwähnten Interview, dass die „außerparlamentarische Linke in einem Maße marginalisiert ist, wie seit den 50er Jahren nicht mehr." Die fehlenden Proteste gegen den Krieg und die mehr als mangelhafte Beteiligung bei den Demonstrationen gegen den G7-Gipfel bestätigen diese Einschätzung.

Trotzdem muß eine herrschaftskritische und emanzipatorische Linke immer wieder den Versuch starten, genau diese Gegenmacht zu organisieren. Denn Emanzipation wurde noch nie geschenkt, sondern sie war und ist immer Ergebnis sozialer Kämpfe. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Kongreß einige positive Ergebnisse hervorbringt.

Danksagung

Unterstützung und Kooperation fand der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen bei folgenden Institutionen und PartnerInnen:

Der 22. BUKO wurde gefördert vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev. Kirche in Deutschland durch den ABP.

Der 22. BUKO fand statt in Zusammenarbeit mit der Stiftung Leben und Umwelt.

Der 22. BUKO fand statt in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Rosa Luxemburg.

Die Arbeitsgruppen des 22. BUKO fanden in der pädagogischen Verantwortung des Bildungsvereins Soziales Lernen und Kommunikation statt.

Und schließlich wurde der 22. BUKO unterstützt von der Stiftung umverteilen.

Ein Kommentar zur aktuellen Lage des Anti-EXPO-Widerstands

by Hans Hansen

Reorganisierung

Um aus der politischen Defensive zu kommen muss sich die Internationalismus-Bewegung und die Linke insgesamt reorganisieren. Dazu genügt es nicht sich immer wieder neue Gross- oder Kleinprojekte zu suchen und sich zu vernetzen. Genausowenig genügt es im Sinne von triple oppression Sexismus, Rassismus und Kapitalismus in Flugblättern aufzuzählen ohne eine aufeinander bezogene, teilbereichsübergreifende Politik zu entwickeln. Ziel muss vielmehr ein Prozess sein, der linke Politik strategisch neu bestimmt und die Linke innerhalb gesellschaftlicher Kämpfe und Strukturen verortet. Dazu müssen sowohl neue praktische Ansätze mit relevanten und zeitgemässen Aktionsformen gefunden werden, wie auch theoretische Instrumentarien geschaffen werden, die jenseits der Dekonstruktion von Herrschaft in der Lage sind konkrete politische Ansatzpunkte und Ziele zu benennen. Hierbei darf weder der Fehler gemacht werden, die Schwäche der Linken mit der Stärke des Systems zu erklären, noch dürfen 'die Fehler der Linken' aus einer Analyse, die sich lediglich auf ihre Strukturen bezieht, kritisiert werden.

Ansätze, die dazu in den Diskussionen zwischen Mitte der 80er und 1992 rund um Begriffe wie den vom Neuen Internationalismus oder Neuen Antiimperialismus entwickelt wurden, sind aktuell quasi bedeutungslos. Versuche diese Diskussionen in den 90ern wiederzubeleben oder mit anderen Positionen zu verknüpfen sind bisher gescheitert. Auch in Bezug auf den Anti-EXPO-Widerstand scheinen nun die von verschiedener Seite unternommenen Versuche strategische Debatten zu führen und die EXPO als Kristallisationspunkt für eine Neubestimmung linker Politik zu nutzen zu scheitern. Dies geschieht, obwohl eine Reihe von Gruppen entsprechende Perspektiven zur Grundlage ihrer politischen Arbeit zur EXPO 2000 machten oder diese zumindest an verschiedenen Punkten miteinbezogen. Insbesondere die Vorarbeit des inzwischen nicht mehr existenten Tipp-EX-Bündnisses hatte eine ganze Reihe wichtiger Fragen aufgeworfen und seine EXPO-Aktivitäten in einen breiteren politischen Kontext gestellt. So formulierte Tipp-EX unter anderem die folgenden Positionen und Fragen:

"Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. .... »Neuorientierung« der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug: Welches sind die zentralen Elemente des Herrschaftsmodells der Zukunft? Welche gemeinsamen Ursachen haben aktuelle Tendenzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen abzeichnen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten unserer Kritik, was ist das »Linke« daran? ... Welche Aktionsformen können vor, während und nach der EXPO unsere Kritik und unsere Positionen deutlich machen?"

Sachzwänge

Aktuell setzt sich auf den bundesweiten Anti-EXPO-Treffen jedoch in der Regel ein Politikstil durch, der die inzwischen altbekannten Fehler einer auf Grossereignisse orientierten Kampagnen-Politik wiederholt. Die zitierten Fragen in Bezug auf die Reformierung der Linken anhand der EXPO als einem teilbereichsübergreifenden Kristallisatonspunkt werden zunehmend ausgeklammert.

Wie so oft geht es jetzt um den 'Endspurt' und die viel beschworene Notwendigkeit 'etwas auf die Reihe zu kriegen'. So stehen auch im Rahmen des Anti-EXPO-Widerstands die Gruppen scheinbar vor der Entscheidung 'besser so als gar nicht'. Im Endergebnis spitzt sich die Vorbereitung immer mehr auf die Aktionen rund um die Eröffnung zu und selbst die Möglichkeit eine politische Auseinandersetzung zumindest über die gesamte Dauer der EXPO von fünf Monaten zu führen wird vergeben.

Statt verkehrten Sachzwängen hinterherzulaufen sollte doch zunächst einmal die Frage beantwortet werden, was der Widerstand eigentlich bewirken soll und wie es uns gelingen kann dies umzusetzen. Und zwar nicht begriffen als hochgesteckter Anspruch, sondern als Formulierung und Umsetzung einer interventionsfähigen revolutionären Politik bezogen auf die jeweilige konkrete politische Situation. Ohne hierauf andere Antworten als Parolen wie 'EXPO angreifen' oder 'den Kampf gegen das neoliberale System' geben zu können, wird diese Form des Widerstands nur aus Versehen etwas anderes sein als ein weiteres subkulturelles Szene-Event. Die Aktionen werden losgelöst von strategischen Überlegungen zu einer Art moralisch-rituellem Reflex. Gestärkt wird dabei allenfalls das Zusammengehörigkeitsgefühl der Dabeigewesenen. Erfolgreiche Aktionen gegen die EXPO 2000, die den Anspruch einlösen über die EXPO als Veranstaltung und den Oktober 2000 hinauszugehen, kann es nur im Zusammenhang mit einer entwickelten Strategiedebatte geben. Ansonsten wird Hannover die radikale Linke keinen Millimeter weiter bringen und wieder einmal lediglich die übliche Aktionswoche oder die übliche Demonstration zur Folge haben. Zugespitzt ist ein solches Vorgehen im Kern sogar politisch kontraproduktiv, weil es Kräfte unnötig bindet und die Krise der Linken eher noch verstärkt als sie lösen hilft. In der Konsequenz heisst dies, dass der Strategiedebatte aktuell ein klarer Vorrang vor theoretischen und aktionsorientierten Ansätzen eingeräumt



werden muss. Dafür müssen entsprechende Räume geschaffen werden entgegen allen postulierten Sachzwängen.

Strategie und Praxis

Die hier eingeforderte strategische Formierung der Linken ist kein theoretisches Projekt. Gelingen kann sie nur mit der Entwicklung konkreter praktischer Vorhaben, was allerdings aber eben nicht mit einer sogenannten 'Aktionsorientierung' zu verwechseln ist. Diese Poltik muss in erster Linie auf verbindliche Auseinandersetzungen und Bestimmungen der Politik zwischen den beteiligten Gruppen abzielen, statt auf kurzfristig angelegte Mobilisierungen. Dabei gilt es ein progressiv-produktives Verhältnis zwischen Theorie und Praxis zu initiieren. Ein Anspruch, den die Anti-EXPO-Arbeit hätte hervorragend einlösen können, da die EXPO sowohl diverse Ansatzpunkte für unterschiedliche Praxen als auch genügend Stoff für eine theoretische Auseinandersetzung mit modernen Herrschaftstechniken bietet. Derzeit kommt es stattdessen lediglich zu einer plumpen Gegenüberstellung von Theorie contra Aktion entlang der tiefschürfenden Betrachtungsweise: 'Entweder machen wir was auf der Strasse oder wir lesen daheim im trauten Kreis.'. Speziell mit dieser Haltung werden zwei Schwachpunkte der Mobilisierung festgeschrieben. Zum einen werden nicht ausdrücklich die Momente politisiert, die die EXPO charakterisieren und als Ansatzpunkte für Interventionen genutzt werden könnten. Die aktuelle Praxis liesse sich auch entlang so verschiedenener Ereignisse wie einer Industriemesse, eines Golftuniers oder einer IWF-Tagung entwickeln. Zum anderen kommt die Mobilisierung von Teilbereichen wie der Antifa- oder der Internationalismus-Bewegung zu kurz, da kein expliziter inhaltlicher Bogen gespannt wird und es nicht zur Hervorhebung einer übergreifenden strategischen Perspektive kommt. Ohne diese lassen sich aber wirklich nur Unentwegte und Leute mobilisieren, die es entweder bereits klarhaben, was sie wollen oder sich davon einnehmen lassen, dass der EXPO-Widersstand zu dem hippen linken Event des Jahres wird. Eine Ausstrahlung, die über eine engere Szene und die Feststellung hinausgeht, dass 'ja echt was abging in Hannover', erhält der Widerstand aber nur, wenn eine entsprechende Perspektive von vornherein Bestandteil der Mobilisierung ist.

Typenlehre

Betont werden müssen also gerade in dieser Phase der Mobilisierung die Besonderheiten der EXPO, um von ihnen ausgehend eine konkrete Handlungsperspektive zu entwickeln, die sich strategisch verorten lässt und nicht zum rituellen Selbstläufer wird. Punkte, die hier in die Diskussion eingebracht werden können und hier nicht zum ersten Mal genannt werden, sind unter anderem folgende:

1) Als das mediale politische Ereignis in Deutschland in diesem Jahres kann die EXPO als Kristallisationspunkt für linke Politik dienen. Die EXPO ist zwar nur eins von diversen Herrschaftsprojekten und lediglich ein Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse insgesamt, andererseits ist die EXPO das herausragende öffentliche Ereignis des nächsten Jahres in der BRD, das mehr Leute auf einer prinzipiell politischen Ebene ansprechen und durch seine Inszenierung einbinden wird als irgendeine eine andere Grossveranstaltung. Die EXPO wird damit quasi zwansläufig zu einem Thema in der Linken werden.

2) Durch den allumfassenden Anspruch der Ausstellung bietet die EXPO eine Chance für eine gemeinsame teilbereichsübergreifende Praxis und Diskussion. Die dazu unabdingbare Verknüpfung von Teilbereichsthemen mit allgemeinen strategischen Überlegungen und die Suche nach gemeinsamen praktischen Schnittstellen hat im Anti-EXPO-Rahmen bereits einen Vorlauf gehabt.

3) Das dezentrale Programm der EXPO und ihre Dauer von 5 Monaten ermöglicht eine weniger punktuelle Praxis als andere Grossveranstaltun-

Adressen
EXPO-Widerstand

Anti-EXPO-AG
c/o AStA Uni Hannover
Welfengarten 2c
30167 Hannover
fax: 0511-71 74 41
EXPO 2000; Anti-EXPO-Reader

Anti-EXPO-Rundbrief
c/o Büro für mentale Randale
Wickingstr. 17
45657 Recklinghausen
fon: 02361-17483
Vernetzung; Information

MAMBA.
c/o AStA der Uni Hannover
Welfengarten 2c
30167 Hannover
Feministische EXPO-Kritik; Technikkritik

FROXS:
Radikalökologische und internationalistische Initiative Bremen
St. Pauli Str. 10-12
28203 Bremen
Nachhaltigkeitskritik;
Gen- und Reprotechnik

Gruppe Landfriedensbruch
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Sassen
fon: 06401-903283
fax. 06401-903285
Umweltschutz und EXPO

ALASKA
Bernhardstr. 12
28203 Bremen
fon/fax: 0421-72034
EXPO und Internationalismus;
Kampagne gegen EXPO und Biopolitik



gen dies in der Regel tun. Der dezentrale Ansatz der EXPO ermöglicht im Gegenzug dezentrale Aktionsformen gegen das Projekt.
4) Der Charakter als WELT-Ausstellung legt eine internationalistische Politik nahe. Hier kann an die Debatten um die EXPO in Sevilla 1992 angeschlossen werden und die Entwicklungstendenzen der alten Neuen Weltordnung anhand der Ordnungsvorstellungen, die die EXPO vermitteln soll, aufgezeigt werden.
5) Auf der EXPO soll der Welt die globale Lösungskompetenz der Metropolen präsentiert werden und die patriarchal-kapitalistische Entwicklung als historisches Glanzstück dargestellt werden. Dieser allumfassende Anspruch auf Lösungskompetenz der EXPO eröffnet im Gegenzug Raum für Diskussionen um linke Gegen- oder Alternativentwürfe.
6) Vermittelt werden die Botschaften der EXPO mittels populärer Inszenierungen in deren Mittelpunkt technische Innovationen stehen, die zum globalen Allheilmittel stiilisiert werden. Der damit einhergehende modernisierte integrative und popkulturell verpackte Herrschaftsstil, den die EXPO repräsentiert, begegnet der Linken überall und eröffnet hier die Möglichkeit notwendige und längst überfällige Gegenstrategien dagegen zu erproben.
7) Die EXPO ist zwar nicht nur, aber vor allem ein Projekt, das auf die symbolische Ebene von Herrschaft zielt und der Legitimation der Verhältnisse dient. Staat und Industrie der BRD verfolgen in diesem Kontext spezifische Eigeninteressen mit der Ausrichtung der EXPO 2000. Insbesondere soll die Wettbewerbsfähigkeit und Kompetenz der deutschen Industrie präsentiert werden, Deutschland ein multikulturelles und vom Nationalsozialismus bereinigtes Äusseres erhalten und der angeblich weitverbreiteten'Technikfeindlichkeit' entgegengetreten werden. Diese ideologische, medienorientierte Werbepolitik der EXPO macht sie inhaltlich aber auch angreifbar und ihre Scheinheiligkeit demaskierbar.
8) Das Mammutprogramm der Ausstellung ist nicht durchgehend überwachbar.
9) Die Diskussionen und Erfahrungen innerhalb des über 10 Jahre langen EXPO-Widerstands geben Ansatzpunkte für strategische Debatten.
10) Das Thema "Mensch-Natur-Technik" und die Biotechnologie als Leitwissenschaft der EXPO eröffnen die Möglichkeit die unterbelichteten Politikfelder "Gesellschaftliches Naturverhältnis" und "Biopolitik" in die theoretische und praktische Auseinandersetzung der Linken einzubringen.
Nur wenn diese speziellen Eigenheiten Eingang in die Praxis der Anti-EXPO-Bewegung finden kann die EXPO über die Linke im engeren hinaus glaubwürdig als Herrschaftsprojekt demaskiert werden. Nur wenn es in der Linken ein Verständnis davon gibt, wie Herrschaftsstrategien auf der EXPO funktionieren, wird eine linke Politik überprüfbar erfolgreich sein. Und nur dann gibt es Ansatzpunkte für weitergehende Politiken, die auf den gemachten Erfahrungen aufbauen können, da sie nur dann in der Lage sind diese tatsächlich auszuwerten.
Hierzu ist es von entscheidener Bedeutung die Integrationsstrategie der Nachhaltigkeit und das Gesellschaftliche Naturverhältnis zu thematisieren. Das Hauptthema der EXPO "Mensch-Natur-Technik" und seine politische Bedeutung muss ein übergreifender Bestandteil der inhaltlichen Arbeit wie der Strategieentwicklung sein. Ohne eine Klarheit in der Kritik des Hauptthemas der EXPO werden auch alle andere Kritikpunkte latent in der Luft hängen bleiben. Es wird nicht genügen die Teilbereiche und ihre jeweiligen Analysen nebeneinander stehen zu lassen und sie in einer verallgemeinerten EXPO-Kritik lediglich aufzuaddieren.

Mobilisierungen

Unabhängig davon inwieweit die eingeforderten strategischen Momente berücksichtigt werden oder eine konkrete politische Analyse der EXPO 2000 tatsächlich stattfindet wird die Mobilisierung zum Anti-EXPO-Widerstand laufen. Solange ein halbwegs brauchbarer Demonstrationsaufruf veröffentlicht wird, ist eine Geschichte wie die EXPO ein Selbstläufer. Selbst die nichtssagendste Mobilisierung kann da allenfalls die TeilnehmerInnenanzahl begrenzen.
Für die politische Aussenwirkung des EXPO-Widerstands wird es jedoch entscheidend sein, ob die Demaskierung gelingt und die Legitimationskraft der Weltausstellung in Frage gestellt werden kann. Denn generell kann die Linke nur aus ihrer politischen Isolation herauskommen, wenn die Definitionsmacht und Erklärungshegemonie der Herrschenden langfristig durchbrochen werden kann. Dafür müssen den herrschenden Gesellschaftsentwürfen linke Vorstellungen entgegenstellt werden und wieder andere gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten sichtbar werden. Es gilt mit der Legende von der unumkehrbaren 'marktwirtschaftlichen' Weltordnung und ihrem unendlichen technischen 'Fortschritt' aufzuräumen. Gegenüber den NGOs und der herrschenden Integrationspolitik der EXPO und ähnlicher Projekte muss deshalb eine Konfrontationstaktik entwickelt werden, die polarisierend wirkt und die Schlüsselposition der 'Kritischen BegleiterInnen' bei der Legitimation der herrschenden Verhältnisse offenlegt. Auch dafür brauchen wir überzeugende und in ihrer Praxis nachvollziehbare Ansätze.
Grossaktionen sind hierfür nicht unwichtig, aber sie können lediglich Spotlights setzen. Die explizite Ausrichtung der Gegendemonstration auf linke Gegenentwürfe zur EXPO-Welt wäre aus der dargelegten Sichtweise heraus ein konsequenter und sinnvoller Schritt. Allein mit einer inhaltlich doch stark komprimierten Auflistung unserer Kritikpunkte an der EXPO 2000 in einem Aufruf zur Demonstration wird sich keine politische Reaktion erzeugen lassen.
Die eigentlich spannende Frage ist allerdings die nach dem, was von den Aktivitäten bleiben wird. Insbesondere wenn nicht die Eröffnungsveranstaltungen der EXPO zum zentralen Ziel erklärt werden, ist es noch nicht zu spät die anfangs eingeforderten Bestimmungen vorzu-



nehmen. Mit einer Orientierung auf die gesamte Dauer der EXPO besteht auch heute die Möglichkeit Initiativen jenseits eines beschränkten Szene-Events zu starten. Zu befürchten bleibt allerdings, dass es vielen Linken aus unterschiedlichen Gründen genügen wird, wenn es zum besagten Üblichen kommt. Manche wollen vielleicht nicht die Kontrolle über den normalen Gang der Aktivitäten verlieren, andere wiederum weichen lieber rechtzeitig langfristig und verbindlich angelegten Politiken aus, die nächsten fühlen sich in der Szene-Sozietät so wohl, dass eine wirklich interventionsfähige Linke jenseits ihrer Vorstellungswelt liegt und dann gibt es sicher wieder welche, die eine fatalistische Form von Realismus predigen werden. 'Wenn wir jetzt nicht langsam in die Pötte kommen, wird gar nichts mehr passieren.' oder 'Schluss mit dem ganzen Gerede, das bringt ja doch nichts, wir müssen endlich handeln.' könnten Versatzstücke entsprechender Predigten, die im Brustton politischer Pragmatik zum Besten gegeben werden, sein.

Vor dem Hintergrund dieser tiefschürfenden Analysen und den damit verbunden Streitigkeiten um die Machtpositionen innerhalb der Bewegung sowie der zuvor beschriebenen Sachzwanglogik und Neigung zur Theoriefeindlichkeit gibt es derzeit keine andere Möglichkeit als die für strategisch angelegte Initiativen notwendigen Diskussionsräume neu zu schaffen. Ein konkretes Beispiel für eine entsprechende Initiative ist die Kampagne gegen Biopolitik und Bevölkerungskontrolle im Kontext der EXPO. Zudem wird die Meinung vertreten, dass in verschiedenen Regionen bzw. Städten aktuell durchaus strategische Debatten gewollt sind und an diese angeknüpft werden kann. Ob diese Initiativen eine gewisse Ausstrahlung erhalten werden, wird zunächst aber einmal davon abhängig sein, dass sie geeignete Schnittstellen finden, die teilbereichsübergreifend mobilisierungsfähig sind und praktische Aktivitäten entfalten können, die die strategischen Momente konkretisieren.

Also los, denn die Welt sieht anders aus!

Aufruf zur Kampagne gegen EXPO und BIOpolitik

Ziel der Kampagne ist es die Diskussion um die Entwicklung der Biopolitik, sowie die damit einhergehende Zunahme von Kontroll- und Verwertungsmechanismen zum Thema in der Linken machen und eine Öffentlichkeit für die Kritik schaffen. Dies soll im Kontext des Widerstands gegen die EXPO 2000 geschehen. Die EXPO macht mit ihrem Thema „Mensch-Natur-Technik" die Biotechnik zu einem entscheidenen Bestandteil der Weltausstellung. Sowohl inhaltlich als auch von den Inszenierungen auf der Ausstellung her, ziehen sich biopolitische Gesellschaftsentwürfe durch alle Themenbereiche der EXPO hindurch. Bevölkerungswachstum im Süden wird zum Hauptgrund für globale Probleme jeglicher Art erklärt. Neurowissenschaften beschreiben das menschliche Verhalten. Humangenetische Eingriffe in das Erbgut des Nordens werden zu einem erstrebenswerten Fortschritt. Die EXPO erfindet hierbei keinen wesentlichen Gedankengang neu, vielmehr greift die Ausstellung einen zunehmenden Trend in herrschenden Politikmustern auf. Politische Diskussionen um Gesellschaftsentwürfe werden zunehmend durch scheinbar biowissenschaftlich fundierte Analysen ersetzt. Gesellschaft wird biologisiert und der Mensch wird zum genetisch gesteuerten Wesen. Gen- und Reproduktionstechnik werden zunehmend zur Alltäglichkeit. Gentests, künstliche Befruchtung und gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sind inzwischen mehr als vereinzelte Vorboten einer Biogesellschaft geworden. Damit einher gehen neue soziale Differenzierungen und Spaltungen. Während zum einen die medizinische Versorgung für viele eingeschränkt wird, wird für wenige die kostenintensive Genmedizin angeboten. Während im Süden die Bevölkerungszahl kontrolliert wird, wird im Norden genetisch selektiert und operiert.

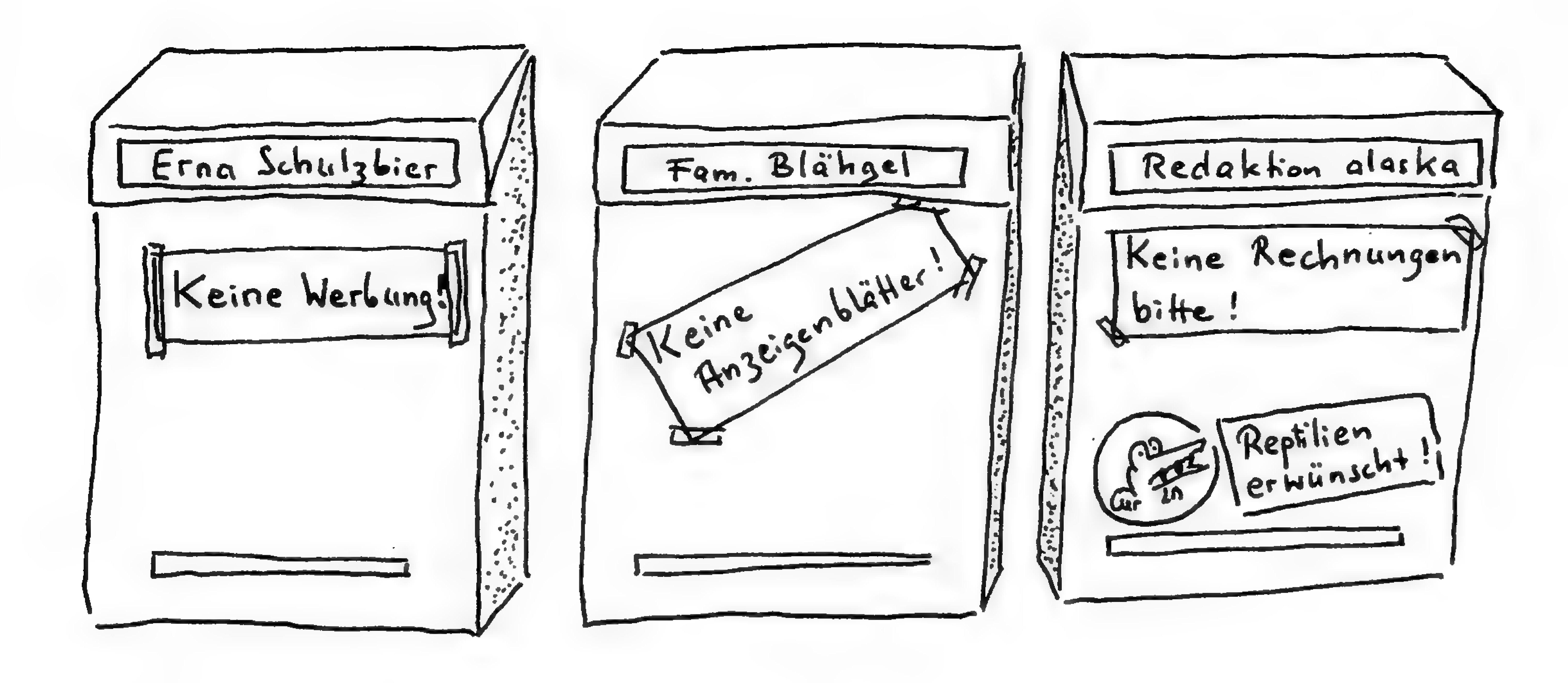
Diese politische Entwicklung geht an der Linken weitgehend vorbei. Die vorwiegend von feministischen Gruppen formulierten Kritiken aus den 80ern sind kaum noch bekannt. Praktische Politik in diesem Bereich konzentriert sich aktuell auf das Vorgehen gegen Freisetzungen im Umfeld der Umweltbewegung. Die Kampagne soll dies verändern und das Thema wieder diskutierbar und zum Bestandteil linker Politiken machen.

Im Februar hat ein erstes überregionales Treffen in Bremen stattgefunden. Es wurde beschlossen den Versuch zu machen die Kampagne einzuleiten und zu einem zweiten Treffen im April einzuladen. Neben diesen Kampagne-Treffen hat es bereits verschiedene inhaltliche Beiträge und Veranstaltungen innerhalb der Anti-EXPO-Aktivitäten zum Thema gegeben und weitere sind geplant. Ziel ist eine teilbereichsübergreifende Mobilisierung und eine Mischung aus dezentralen und gemeinsamen überregionalen Aktionen. So wurde versucht Ansatzpunkte zu finden, die aus unterschiedlichen Teilbereichen heraus zu politisieren sind. Angedacht wurde unter anderem auch ein bundesweiter Aktionstag. Vorgeschlagen wird dafür bisher der 10. Global Dialogue der EXPO vom 17.-19. Oktober 2000. Dieser wird vom Club of Rome organisiert und hat unter dem Motto „Which kind of society do we want?" die Modernisierung herrschender Bevölkerungspolitik zum Schwerpunkt. Die Praxis, die sich aus der Kampagne ergeben soll, wird perspektivisch jedoch nicht auf die EXPO allein ausgerichtet sein.

Das Kampagnen-Treffen findet vom **14.-16. April 2000** im Rahmen des Seminars
EXPO 2000 zwischen Neuer Weltordnung und Popkultur - das Beispiel EXPO 2000
in **Bremen** statt.

Vorbereitet von: alaska und BUKO-Geschäftsstelle

Anmeldung und Infos: Redaktion alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, fon/fax: 0421-72034



The science of Koffers

Jeden Tag sehen wir vor die Tür, ob da vielleicht einer steht. Nichts! Obwohl angeblich ständig Dutzende dieser schweinsledernen, abgegriffenen, speckigen Glücksbringer in der Republik unterwegs sind, zu uns verirrt sich keiner. Kein Koffer! Das gibt zu denken.
Unter vielen edlen Spenderinnen und Spendern macht sich Verunsicherung breit. Darf man denn? Tut man sowas denn noch? Sollen wir nicht lieber Blumen schicken? Aber nein!
Koffer sind okay. Koffer sind klasse. Nehmen wir zum Beispiel die 20 Millionen der hessischen CDU in der Schweiz, alles Kofferware. Was kann man mit 20 Millionen schon machen? 70 Jahre lang den BUKO finanzieren? Hätte das eine ähnliche Erschütterung des naiven Glaubens ans parlamentarische System zur Folge? Sehr fraglich. Aber ein Milliönchen im Koffer, zur Abendbrotzeit bei Schäubles abgegeben, "mit besten Grüssen Ihr Karl-Heinz Schreiber, Waffen und Filz Ltd." - das desillusioniert. Eine effektivere Form der politischen Aufklärung gibt es nicht, als im Koffer.
Auch in Sachen "Polyp" müssen wir eine Lanze brechen für die CDU. Nach dem Fall des faschistischen Regimes in Portugal durch die Nelkenrevolution 1974 und dem Ende des spanischen Faschismus durch den Tod Francos 1975, wurden im Rahmen der Aktion "Polyp" bis 1982 schätzungsweise 40 Millionen aus dem Kanzleramt rausgeschleppt, abgeholt von den Geldbriefträgern der CDU, SPD und FDP. In Koffern, versteht sich. Um in Spanien und Portugal - oh nein, nicht etwa den demokratischen Aufbau oder Basisbewegungen oder zivilgesellschaftliche Gruppen zu unterstützen, nein. Um kleine CDUs, SPDs und FDPs auf der iberischen Halbinsel aufzubauen, damit die nicht dem Kommunismus anheimfällt. Wie es aussieht, hat die CDU diese Schweinerei nicht mitgemacht. Sondern ein paar von den Koffern einfach behalten, um sich selbst aufzubauen. Das geht gut mit Koffern. In gewisser Weise sind also 16 Jahre Kohl auch die gerechte Strafe für den Versuch, den Iberern ungefragt die deutsche Gartenzwerg-Demokratie aufzudrücken. "The Return of the Koffer." So hat jeder den Kohl, den er verdient.
Eine Ehrenrettung des Koffers ist also überfällig. Der schwarzen Kassen und Konten und der Reptilienfonds. Gegen den lächerlichen Mainstream, wonach jede Schweinerei in Ordnung geht, wenn sie nur ordentlich gebucht und steuerlich einwandfrei abgerechnet ist. Die Jugoslawen wären sicher froh gewesen, wenn das deutsche Verteidigungsministerium die Munition für den Kosovo-Krieg in Koffern an die Schatzmeister der deutschen Parteien ausgegeben hätte. Schreiber hätte da sicher was anbieten können. Vielleicht redet der deswegen jetzt, aus Frust. Wegen der neuen deutschen Entkofferung.
Und, ehrlich, wir brauchen dringend ein paar Koffer. Schwarze Mäuse. Reptilien aus dem Reptilienfonds. In Alaska herrscht Ebbe, bittere Ebbe in den Kassen. Tiefe Kofferlosigkeit. Wie meistens, aber noch ein bisschen schlimmer. Ohne zusätzliche Mittel können wir das nicht durchhalten.
Deshalb möchten wir der miesen Polemik, mit der den freundlichen Geldbriefträgern ihr nützliches Geschäft madig gemacht werden soll, auf das Entschiedenste entgegentreten und ein für alle mal erklären:

Wir nehmen's auch im Koffer! Ehrlich.
Oder im Kulturbeutel.
Beteiligt euch an der Frühjahrsaktion "Ein Koffer für Alaska".

Undogmatisch wie wir sind, akzeptieren wir auch Überweisungen und erteilen auf Wunsch Reptilienquittungen. Wenn ihr keine Reptilien übrig habt (was bestimmt gelogen ist, seht nochmal nach!), helft uns werben. Lasst euch Probehefte schicken zum Verteilen, oder schickt uns Adressen, an die wir Probehefte verschicken sollen. Bedrängt FreundInnen, besetzt Archive.
Es soll immer noch Leute geben, die haben kein Abo ...

Gegen Sozialabbau - für soziale BürgerInnenrechte

by Konferenz-Bündnis

30 Milliarden DM will die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem neuen Sparpaket zu Lasten der Länder und Kommunen sowie zu Lasten der RentnerInnen, Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und lohnabhängig Beschäftigten einsparen, um "den Standort Deutschland wieder konkurrenzfähig zu machen." Bereits in ihrem ersten Jahr knüpft die Schröder-Fischer-Regierung damit an die Tradition ihrer Vorgängerin an. Von 1993 bis 1996 sind drei solcher Sparpakete im Umfang von 20-50 Mrd. DM aus der Taufe gehoben worden, mit so wohlklingenden Namen wie „Föderales Konsolidierungsprogramm" oder „Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms".

10 Millionen DM will Hamburg im nächsten Jahr nur durch die zwangsweise Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen „in Arbeit" einsparen. Für 11,50 brutto Öltanks reinigen oder ein vierwöchiges „Praktikum" ganz ohne Geld, das sind die „Angebote", die nicht abgelehnt werden können. 12,5 Millionen sollen durch Leistungskürzungen und verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen eingespart werden: Bis zum Jahr 2003 sollen 279 Millionen DM bei der Sozialhilfe eingespart werden, über 70 Mio. DM pro Jahr. Im Bereich der Kindertagesbetreuung werden 27 Mio. DM gespart. 30% der Stellen in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit sind nicht besetzt.

Sparzwang und Standortlogik

Haushaltskonsolidierung und „intelligentes Sparen" haben in den letzten Jahren die soziale Schieflage weiter zugespitzt. Die Symptome der Armut sind unübersehbar geworden: Menschen ohne Obdach gehören schon fast selbstverständlich ins Straßenbild vieler Viertel. Immer mehr Kinder kommen hungrig zur Schule. 150.000 Menschen, d.h. jede/r zehnte leben in dieser Stadt von Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; davon 52.000 Kinder, 22.000 unter 7 Jahren. Die Anzahl derjenigen, deren Erwerbseinkommen so niedrig ist, daß sie zusätzlich Sozialhilfe beantragen müssen, ist im letzten Jahr um 6,9 % gestiegen. Auch Hamburg kennt sie mittlerweile, die „working poor".

Dabei ist Hamburg immer noch eine reiche Stadt, und ähnlich rasant wie die Armut zunimmt wächst auch der Reichtum. Die angeblichen Sparzwänge der öffentlichen Hand sind nicht so naturgesetzlich, wie sie oft dargestellt werden. Immerhin gibt der Senat Unsummen für sozial und ökologisch zweifelhafte Projekte aus. Für den Bau der vierten Elbtunnelröhre, für die Subventionierung der DASA ist immer genügend Geld da. Und wenn's dem "Unternehmen Hamburg" dient, verzichtet der Staat auch auf Einnahmen: Die Spielräume, um kommunale Steuern wie z.B. die Gewerbesteuer zu erhöhen oder Steuerschlupflöcher zu stopfen. werden keineswegs vollständig ausgenutzt. Es dürften einige hundert Millionen Mark sein, auf die Hamburg schlicht und einfach verzichtet. Mal ganz davon abgesehen, daß es bisher noch keinen ernsthaften Versuch von Seiten der Hansestadt gibt, die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene zu korrigieren. Statt dessen im Bund wie in Hamburg dasselbe Gejammer über leere Kassen, Sparzwänge bei gleichzeitig kräftigen Steuergeschenken für Unternehmen und Reiche. Doch Geld ist genug da!

Die neue Sozialstaatsidee: Mehr Markt, weniger Rechte

Doch wir werden nicht bei der Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit stehen bleiben, unsere Themen, unsere Kritik und unsere Forderungen gehen weiter. Es geht bei allem „Sparen" und Sozialabbau um mehr als die sozial ungerechte Kürzungspolitik. Es geht auch und vielleicht sogar in erster Linie um einen Angriff auf die Köpfe der Menschen. Die Idee des Sozialstaates wird von oben neu definiert. Die Vorstellungen davon, was "soziale Gerechtigkeit" ist, was "soziale Sicherung" ist und welche Ansprüche gerechterweise an den Staat bzw. die Gesellschaft gestellt werden dürfen, dies alles wird z.Z. neu bestimmt und in die Köpfe gehämmert. Im Kern geht es darum: Der Sozialstaat sei zu teuer, weil er ineffizient organisiert sei, weil er zu umfassend konzipiert sei und weil die Leistungen zu ungenau verteilt werden.

Leistung und Gegenleistung, ökonomische Effizienz, Markt, Budget, "Kunden": das sind die neuen Zauberwörter, in deren Windschatten soziale Dienstleistungen und soziale Arbeit vollständig Marktbeziehungen unterworfen werden sollen. SachbearbeiterInnen auf den Ämtern soll "Kostenbewußtsein" und "Budgetverantwortung" beigebracht werden, damit sie mit "entfesselter Kreativität" nicht mehr an Ermessensspielräume für KlientInnen denken, sondern an das vorgegebene Kostenziel. Träger und Einrichtungen werden über Ausschreibungen und Leistungsverträge in eine gnadenlose Lohnkostenkonkurrenz getrieben, in der Standards der sozialen Arbeit und der sozialen Angebote nichts mehr, niedrige Angebote alles zählen. Tarifliche Arbeitsbedingungen und Löhne bleiben dabei genauso auf der Strecke wie engagierte und kompetente Arbeit für die NutzerInnen. Die Ökonomisierung der sozialen Arbeit macht Träger und Einrichtungen zu ausschließlich betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen.

Die Sozialstaatskritik von oben setzt aber nicht nur auf Marktgesetzte und Deregulierung. Sie beklagt auch den angeblich zu lockeren Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialleistungen. Es gehe nicht mehr an, daß so viele Menschen mit durchgefüttert werden, obwohl sie arbeiten könnten. Immer häufiger ist vom „aktivierenden Staat" die Rede. Mit mehr oder weniger sanftem Druck sollen Hilfebedürftige dazu gebracht werden, sich selbst zu helfen. Was dann unter Schlagworten wie „Hilfe zur Selbsthilfe", „Loslösung aus der Sozialhilfe" oder „Bruch mit der Versorgungsmentalität" daher kommt, ist oft genug die blanke Repression: Leistungskürzungen, verschärfte Bedürf-

tigkeitsprüfungen, Abschreckung und immer wieder Arbeitszwang. Die modernisierte Sozialhilfesteuerung zielt systematisch darauf ab, Hilfeberechtigte los zu werden. Demütigung, Entwürdigung und Einschränkung elementarster BürgerInnenrechte sind dabei Mittel zum Zweck: SozialhilfeempfängerInnen haben nicht mehr das Recht der freien Entscheidung, zu welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Bei unangemeldetetn Hausbesuchen gilt das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung für Hilfeberechtigte nur eingeschränkt.
Auch das Bedarfsdeckungsprinzip bzw. das Individualrecht auf „menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben", eine der Errungenschaften des Bundessozialhilfegesetzes, ist inzwischen faktisch abgeschafft. Im Vordergrund steht nicht mehr die Frage: Was braucht ein Mensch in der Bundesrepublik mindestens für ein Leben in Würde? sondern die Frage: Was kostet die SozialhilfeempfängerIn? Was kostet ein Mensch "den Staat"? Vorreiter für diese Vorrangigkeit des Kostenkalküls in der Sozialpolitik war das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993. Mit ihm wurde das erste Mal ein sozialpolitisches Sondergesetz für eine Bevölkerungsgruppe geschaffen, in dem ihr Existenzminimum schlicht um 25% unter dem der Sozialhilfe festgelegt wurde. Ein individueller Bedarf wird Flüchtlingen nicht mehr zugestanden.
Inzwischen gibt es keinen Bereich des sozialen Hilfesystems mehr, in dem Ansprüche, formuliert als soziale Grundrechte auf ein menschenwürdiges Leben, nicht systematisch ausgehebelt werden:
In der Drogen- und Suchthilfe wird dem akzeptierenden Hilfeansatz, der erst mal nur danach fragt, was DrogenkonsumentInnen zum Leben brauchen, das Messer an die Kehle gesetzt.
Kinder und Jugendliche werden zwischen Spardiktat und Kriminalitätsdiskurs eingeklemmt. Die Forderung nach geschlossener Heimunterbringung erhält durch Sondereinrichtungen zur U-Haftvermeidung und Studien zur Jugendkriminalität immer neue Nahrung. Andererseits müssen Kinder und Jugendliche erst stigmatisiert und ausgerenzt werden, bevor individuelle Hilfen gewährt werden.
In der Beschäftigungspolitik steht uns ein neuer Billigtarif für Jugendliche ins Haus, der erklärtermaßen nicht mehr existenzsichernd ist. Er wäre ein vorläufiger Höhepunkt einer Beschäftigungspolitik, der es nur noch um den erzieherischen und strafenden Charakter der Arbeit geht: Die Jugendlichen sollen beizeiten darauf trainiert werden, daß sie an die Arbeit keine Erwartungen und Ansprüche zu stellen haben. Ihre Hoffnungen, Wünsche und Perspektiven sollen über den Horizont der ungesicherten Billiglohn-Jobs nicht hinausgehen.
Die MigrantInnen und Flüchtlinge in dieser Stadt werden nachwievor wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie sind durch ein ganzes System von Sondergesetzen umzingelt und werden täglich diskriminiert und ausgegrenzt, aus dem Wohnungs- wie aus dem Arbeitsmarkt, in Schulen wie in Behörden. Antidiskriminierungspolitik und Fördermaßnahmen für strukturell Benachteiligte sind in Hamburg Fremdworte. Für Flüchtlinge gibt es nur den Teufelskreis von Lagerunterbringung, Arbeitsverbot bzw. rechtloser Schwarzarbeit und Abschiebung. Die Ausländerbehörde hat unter rot-grün eine Abschiebemaschinerie perfektioniert, die in der Bundesrepublik unerreicht ist.
Gegen diese Politik der Verarmung und Entrechtung beziehen wir Position. Soziale Ansprüche, der Anspruch, ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft leben zu wollen, mit vollständigen Teilhabemöglichkeiten, ist ein Recht! Ein Grund- und BürgerInnenrecht. Wir erbitten keine Almosen und keine großzügigen Gnadenakte. Wir stellen selbstverständliche Rechte fest und fordern sie selbstbewußt und energisch ein.

Pflicht, Zwang, Ausgrenzung

Auch im alten keynesianischen Wohlfahrtsstaat gab es Elemente der bürokratischen und sozialen Kontrolle: Vom Sozialstaat zu reden, ohne von Innerer Sicherheit zu sprechen, war falsch, ist falsch und wird immer falsch bleiben. Doch mittlerweile wird der keynesianische Sozialstaat zum „aktivierenden Staat" umgebaut. Das heißt insbesondere Ausbau von sozialer Kontrolle, von Hierarchisierung und von Repression. Aggressiv gestärkt wird vor allem die Produktivitäts- und Leistungsorientierung des Sozialstaatsgedankens: Keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistungen. Die Legitimität von Sozialleistungen wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe wird untergraben: Sozialleistungen müssen sich verdient werden. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muß dies tun; nach Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sinnhaftigkeit der Arbeit wird nicht mehr gefragt. Soziale Leistungen ohne Gegenleistung werden allerhöchstens Alten, Kranken oder sonstwie zweifelsfrei „Arbeitsunfähigen" zugestanden. Nur sie gelten als „wirklich bedürftig".
Dies ist die Basis, auf der Einschluß- und Ausschlußmechanismen gebastelt werden: Wer gehört zur Gemeinschaft der Steuerzahler? Wer hat ein Recht hier zu sein? Wessen Ansprüche an die "Solidargemeinschaft" sind berechtigt? Und dies ist auch die Basis, von der aus der gesellschaftliche Konsens gegen diejenigen konstruiert wird, die aus dem Verwertungsprozeß herausfallen oder ihn in Frage stellen. Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. Sie werden als "gefährliche Klassen" oder "Problemgruppen" definiert, vom gesellschaftlichen Kern abgespalten und einer ganzen Bandbreite gesonderter Maßnahmen unterzogen. Dort werden sie entweder "produktiv" oder aber unsichtbar gemacht. Wegsperren, polizeiliche Vertreibung und andere Formen des polizeilich-repressiven Kontroll- und Ausgrenzungsarsenals sind dabei nur ein Pol in einem kontinuierlichen Spektrum.
In der Vertreibung von offenen Drogenszenen, Obdachlosen oder bettelnden Menschen, in der Kriminalisierung von Flüchtlingen als „ausländische Drogendealer", in der neuen Debatte um das Wegsperren krimineller Jugendlicher zeigt sich die repressive Spitze des autoritären Eisbergs namens „aktivierender Staat". Gänzlich unverfroren wird den sog. Problemgruppen das Freizügigkeitsrecht abgesprochen.
Die rot-grüne „Neue Mitte" bedeutet also nicht nur mehr Markt und mehr Deregulierung. Sie bedeutet auch mehr Repression und mehr autoritären (Sozial-)Staat. Soziale und gesellschaftliche Alternativen müssen das berücksichtigen. Der Widerstand gegen den „aktivierenden Staat" muß sich selbstverständlich gegen den Kahlschlag bei den Sozialleistungen, gegen Einkommensverluste und gegen eine Politik der Verarmung wenden. Er muß sich aber genauso selbstverständlich gegen die agressiven Ein- und Ausgrenzungsmechanismen richten, gegen die Ideologie und Praxis des Zwangs, der Kontrolle und der Repression, die der „aktivierenden Staat" so sehr betont.
Mehr denn je ist emanzipatorische Sozialpolitik Bürgerrechtspolitik. Sozialabbau bekämpfen und gleichzeitig die sozialen Grund- und BürgerInnenrechte verteidigen. Leistungskürzungen kritisieren und gleichzeitig Demütigungen, Schikanen, Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung verhindern. Das sind die tagespolitischen Aufgaben einer sozialpolitischen Opposition gegen den marktwirtschaftlich-autoritären mainstream von rot-grün.

Einleitungsreferat der Konferenz "Lichter der Großstadt - für soziale BürgerInnenrechte" am 27. November 1999 in Hamburg. Redaktionell gekürzt

Veranstalter: KollegInnen aus: Sozialpolitische Opposition, Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV Hamburg, Fraktion REGENBOGEN - für eine neue Linke (Hamburger Bürgerschaft), Jusos Hamburg.
Kontakt: SOPO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg oder REGENBOGEN, fon: 040/428 23-4835, fax: -48 24



Rezensionen

Arbeit und Ökonomie aus feministischer Sicht

by Bernd Hüttner

Carola Möller war 1975 Mitbegründerin eines der ersten autonomen Frauenhäuser in Deutschland und initiierte 1978 die Zeitschrift *beiträge zur feministischen theorie und praxis* mit und war dort bis 1994 Redakteurin. Bekannt geworden ist sie - verkürzt dargestellt - vor allem durch ihre Forschung zu "ungeschützten Arbeitsverhältnissen" in den 80er und die Propagierung einer gemeinwesenorientierten Ökonomie in den 90er Jahren (siehe *alaska* 211/212 S. 18f.). Stark engagiert war sie auch in der Frauen-An-Stiftung, die sie wieder verließ, als diese in die *Heinrich-Böll-Stiftung* integriert wurde. Möller ist eine Feministin jenseits des Gleichstellungsfeminismus, die sich immer sehr stark mit Arbeit und Ökonomie (-kritik) beschäftigte und die sich ihre Meinung durch Organisationen nie hat deformieren lassen. Zu ihrem 70. Geburtstag im Oktober 1999 haben drei Freundinnen von Möller ihr zu Ehren eine Festschrift herausgegeben. Sie enthält u.a. ein längeres lebensgeschichtliches Interview mit Carola Möller, einen Bericht von Gisela Notz über eine Kommune und einen lesenswerten Rückblick über die Frauenbewegung und ihr Verhältnis zu Utopien der feministischen Rechtsanwältin Barbara Degen.

Gab es lange Zeit eine Kritik an Festschriften als nutzloses Ritual bürgerlicher Wissenschaft, werden sie mittlerweile wieder gerne publiziert, so erhielten z.B. Hirsch und Altvater, die beiden Koryphäen der Regulationstheorie zu ihrem 60. Geburtstag letztes Jahr jeweils eine, ebenso der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth. Festschriften haben es wie (Auto-)Biographien an sich, daß in ihnen (Selbst-) Lob und eine Perspektive vorherrscht, die der Biographie einer Person nachträglich eine gewisse Geradlinigkeit zuschreibt. Daß dies aber schief bis falsch ist, weiß jedes Kind. So findet sich auch im Interview mit Möller wie in allen Biographien keine einzige Frage zu den Dingen die eine(n) dann doch wirklich interessiert hätten. Wie seht es mit Konkurrenz, Hierarchie und Hierarchie unter feministischen Forscherinnen (Schaft auch hier das Geld die Struktur, oder gibt es noch mehr?), wie sieht die materielle Absicherung (das Sein bestimmt das Bewußtsein) aus, worin bestanden die inhaltlichen oder anderen Differenzen in der Redaktion der *beiträge* etc. All das kann, wenn überhaupt, nur mühsam zwischen den Zeilen hervorgelesen werden. Die lobhudelnden Kurzbeiträge komplettieren da nur das schlechte Bild.

Auch der als inhaltlicher Kernartikel daherkommende und schon als Untertitel des Bandes auftauchende Beitrag "Neue Arbeitsformen - neue Widerstandsformen" von Möller und der Soziologin Ulla Peters referiert nur die Debatte um immaterielle Arbeit des zeitgenössischen Neo-Operaismus a la Negri und Lazzarato (vgl. *alaska* 227). Auch wenn es sehr löblich ist, diesen Ansatz in die KäuferInnenschicht der Festschrift hineinzutragen, fehlt doch eine Auseinandersetzung damit, wie die semi-akademische Linke *ohne* feste Anstellung, der Möller, Peters und viele andere angehören, selbst zur Transformation von Arbeit beigetragen hat. Sie wollte ihre Subjektivität in die Arbeit einbringen, und besaß die Fähigkeit zur horizontalen und vertikalen Kommunikation. Alles Anforderungen an die eigene individuelle Lohn-Arbeit, die genau die sind, die jetzt auch die "neuen", ganz normalen materiellen und immateriellen Arbeitsverhältnisse prägen. Wie Widerstand und Organisierung der vereinzelten immateriellen Arbeiter-UnternehmerInnen aussehen kann, bleibt weiterhin leider ungeklärt.

Marlies W. Fröse ua. (Hg.): Ökonomie und Arbeit - Frauenansichten. Neue Arbeitsformen und neue Widerstandsformen; 196 S., 34,80 DM; IKO Verlag Frankfurt 1999

Short Cut

Freiheit ohne Grenzen

by Susanne Reichinger

Die Südafrikanerin Mamphela Ramphele hat im Alter von 40 Jahren noch relativ jung eine Autobiographie veröffentlicht. Sie will sie für sich als Möglichkeit der Selbstreflektion über ein Leben nutzen, in dem sich schon relativ früh viel ereignet hat. Das Buch ist sehr vielseitig, gibt die Lebensgeschichte einer mutigen, grenzüberschreitenden Kämpferin wieder.

Die Autorin beginnt mit ihren Wurzeln im Elternhaus, einem LehrerInnenehepaar in der nördlichen Transvaal, setzt die Erzählung mit ihrer außergewöhnlichen Berufsentscheidung als Ärztin, Anthropologin, als Vizekanzlerin der University of Cape Town fort, bildet Hürden sowie Meilensteine ihres Lebens ab. So wurde sie mit Bann belegt, mußte ihr Leben von heute auf morgen in einer ihr völlig unbekannten Gegend neu organisieren. "Oft werde ich gefragt, wie ich es geschafft habe, unter den Bedingungen, die mir in meinem Leben aufgezwungen wurden, zu überleben. Eine kurze Antwort auf diese Frage ist, daß wir in der Not keine andere Chance haben, als überleben zu wollen." (S.155) Als sie den Sohn ihres Geliebten zur Welt brachte, war dieser der Folter erlegen.

Der Vater ihres Sohnes ist Steve Biko, an dessen Seite sie engagiert im Black Consiousness Movement mitarbeitete. Mit ihrer nicht immer einfachen Liebesbeziehung zu dem verheirateten Gründungsvater der südafrikanischen



Befreiungsbewegung stellt sie sich, insbesondere als schwarze Frau, gegen Konventionen. Sie wehrt sich aber dagegen, nur als seine Geliebte gesehen zu werden, ihr Leben und das Engagement gegen die Apartheid sind mehr, sie entwickelt eigene Aktivitäten, übernimmt Führungsaufgaben, baut zum Beispiel Gesundheitszentren für Arme auf. Das Buch läßt sich als Bilanz der südafrikanischen Befreiungsbewegung lesen ebenso wie als "Gedächtnisstütze" für die Menschen, insbesondere wenn sie weiß sind, denen es einfacher erscheint, nach der Apartheid alles zu vergessen.

Zugleich kann sie als Auseinandersetzung mit Frausein, mit Erwartungen an das Rollenverhalten einer (schwarzen) Frau gelesen werden. "Als Schwarze und Frau in Südafrika habe ich gar keine andere Wahl, als 'Superfrau' zu sein. (...) Die Fähigkeit, zwei oder drei Rollen gleichzeitig zu erfüllen, ist eine erlernte Überlebensstrategie und nicht Ursache für diese unterschiedlichen Rollen". (S. 216). Auswirkungen hat dies zudem auf ihre beiden Ehen, die daran scheitern, daß die Männer mit einer sehr selbständigen, selbstbewußten Frau so ihre Schwierigkeiten haben. So bemerkte ein Freund von ihr einmal, "daß die Eigenschaften, die Männer bei starken Frauen attraktiv finden, gleichzeitig diejenigen sind, durch die sie sich bedroht fühlen." (S.197).

Sie will mit ihrem Schicksal Alternativen für junge schwarze Frauen aufzeigen, damit sie von ihr "lernen" können, ihren Weg zu gehen und ihnen ein Beispiel geben für den Lebensentwurf einer Frau, die sich traut anders zu leben. Es gibt für diese Autobiographie mit Sicherheit mehrere Lesarten, über die Geschichte der Befreiungsbewegung, über das Leben mit Steve Biko, über den Lebensweg einer bemerkenswerten Frau. Andere LeserInnen werden noch mehr entdecken.

Mamphela Ramphele: Meiner Freiheit keine Grenzen. Autobiographie; Lamuv Verlag, Göttingen 1998

Short Cut

Nach Norden

by Gaston Kirsche

In *Nach Norden* werden die Lebensbedingungen der mexikanischen Arbeitsmigranten beiderseits der Grenze zu den USA, zwischen Legalisierung und Abschiebung, beschrieben. In Tijuana, wenige Kilometer südlich vom kalifornischen San Diego, halten sich alltäglich etwa 10.000 Menschen auf, die ohne Papiere in die USA gelangen wollen. Der „Tortilla Curtain" zwischen Mexiko und den USA ist im Stadtgebiet von Tijuana ein Eiserner Vorhang. 1998 wurde die endlose Metallmauer auf 50 km verlängert. Danach verläuft die Grenze durch Wüste. Allein im Grenzabschnitt des Bundesstaates Texas sind in den vergangenen zehn Jahren 3.200 Menschen ums Leben gekommen, die meisten ertranken beim Durchqueren des Grenzflusses Rio Grande oder verdursteten in der Gebirgswüste. Für den Kapital- und Warenverkehr ist die Grenze offen, für Arbeitsmigranten offiziell dicht. Deshalb reisen sie als Papierlose inoffiziell in die USA ein. Davon profitieren die Betriebe in den angrenzenden US-Staaten, bei denen die 13 Mio. inoffiziellen Arbeitskräfte aus Mexiko und Mittelamerika eine feste Größe sind. Entsprechend rechtlos, sind sie leicht unter Druck zu setzen. Die legalen Arbeitsmigrations-Programme gehören der Vergangenheit an. Der Internationale Währungsfonds IWF bewilligte Mexiko im Juli 1999 wieder einen Kredit über vier Milliarden Dollar, um es als Absatzmarkt für die Unternehmen im Süden der USA zu stabilisieren - Mexiko ist der größte Außenhandelspartner Kaliforniens.

In „Nach Norden" wird die kapitalistische Umstrukturierung in Mexiko, die Privatisierung, der Freihandel und der Abbau sozialstaatlicher Ansätze, in seiner Wirkung auf die Migrationsprozesse beschrieben. Seit 1994 der nordamerikanische Freihandelsvertrag NAFTA in Mexiko, den USA und Kanada in Kraft trat, ist die unerlaubte Arbeitsmigration gestiegen. 1998 versuchten etwa 1 bis 2 Mio. Menschen von Mexiko aus in die USA einzureisen. 1, 2 Mio. wurden von den USA nach Mexiko abgeschoben. Trotzdem ist Los Angeles die zweitgrößte mexikanische Stadt, wo laut US-Census 35% ihren Kaffee auf Spanisch bestellen. In US-Medien wird die Gefahr beschworen, das Englisch vom Spanisch der Migranten verdrängt wird. „Nach Norden" ist eine lesenswerte Einführung in die Situation mexikanischer Arbeitsmigranten in den USA – mit Reportagen, Interviews und Hintergrundkapiteln. Eine meinen Widerspruch erweckende Vorstellung taucht allerdings mehrmals in „Nach Norden" auf: Die spanischsprachige Minderheit wird zur Community mit Gemeinwohl idealisiert und nicht als funktionaler Bestandteil des Kapitalismus verstanden, als Reflex auf rassistische Ausgrenzung. Community ist ein Ordnungsprinzip, das sowohl soziale Reproduktion und Schutz entrechteter sozialer Gruppen ermöglicht als auch Klassenwidersprüche beinhaltet. In „Nach Norden" ist aber die Rede davon, die Verschlechterung der Lebensbedingungen für KleinbäuerInnen in Mexiko „zwingt die traditionellen Communities dazu, Besitz und Bevölkerungen zwischen zwei verschiedenen unterschiedlichen ortsverbundenen Existenzen auszubalancieren", wie es Mike Davis in „magischer Urbanismus" ausdrückt. Hier wird Community als etwas statisches betrachtet, dass unter völlig unterschiedlichen sozialen Bedingungen gleich bleibe. Die gleiche Vorstellung findet sich auch im Vorwort und anderen Kapiteln. Der Text von Mike Davis ist ansonsten aber sehr anschaulich, er war in der *alaska* 226 vorabgedruckt.

Wer nach der abwechslungsreichen Lektüre von „Nach Norden" noch gerne etwas darüber lesen möchte, wie sich die Sozialstrukturen in mexikanischen Dörfern durch die Migration nach Norden ändern, dem sei der Roman



„Macho" von Victor Villaseñor, erschienen im Unionsverlag, empfohlen.

Dario Azzellini, Boris Kanzleiter (Hg.): Nach Norden – Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum. Verlag Schwarze Risse, 1999, 267 Seiten, 20 DM.

Short Cut

Kodwo Eshuns Ritt über die Plattenteller der schwarzen Moderne

by Christoph Spehr

Dieses Buch ist *wahnsinnig interessant*. Die Geschichte der elektronischen Musik zwischen Miles Davis und Tricky, Goldie, A Guy Called Gerald (wir halten uns jetzt mal an die ganz bekannten Namen) unter einem großen thematischen Bogen zu beschreiben, ist an sich ein wahnsinniges Unterfangen. Als passionierter Wahnsinniger geht Kodwo Eshun, Londoner Musikjournalist und Liebling der hiesigen SPEX-Szene, mit äußerster Konsequenz zu Werke, ohne sich um konventionelle Logik zu kümmern oder in irgendeiner Weise Rücksicht auf Uneingeweihte zu nehmen, die sicherlich noch Public Enemy und Alice Coltrane, aber vielleicht nicht unbedingt Zapp, Cybotron und Drexciya kennen. Das klingt jetzt nach jener lähmenden Interessantheit des meine-Plattensammlung-ist-größer-als-deine-Journalismus. Aber *Heller als die Sonne* ist *wirklich interessant*, denn Eshun geht es ums Ganze: um das Heranwachsen einer neuen Consciousness, eines zeitgemäßen Bewusstseins, das sich der Definition und der Kontrolle entzieht, das ausbricht aus dem Gefängnis von Repräsentation und Authentizität, das nicht jammert und mahnt und sozialen Realismus bebrütet, sondern sich berauscht an den Möglichkeiten und Grenzüberschreitungen. Und so zieht er mit wahnsinniger Hellsicht Verbindungen zwischen Science Fiction und postmoderner Theorie, Plattencovern und Filmen, Graffitis und jener Musik der Zeit, die er Techno nennt. Von der, wie er insistiert, *Kraftwerk* nicht die Ahnen, sondern eine Art weißer, hyperindustrieller Blinddarm sind. Das liest man gern, wenn auf Viva oder MTV grade der Clip zum EXPO-Track läuft, mit dem Kraftwerk sich ohne jeden Anflug von Ironie selbst entblöden. Wem das alles zu weit von der Frage nach der sozialen Realität und der Wirkung von Kunst entfernt ist, lege sich Susan McClary's Artikel aus der alaska 226 daneben. Dann wird echt ein Bild draus.

Kodwo Eshun: Heller als die Sonne. Abenteuer in der Sonic Fiction. ID Verlag 1999. 260 S. DM 36.

Short Cut

Analysen zum Krieg gegen Jugoslawien

by Christoph Spehr

Bücher über Osteuropa muss man von österreichischen Verlagen kaufen. Der Schwerpunkt der beiden neuen Publikationen von PapyRossa (Köln) und Promedia (Wien) ist zugegebenermassen unterschiedlich. Albrecht/Schäfers "Der Kosovo-Krieg" (PapyRossa) geht es um den Angriffskrieg der NATO 1999 als westlichen und insbesondere deutschen Sündenfall; hervorzuheben ist der Beitrag von Knut Krusewitz zur ökologischen Kriegsführung. Hofbauers "Balkankrieg" (Promedia) beschäftigt sich mit der westlichen Politik gegenüber einer Region, mit ungleich ausgreifenderer historischer Einbettung und Genauigkeit; im Zentrum steht Hofbauers eigener Beitrag (über die Zerstörung Jugoslawiens 1991-1999), der außerordentlich kenntnisreich und abgewogen die verschiedenen Phasen sowie die Akteure in und außerhalb Jugoslawiens darstellt. Die politischen Bewertungen sind indes ähnlich, von der Rolle der IWF-Politik bis zur Interpretation des Kosovo-Krieges als ultima ratio einer langfristigen Politik der Destabilisierung, die weit in die 80er Jahre zurückreicht. Vor allem aus Promedias "Balkankrieg" wird auf unheimliche Weise deutlich, dass der Kosovo-Krieg weder der Anfang dieser Politik war, noch ihr Ende sein wird. Ähnlich sind auch die blinden Flecken: Eine feministische Analyse (insbesondere zur Krise und Neuformierung verschiedener Formen von Männlichkeiten in Zentrum und Peripherie, als Hintergrund von Militarisierung und Dezivilisierung) fehlt ebenso wie Beiträge aus den Reihen der jugoslawischen Opposition.

Hannes Hofbauer (Hrsg.): Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens. Promedia Verlag 1999. 268 S. DM 34,00. Ulricht Albrecht / Paul Schäfer (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen. PapyRossa Verlag 1999. 228 S. DM 24,80.

Short Cut

Argument goes Postmoderne

by Christoph Spehr

Mit diesem Buch kann man viel Spaß haben. Ich habe es zum Beispiel bei Kaselow bestellt, jenem fantastisch vollgestopften Schreibwarenladen in Bremen-Horn (Kodwo Eshun würde sagen ein "Omniladen"), wo man neuerdings auch Bücher ordern kann. Bereits das Eingeben des Titels sorgte für großes Hallo und erforderte mehrere Versuche unter Teilnahme des



gesamten Personals. Gender-Witze und deren Abwehr flogen hin und her ("Lassen Sie's doch den Herrn Spehr selber eintippen", "Soll das heißen, Sie wissen, wie man Postuktismus schreibt, Herr Kaselow??"), bis sich alles doch in Heiterkeit und Wohlgefallen auflöste. Beim Abholen kann man das Wühlen im Karton dann sinnvoll abkürzen, indem man einfach sagt: "Das mit den drei Kerzen drauf bitte."

Beim Lesen macht nicht alles soviel Spaß wie das Bestellen. Aber "Kapitalismus verstehen" von Katja Diefenbach z.B. ist ein toller Artikel, der einem viel über Deleuze, Guattari und Derrida beibringt. Deleuze, das ist auch so jemand, den man am liebsten bei Kaselow bestellt.

Kritische Theorie und Poststrukturalismus. Theoretische Lockerungsübungen. Argument Verlag 1999. 144 S. DM 24,80.

Neue Medien

Videos, Folter und Folge, Frauenflugschrift, femina politica, iz3w oh je

by Bernd Hüttner

GipfelstürmerInnen ist ein Video über den Widerstand gegen den EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln und wurde von drei Jugendgruppen - davon zwei FrauenMädchengruppen - aus Wuppertal erstellt. Sie begleiteten 13 junge WuppertalerInnen bei ihren Protestaktionen bzw. bei deren Vorbereitung. Auch das "private" Leben der AkteurInnen wird dokumentiert und die Aktion hierbei reflektiert. Inhaltliche Schwerpunkte neben Internationalismus sind der Kosovo-Krieg und Rassismus/Flüchtlinge, zum Teil in ihrer spezifischen frauenpolitischen Relevanz. Der Videofilm scheint eher was von und für jüngere Leute zu sein (Medienprojekt der Stadt Wuppertal, Neumarkt 10, 42103 Wuppertal, fon 0202/563 2647).

Im Mai 1998 fand in Istanbul eine Konferenz zu staatlich verübter sexueller Gewalt an Frauen statt, zu der nun eine Broschüre in deutsch und türkisch vorliegt. In ihr sind Redebeiträge zu sexueller Folter, sexueller Gewalt als Methode der Folter (in der Türkei) und der Vertreibung (in Bosnien-Herzegowina) dokumentiert. Weitere Beiträge thematisieren die psychischen Folgen von sexueller Folter und ihre "Begutachtung" im deutschen Asylverfahren. Hier spielt die Glaubwürdigkeit der Aussagen von traumatisierten Folterüberlebenden eine große Rolle. Die Dokumentation dürfte für alle mit frauenspezifischen und juristischen Problematiken des Asyl- und Ausländer"recht"es befassten Menschen unverzichtbar sein (ca. 100 S., 15 DM plus Porto bei Forschungsges. Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, fon 030/693 56 70).

Um sexuelle Gewalt in der Türkei und Asylpolitik in Deutschland dreht sich auch der Video "Ich will nicht daß es Nacht wird...". Er zeigt am Beispiel einer Kurdin, daß sexuelle Gewalterfahrungen im Asyl"recht" keine Rolle spielen. dann wird noch die Arbeit des Projektes in Istanbul vorgestellt, das die in der vorgenannten Broschüre dokumentierte Tagung organisiert hat (23 min, bei Autofocus, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin).

Geschichten von Flüchtlingen, die Überlebende von (sexueller) Folter sind, versammelt "Nie hat man es hinter sich", eine kleine Infobroschüre von *Refugio*, einem psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge. Die Broschüre enthält vier persönliche Berichte, die im Vordergrund stehen. Parallel werden grundsätzliche Thematiken (Flucht, Massaker, Trauma, Folter, Exil, Therapie) dazu in Bezug gesetzt. Die Broschüre richtet sich an eine breite Öffentlichkeit (28 S., gegen Porto, Refugio, Gothaerstr. 19, 28215 Bremen, fon 0421/376 07 49).

Mit *Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn* legen die vier AutorInnen eine in der Tradition des Sottosopra des Mailänder Frauenbuchladens (vgl. *FORUM* 210 und *alaska* 211/212) stehende Flugschrift vor. Kultur wird hier als die Art und Weise verstanden, wie Menschen ihre Beziehungen untereinander gestalten. Eine (dringend notwendige) Veränderung der Öko-



nomie gibt es, so die AutorInnen, nicht ohne Veränderung der Kultur: An die Stelle der kapitalistisch-patriarchalen (Illusion von) Unabhängigkeit seien das Ideal der Freiheit und damit zusammenhängende Aushandlungsprozesse zu setzen. Weitere Themen der Flugschrift sind das mitunter nicht ganz unkomplizierte Verhältnis von Müttern und Frauen ohne Kinder oder die Debatte um Arbeit und Ehrenamt. Sieht mensch mal über die an vielen Stellen durchscheinenden typisch deutsche Sucht nach Identität und den Wunsch "authentisch zu sein (S. 19, S. 46) und der Idealisierung von Hausarbeit als "zentralem (!) Widerstandsmoment gegen kapitalistische Weltzerstörung" (S. 34) hinweg, liegt ein Büchlein vor, das sehr nah an der Situation und den Problemen von Menschen mit Patchworkbiographien, -einkommen und -familien liegt und deshalb diskussionswürdig ist. Zu der Flugschrift gibt es unter *www.flugschrift.de* eine eigens eingerichtete Homepage (Ulrike Wagner u.a: Liebe zur Freiheit. Flugschrift über Weiberwirtschaft und den Anfang der Politik, 48 S. , 9,80 DM, Göttert Verlag Rüsselsheim 1999).

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns noch *femina politica*, die Zeitschrift eines auf Kritik *und* Partizipation bedachten akademischen Politikwissenschaftlerinnen-Netzwerkes. Die neue Ausgabe hat Die Politisierung des Körpers zum Thema. Ein Blick in Inhaltsverzeichnis und Editorial zeigt sieben sprach- und inhaltlich anspruchsvolle Aufsätze, die Körper(lichkeit) im Zusammenhang von Diskriminierung, neuen technischen Möglichkeiten des Zugriffs auf ("weibliche") Körper und dem der vorgeblichen Geschlechtslosigkeit von staatlichen Regelungen thematisieren. Der Aufsatz zu Sloterdijk setzt dessen Vision der Planung und Züchtung den Grundsatz der Menschenwürde und die "Idee der Freiheit" der Aufklärung (!) entgegen (femina politica Nr. 2/99, 208 S., 28 DM, c/o OSI, Ihnestr. 21, 14195 Berlin, fon 030/838-2369, www.femina-politica.de).

Daß Sie jetzt noch eine Kritik der peinlich-modischen Ausgabe *Das Jahrhundert der Lager* der *blätter des iz3w* erwarten, ehrt Sie als aufmerksame/n LeserIn von *alaska* und dieser Rubrik. Wir halten uns zurück, da sich viel wesentliches dazu schon in der *bahamas* Nr. 30 findet. Der dortige Hauptartikel wurde auch in der Ausgabe 242 der *blätter* veröffentlicht. Das verdient Respekt.Interessante rund vorwärtsweisender wäre aber gewsen, zu erfahren, wie die *blätter*-Redaktion denn nun zu der dort geäußerten Kritik steht.

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.
Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Fotoquelle Titelbild: www.artinheaven.de
Cover: Andy Markovits

Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.

Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.

V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

12/ 99/ 1/229/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen